

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Rußland und
 Ostereich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltene Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Berichts-
 und Versammlungs-Berichte 20 Pf.,
 „Kleinzeiger“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Adressen: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Dienstag, den 23. Januar 1900. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Der Kampf der Bergleute.

Wien, 21. Januar.

Die Bewegung der Bergarbeiter gleicht einem reißenden Strom, den keine Kraft mehr aufzuhalten vermag. Im mährisch-schlesischen Revier ist der Ausbruch fast allgemein, in Kladsno müssen schon die Eisenwerke den Betrieb einstellen, und morgen wird in Böhmen der allgemeine Streik im nordwestlichen und westlichen Kohlenrevier beginnen. Es ist weitaus der größte Streik, den Oesterreich je erlebt; an neunzigtausend Arbeiter fast die gesamte Menschheit, die die Kohle aus der Tiefe fördert, wird morgen die Arbeit eingestellt haben. Die Kohlennot wächst, der gesamten Industrie von Nordböhmen droht eine fürchterliche Störung; es ist ein Ausbruch, der die kapitalistische Gesellschaft auf dem empfindlichsten Punkte packt. In seiner grauenvollen Größe offenbart uns der Streik der Bergarbeiter, was die Arbeiter für die moderne Gesellschaft bedeuten. Auf der Kohle, die Wärme und Kraft giebt, ruht das große Gebäude unserer Zivilisation; da die Menschen feiern, die das erwärmende und kräfte-spendende Material aus der Erdtiefe holen, ist es, als ob die Grundlagen des gesamten Schaffens ins Wanken geraten wären. Und auch den ganzen Wahnsinn der kapitalistischen Ordnung bringt uns der Streik der Bergarbeiter zum Bewußtsein. Auf der einen Seite ist es eine ganze Welt von Menschen, leidender Menschen, die um ein kleines Stückchen Fortschritt, um ein bisschen Freiheit kämpfen und die die grausige Rot des Streiks auf sich genommen haben, um sich die primitivsten Menschenforderungen zu erkämpfen. Und auf der anderen Seite stehen eine Handvoll Ausbeuter, zehn, zwanzig Leute, deren Reichtum unermesslich ist, und deren Wohlgefallen nie getrübt wird von dem Gedanken, daß Generation um Generation dahinsinkt, damit ihr Profit wachse, ihr Reichtum ins gigantische steige! Und die Größe des Unrechts, das um Abhilfe schreit, der unabsehbarer Schaden, den der Bergarbeiterstreik hervorruft: all das prallt an dem hochmütigen, grausam gleichgültigen Machtbewußtsein der Unternehmer wirkungslos ab!

Der Streik, der heute fast die gesamte Kohlenförderung ergriffen hat, ist aus einem kleinen Zwischenfall entstanden. Ursprünglich war es nur ein Ausbruch in zwei kleinen Schächten in Mährisch-Osttau, der überdies am 10. Januar durch eine Reihe kleiner Zugeständnisse beendet schien. Die socialdemokratischen Vertrauensmänner haben auch lange abgeraten, denn die Organisation der Arbeiter im mährisch-schlesischen Revier, dem Centrum des österr. Kohlenbergbaus, läßt alles zu wünschen übrig. Trotzdem mußte der Streik ausbrechen, denn er ist einfach eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Der österr. Kohlenbergbau steht in einer Hochkonjunktur, wie sie noch nicht da war. Der Preis der Kohle ist innerhalb eines dreiviertel Jahres um fast zwanzig Prozent gestiegen, die Gewinne der Unternehmer wachsen um Millionen; den Arbeitern aber, deren Hände all diesen Reichtum schaffen, deckt ihre Arbeit kaum die nackte Notdurft. Der durchschnittliche Jahresverdienst eines österr. Bergarbeiters ist 300-350 Gulden, also kaum einen Gulden pro Tag! Es ist klar: Wenn die Arbeiter diese Zeit des riesenhaften Aufschwungs nicht ausnützen, so verarmen sie eine Gelegenheit, wie sie so günstig nicht so bald wiederkommen wird. Entweder ist die Wirtschaftskrise und der Minimallohn jetzt zu erobert, oder der Kampf ist auf Jahre hinaus wieder zu Ungunsten der Arbeiter entschieden. Aus diesem inständigen Gefühl heraus hat sich der Streik wie Feuer verbreitet; was ihm an Organisation fehlt, das wird ersetzt durch eine fieberhafte Eufhorie, die das Größte wagt, wenn der Augenblick es verlangt. Es giebt keinen anständigen Menschen in Oesterreich — die Kupferhauer des Bergarbeiterreviers und ihre Soldnichte ausgenommen — dessen Herz bei diesem gewaltigen Kampfe nicht erbebt und der den Arbeitern in ihrem Todesring nicht den vollsten Erfolg heiß und sehnlich wünscht. Der Streik der Bergarbeiter hat aber auch die größte internationale Bedeutung, speziell für die deutsche Bergarbeitergesellschaft, deren Lebenslage durch den Tiefstand, in dem ihre österr. Brüder leben, unaußerlich bedroht wird. Die kämpfenden Arbeiter blühen deshalb mit Vertrauen auf ihre deutschen Brüder, wohl wissend, daß ihnen nicht bloß herzliche Sympathie, sondern auch werthvolle Unterstützung werden wird.

Nach den neuesten Meldungen hat der Ausbruch am Montag die erwartete Ausdehnung wirklich erfahren. Der Streik erstreckt sich jetzt über sämtliche Kohlenreviere Böhmens, Oesterr. Schlesiens und Mährens. Die daran beteiligten Arbeiter gehören fünf verschiedenen Nationen an, sprechen fünf verschiedene Sprachen, haben verschiedene politische Gesinnung (die Mehrzahl dürfte wohl socialdemokratisch gesinnt sein), aber alle hatten fest zusammen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Der Streik ist jetzt auch in den westlichen Distrikten Böhmens, in Brüx, Dux, Teplitz usw. fast allgemein. Ueberall sind dieselben Forderungen gestellt worden: Die achtstündige Schicht inkl. Eins- und Ausfahrt für Gruben- sowie für Obertagsarbeiter, eine 15 Proz. Lohnerhöhung für alle auf der Grube beschäftigten Arbeiter, Anerkennung der Vertrauensleute der Bergarbeiter.

In Aussig und Teplitz haben die Unternehmer die Forderungen strikte abgelehnt. Hier und auch in andern Revieren haben die Unternehmer Kundgebungen erlassen, in welchen die Arbeiter aufgefordert werden, binnen 3 Tagen die Arbeit aufzunehmen, andernfalls sich als entlassen zu betrachten. Dagegen will man auf den festlichen Gruben den Arbeitern entgegenkommen, indem am 1. Januar 1901 der Kalksundtag eingeführt werden soll. Auch die wöchentlichen Lohnzahlungen sollen bewilligt werden, wenn die Arbeiter sich „ruhig verhalten“, d. h. sich am Streik nicht beteiligen.

Aus allen Streikgebieten wird berichtet, daß sich die Arbeiter durchaus gefesselt verhalten; trotzdem haben die Behörden überall die Gendarmen verstärkt und Militär nach allen Gegenden geschickt. Nur aus Karwin wird gemeldet, daß sich dort am Sonnabend die Frauen den Männern, welche arbeiten wollten, entgegen stellten und sie mit Gewalt am Einfahren hinderten.

Der Kohlenmangel macht sich ganz empfindlich fühlbar. In Prag wurde der Kohlenmangel bereits zu einer Katastrophe. Sämtliche Vorräte der Kohlenhändler sind erschöpft. Binnen drei Tagen hat Prag keine Kohlen mehr. Die Schulen sollen, wenn sie nicht geheizt werden können, geschlossen werden. Auch in vielen böhmischen Industriestädten herrscht schon Kohlenmangel. Die Kohlenlieferungen nach andwärts sind gänzlich eingestellt. Die Gasanstalten in Aussig, Teplitz, Dux, Brüx, müssen voransichtlich den Betrieb einstellen. In Pilsen ist die Kohlennot aufs Höchste gestiegen. Die arme Bevölkerung Pilsens ist in größter Aufregung, sie will nicht dulden, daß Waggons mit Kohlen vom Bahnhof abgehen. Ein Lastzug mit Kohlen wurde von einem Haufen von Männern überfallen, die die Kohlen herabwarfen, welche von Weibern davongetragen wurden, auch einzelne Kohlenwagen wurden geplündert.

Die deutsche Fortschrittspartei in Oesterreich hat beschlossen, die Regierung zu ermahnen, daß sie zur Beilegung des Ausstandes schleunigst interveniere. — Die österr. Gewerkschaftskommission und die socialdemokratische Partei erlassen Aufrufe zu Gunsten der streikenden Bergleute und haben bereits Sammlungen eröffnet. Andererseits hat der socialdemokratische Abgeordnete Jeller, der sich neben mehreren andern Parteiführern im Streikgebiet aufhält, den Streikenden keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nicht sehr viel auf Unterstützung bauen dürfen, da ihre Forderungen so groß sind. Die Streikenden wissen das, aber sie kämpfen mit einer so großen Begeisterung und Euphorie, daß dieser Umstand sie durchaus nicht entmutigt.

Wien, 22. Januar.

Die Regierung nimmt heute in der amtlichen „Wiener Abendpost“ zum Streik Stellung. Den Unternehmern, die sich in Kladsno geweigert hatten, in Verhandlungen vor dem Einigungsamt einzutreten, wird in der nachdrücklichsten Weise die hohe Verantwortlichkeit vorgehalten, der sie sich angeichts der gegenwärtigen sehr ernstlichen Sachlage durch die Zurückweisung der gegenseitigen Verständigungsmittel aussetzen. Die Bergwerks-Inspektoren werden in die Streikreviere delegiert, um sich über die Forderungen der Arbeiter zu informieren und einen genaueren Einblick in die Situation zu ermöglichen. Im Falkenauer Revier wird der Streik morgen beginnen, in Brüx, Teplitz, Komotau, Pilsen und Ries ist er heute schon allgemein. In Kladsno und Osttau-Karwin ist die Lage unverändert, der Streik fast allgemein. In den Krainischen Revieren, in Sagor und Trisail haben die Gewerkschaften Zugeständnisse gemacht, so daß der Ausbruch unterbleibt. Was noch um ist heute die erste Unterstützungssumme von 1000 Mk. angekündigt worden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Januar.

Die Milliarden-Rechnung.

Der Bundesrat beweist, daß er doch noch da ist. Telegraphisch mag er seine Flottenbegeisterung nicht anlassen, sondern er widmet wirklich und wahrhaftig eine oder gar zwei Sitzungen der Beratung über die Verdoppelung der deutschen Kriegsmarine. Die Vorlage wird daher an den Reichstag erst Ende dieser oder Anfang nächster Woche gelangen. Mittlerweile aber erzählen wissende Herren, die ihr flottenvolles Herz nicht zu wahren vermögen, spürstigen Journalisten einiges von den Reizen des neuen Gesetzes. Was darüber ausgeplaudert wird, ist zwar toll über alle Maßen, aber das Tollste ist nun einmal das Wahrscheinlichste.

Es wird angekündigt:

Die Bereitstellung der zur Flottenvermehrung erforderlichen Mittel soll der jährlichen Festlegung durch den Reichshaushalt unterliegen. Als Gesamtkosten für sechzehn Jahre werden in der Begründung der Vorlage angegeben: 1. Anleihen im Betrag von 769 Millionen Mark, 2. eine durchschnittliche jährliche Steigerung der aus ordentlichen Einnahmen zu deckenden Marine-Ausgaben von 11 Millionen Mark. Die jährlichen Gesamtaufwendungen für die Marine, einschließlich Pensionen und Schuldzinsen, sollen in annähernd gleichen Jahresraten von 169 Millionen Mark im Jahre 1900 auf 323 Millionen Mark im Jahre 1916 steigen. Es wird ausdrücklich betont, daß die Deckung der jährlichen Steigerung ohne neue Steuern erfolgen soll. Sollte sich dies in dem erforderlichen Umfange nicht ermöglichen lassen, so wäre vorübergehend der Anleihebetrag zu erhöhen.

In dieser Mitteilung fällt zunächst die Berechnung der Kosten für 16 Jahre auf. Würde diese Bestimmung in das Gesetz selbst aufgenommen, so hätten wir eine zeitliche Festlegung wie im jetzigen Flottengesetz. Nach allem aber, was bisher verlautete, ist eine solche Festlegung nicht bedenklich. Die obige Berechnung scheint darum nur eine Art Grempl vorzustellen, in dem die Höhe der Summen sicher ist, während die Frist, innerhalb deren sie verbaut werden sollen, unbestimmt bleibt, also auch weit kürzer werden kann, als jetzt beispielsweise berechnet wird. Greift der Flottenkoller weiter um sich, so wird es sicherlich nach einigen Jahren bereits heißen: Wir müssen das neue Doppelgeschwader nicht in 16, sondern in 12, in 10, in 8 Jahren fertigstellen, denn nach 16 Jahren müssen wir nicht ein neues Doppelgeschwader, sondern zwei oder drei haben.

Sehen wir aber den ganz unwahrscheinlichen Fall, es würde bei der jetzt aufgemachten Kostenrechnung bleiben. So wird der Marine-Etat im nächsten Anderthalbjahrzehnt von 169 Millionen Mark auf 323 Millionen, also um fast das Doppelte steigen. 1872 betrug der Marine-Etat ca. 31 Millionen Mark, 1880/81 ca. 39 Millionen, 1887/88 ca. 52 Millionen. Seit Beginn der 90er Jahre stieg dann der Marine-Etat rapid in die Höhe; 1891/92 betrug er 85 Millionen, 1896/97 97 Millionen, 1897/98 117 Millionen. Durch das Flottengesetz von 1898 überschritt der Jahresverbrauch der Marine 150 Millionen, er erreichte etwa das Fünffache von dem Etat von 1872. Jetzt soll diese Steigerung in ungezügelter Springen fortgehen. Auch nicht zwei Jahre, geschweige denn eine längere Reihe von Jahren hindurch, wie es bisher noch stets der Fall gewesen, soll dieser Etat gleich bleiben, jedes Jahr soll er einen Sprung nach oben nehmen. Nach drei Jahren bereits soll das zweite Millionen-Hundert überschritten werden und dem dritten Millionen-Hundert geht es im Sturmschritt entgegen. Ein Ziel ist auch damit nicht erreicht. Diese Fahrt geht in das Endlose.

Die Summen, die da gefordert werden, sind so gewaltig, daß die Regierung selbst nicht glaubt, sie durch die dem Reiche zustehenden Einnahmen aus Zöllen und Steuern decken zu können. Handelt es sich doch für die vorläufig in Aussicht genommenen Schiffsbauten um nicht weniger als fast 4 Milliarden Mark, b. h. 4000 Millionen. Was nicht aus den laufenden Einnahmen bestritten werden kann, soll durch Anleihen aufgebracht werden, deren Verzinsung der Reichs-Steuerzahler zu tragen hat. Von etwa einem fünftel Teil der Gesamtkosten wird jetzt bereits angenommen, daß er nur durch Anleihen aufzubringen ist, aber auch darüber hinaus werden „vorübergehend“ Anleihen in Aussicht genommen.

Die Frage der Anleihen ist es nur, bei der die Centrumpartei ihre Opposition einsetzen will. Wie die „Köln. Volksztg.“ selbst zugiebt, sind „weite Kreise des deutschen Volks, auch manche, welche sich politisch zur Centrumpartei halten, zweifellos von einer Art Flottenrausch erfaßt“. Gegen diese Reigungen führt das Centrumsblatt die Deckungsschwierigkeiten ins Feld:

„Darauf rufen und Volksdampf voraus fahren wollen sie alle, zahlen will am liebsten keiner. Der brave Student der „Nordd. Allg. Ztg.“, der von seinem Wechsel etwas für die größere Flotte spendete, ist ganz allein geblieben auf weiter Flur. Aber der Dampf verfliegt, die Lasten bleiben, und schwer würde die Verantwortung einer Volksvertretung sein, welche sich dazu herbeilasse, diese Lasten der breiten Masse der Bevölkerung aufzuladen. Andererseits wäre eine Auflösungscampagne wider den Reichstag, welcher sich weigerte, das zu thun, unfreiwillig ganz und gar unsichtlos.“

Auch die „Germania“ ergreift, Herrn Dr. Lieberfrüheren Ankündigungen getreu, die ungestüm dahinstürmende Flottenbegeisterung beim Zipfel der Zahlungsfrage:

„Wir müssen von vornherein erklären, daß diese Art der Erledigung der Deckungsfrage nach unserer Ueberzeugung keine befriedigende Lösung derselben enthält. Wir werden — unter der Voraussetzung, daß die obenstehenden Mitteilungen richtig sind — nimmeh der Deckungsfrage in eingehender Weise näher treten müssen und die finanzpolitische Unhaltbarkeit einer Deckung des Baues einer doppelt so großen Schiffsflotte durch Anleihen leicht nachweisen können. Erstreckt sich die Baufrist auf sechzehn Jahre, dann sind am Ende dieser Baufrist nicht nur Typen der Konstruktion und der Ausrüstung für die jetzt begonnenen neuen Schiffe veraltet, sondern es muß dann nach dem Flottengesetz von 1898 auch bereits mit den Ersatzbauten begonnen werden. Kurzum: Wir haben dann vor 1916 und nach 1916 mit jährlichen annähernd gleichen Kosten für Neubauten bzw. Ersatzbauten der Kriegsmarine zu rechnen. Solche jährlich und ungefähr in gleicher Höhe wiederkehrenden Baukosten kann man nach finanzpolitischen Grundgesetzen nur als regelmäßige und ordentliche Ausgaben betrachten, und solche jährlich wiederkehrende Ausgaben kann man nicht durch außerordentliche Anleihen zu decken suchen, sondern man muß auch jährlich wiederkehrende ordentliche Einnahmequellen dafür haben oder neu schaffen. Das verlangt eine solide Finanzwirtschaft, wie auch Herr v. Miquel uns gene zugestehen wird.“

Das läßt sich recht nett an. Aber das Centrum hat bei der Erledigung der Kostenfrage im jetzigen Flottengesetz ein so trügerisches Verfahren eingeschlagen, daß nur unerbittliche Leichtfertigkeit seinen jetzigen Veteuerungen Glauben schenken könnte. Die Centrumsblätter weisen neue Anleihen zu Marinezwecken von sich. Aber der bei weitem größte Teil der neu erwachsenden Kosten soll aus Zöllen und Steuern aufgebracht werden, die das arbeitende Volk bedrücken. Hat das Centrum hiergegen nichts einzuwenden? Will es seine Macht nur dazu nützen, daß die Summen für die Marine, welche durchaus nicht mehr auf die bisherige Art aus dem Geld des Volkes gepreßt werden können, durch Ausschlagung neuer Steuerquellen herbeigeschafft werden?

Es wäre ein echtes Stücklein jesuitischen Volksbetrugs, wollte man dem Flottenrausch gewähren lassen, wenn nur neue Anleihen zu seiner Befriedigung vernieden werden. Das mindeste, was einer Partei, die in Steuerfragen das Interesse der unbedeutendsten Klassen nicht verraten will,

geziemt, ist die Aufstellung der Forderung, daß sämtliche **Klassen, die der Marineverwaltung, den Beschäftigten ferngehalten und den Besitzenden, den Wohlhabenden, den Flottenbau-Interessenten und Regir-Lieferanten auferlegt werden.**

Der Reichstag

begann am Montag die erste Lesung der Unfallgesetz-Novelle. Natürlich war das Haus sehr schwach besetzt. Auch die Regierungs- und Bundesratbänke waren recht leer. Und Graf Posadowsky sah so kühl auf seinem Platz, daß jeder ihm ansah, er habe nicht die Absicht eine feierliche Einleitungsrede zu halten. Sonst war der etwas nervöse Herr unruhig gewesen. Er hatte es auch nicht nötig, die Novelle zu empfehlen. Die drei ersten Redner übernahmen die Rolle von Regierungsvertretern — und das hatte er wohl vorher gewußt. Herr Trimborn, der Centrumsmann, der in einem früheren Kommissionsbericht über das Unfallgesetz sehr radikale Anschauungen bekundet hatte, war heute so ziemlich mit allem zufrieden, was die Regierung in ihrem Entwurf geboten. Ganz zufrieden war der zweite Redner, der konservative Richterhofen, und fast ganz zufrieden Herr Köstke, der nichtparteiliche der beiden Brüder. Herr Köstke, dem vor seiner einstigen Sozialisten-Aktivität bange zu werden scheint, sang eine wahre Lobhymne auf die deutsche Arbeiterversicherung und beschwor die Sozialdemokraten, doch gerecht zu sein gegen das, was die heimische Regierung gethan. Auf die Antwort hatte er nicht zu warten. Der folgende Redner, Genosse Stadthagen, sagte ihm, daß die Körlein Gold in der deutschen Arbeitergesetzgebung den Sozialdemokraten zu danken, und ging dann auf eine Kritik der deutschen Arbeiterversicherung, namentlich der Unfallversicherung ein, wie sie gründlicher und schärfer im Reichstag noch nicht geübt worden ist. Auf Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden. Der „Vorwärts“ hat den neuen Gesetzentwurf schon in einem längeren Artikel besprochen, und wird die Debatte erster Lesung nach deren Beendigung im Zusammenhang besprechen. So sei heute nur hervorgehoben, daß Stadthagen dokumentarisch den Rückgang unserer Sozialgesetzgebung darlegte. Innerhalb der letzten zwanzig Jahre stellte er eine stetige Zunahme des Einflusses der Großindustriellen, insbesondere des „Königs“ Stumm fest. An dieser Thatsache ist nicht zu rütteln. Der Staat ist, mit der wachsenden Macht des Kapitalismus immer mehr zum kapitalistischen Klassenstaat geworden. Es kann das heillosig niemanden wundern, der die ökonomischen Faktoren und sozialen Entwicklungsgefesse kennt. Der Appell an die Gerechtigkeit, mit dem unser Redner schloß, machte einen so tiefen Eindruck, daß Graf Posadowsky sich gezwungen sah, sein staatsmännisches Schweigen zu brechen. Trotz der vorgerückten Zeit sprach er noch eine halbe Stunde lang, jedoch ohne das von Stadthagen vorgebrachte Thatsachen-Material und die daraus gezogenen Schlüsse erschüttern zu können. In seiner Verlegenheit citierte Graf Posadowsky zu seinen Gunsten sogar einen Passus unseres letzten Leitartikels über die Unfallgesetz-Novelle. Er that dies jedoch nicht vollständig, so daß der Sinn wesentlich geändert wurde. Diese eigentümliche Art des Citierens wird morgen vom Genossen Wolfenbühler, der noch auf der Rednerliste steht, beleuchtet werden.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Fortsetzung. —

Auch eine Wahlrechtsdebatte.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich Montag mit dem Antrag der freisinnigen Abgeordneten Dr. Barth (fr. Sp.) und Dr. Wiemer (fr. Sp.), betreffend anderweitige Feststellung der Wahlbezirke. Wie wir in voraus vermute, wurde der Antrag rundweg abgelehnt; ja er wurde nicht einmal einer Kommissionsberatung gewürdigt, da die konservativ-kerikale Mehrheit sich geschlossen dagegen erklärte.

Vom rein proletarischen Klassenstandpunkt aus haben wir keinen Grund, dem Antrage eine Thraße nachzuweihen. Denn selbst, wenn er angenommen wäre und wenn auch die bisherigen gesetzlichen Faktoren in Preußen sich dem Votum des Abgeordnetenhauses angeschlossen hätten, so wäre damit das Grundübel, das Dreiklassen-Wahlrecht überhaupt, noch nicht aus der Welt geschafft, und die stärkste Partei Preußens würde nach wie vor im Landtage vertreten sein. Die einzige Veränderung, die der Antrag herbeigeführt hätte, wäre eine Verschiebung der jetzigen Machtverhältnisse, eine Schwächung des Agrarierturns und eine Stärkung der Linken gewesen. Die Freisinnigen haben mit ihrem Antrag lediglich die Partei-Interessenpolitik getrieben, auf die Interessen der Gesamtheit aber überhaupt keine Rücksicht genommen.

Was nützt es, wenn der Antragsteller Dr. Barth in hochtönenden Phrasen von der Parlamentaristik herab der Sozialdemokratie das Recht einer angemessenen Vertretung im Landtag zugestehen, was nützt es, wenn sein Kollege Dr. Wiemer sich offen als Freund des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts auch für die Landtagswahlen bekennt? Das sind schöne Redensarten, die zu nichts verpflichten. Da, wo es auf die That ankommt, hätten die Herren zeigen können, daß es ihnen wirklich ernst ist mit ihren Worten, sie hätten die Gelegenheit benutzen müssen, einmal einen energischen Vorstoß gegen das „elendste aller Wahlsysteme“ zu unternehmen. Aber wie in früheren Jahren, wo sie die aufschallende Partei Preußens waren, so thaten sie auch heute nichts, um dem Volke sein so lange vorenthaltenes Recht zu verschaffen.

Wenn Herr Dr. Barth zu seiner Entschuldigung, daß er am Anfang des Weges stehen geblieben ist, auf die Haltung der Sozialdemokratie hinweist, die eine Wahlrechtsdebatte geworden sei und noch keine Agitation für die Abschaffung des Dreiklassen-Wahlrechts getrieben habe, so mag er mit dieser Entschuldigung vielleicht bei seinen Freunden Glück haben, nicht aber bei denen, die die Arbeiterbewegung verfolgt haben. Hat Herr Dr. Barth niemals etwas von Ferdinand Lassalle gehört? Weiß er nicht, daß dieser die Forderung des allgemeinen Wahlrechts als erste Forderung auf seine Fahne geschrieben hatte und daß seitdem das Proletariat nicht aufgehört hat, bei jeder Gelegenheit diese Forderung geltend zu machen?

Die Begründung des Antrages durch den Abg. Barth war stellenweise recht glänzend, so namentlich wo er unter Bezugnahme auf die köstliche Rede bei der Staatsberatung den Konservativen zu Gemüt führte, daß hier einmal eine Gelegenheit gegeben sei, zu zeigen, daß sie wirklich den ideellen Interessen vor den materiellen den Vorzug geben.

Als ein Dr. Dieber im Keinen produzierte sich der Sprecher des Centrums, Dr. Porzsch, dem die Aufgabe zufiel, das, was er in einem Satze sagte, immer im folgenden selbst zu widerlegen. Aber Herr Dr. Porzsch ist auf diesen Gieritz noch nicht so dressiert, wie sein großes Vorbild, seine Rede fiel ihm merklich schwer. Es war ja auch keine leichte Aufgabe, als Vertreter einer Partei, die angeblich für Wahrheit und Recht kämpft, für Verbeibaltung des größten Unrechts eine Lanze einzulegen, lediglich damit die eigene Partei keinen Schaden erleidet. Das Centrum hat heute von neuem bewiesen, daß es für Erweiterung der Volkrechte nur dann zu haben ist, wenn damit zugleich sein eigener Einfluß vermehrt wird.

Ebenso wie das Centrum erklärte sich auch die Konservativen und Freikonservativen gegen den Antrag; aber im Gegensatz zum Centrum besaßen sie den Mut, offen einzugehen, daß sie nicht an eine Schwächung ihrer Machtstellung denken, selbst wenn sie diese

Machtstellung einem Unrecht verdanken. Daß bei dieser Gelegenheit Herr v. Zedlitz wieder einen Vorstoß gegen das Reichswahlrecht unternahm, wird dazu beitragen, daß das Volk stets auf der Hut bleibt, um seine wirtigen Rechte gegen die Reaktion siegreich zu verteidigen.

Für den Antrag sprachen auch die Abgg. Dr. Wiemer (fr. Sp.), Kölle (nall.) und Ehlers (fr. Sp.), während der Minister des Innern Herr v. Rheinbaben sich dahin erklärte, daß die Regierung erst dann Stellung nehmen könne, wenn ein Beschluß des Hauses vorliege. Seine Bemerkung, die Regierung stehe über den Parteien, stimmt recht heiter. Wir werden den Minister daran erinnern, falls er etwa bei zukünftigen Wahlen nach Art seiner Vorgänger Wahlmacht treiben sollte.

Dienstag beginnt die zweite Lesung des Etats mit dem Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung.

Sozialer Fortschritt in — Frankreich.

Während in Preußen den Gewerbe-Aufsichtsbeamten unterstellt ist, mit den gewerkschaftlichen Arbeiter-Organisationen in ähnlichen Verhältnisse zu treten, hat soeben der französische Handelsminister den hohen Wert der Mitwirkung von Arbeiter-Organisationen an den Aufgaben der Fabrikinspektion anerkannt. Unser Pariser Korrespondent schreibt uns unter M. Jamar aber die in dieser Richtung getroffenen Verfügungen:

Die Mitwirkung der Gewerkschaften an der Fabrikinspektion hat soeben der Handelsminister Willereand eingeführt, und zwar auf Grund seines gesetzlichen Verfügungsrechts vermittelt zweier Rundschreiben. Das erste Rundschreiben ist an die Divisions-Fabrik-Inspektoren, das zweite an die Gewerkschaftssekretäre gerichtet. Die Fabrikinspektoren werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie bisher nur in vereinzelten Fällen mit den Gewerkschaften und den Arbeitern überhaupt Fühlung genommen haben: „Der Arbeiter sucht sozusagen niemals den Inspektor auf; auch schreibt er ihm selten. In der Werkstatt, während des Inspektionsbesuches, richtet der Arbeiter fast niemals das Wort an den Inspektor von sich aus; und wird er befragt, so giebt er oft eine ansehnliche Antwort. Häufig kommt es übrigens vor, daß der Inspektor ihn nicht befragt aus Furcht vor den Folgen eines solchen Geplänks für den Arbeiter. ... Inzwischen kann die Inspektion die vollständige Durchführung der Arbeiterausbildung-Gesetze sichern nur unter der Mitwirkung der Arbeiter, für welche sie gemacht wurden.“ Diese Mitwirkung könne nun leicht und ohne jede nachteiligen Folgen für die Arbeiter durch Vermittlung der Gewerkschaftssekretäre gesichert werden. Die Fabrikinspektoren werden daher verpflichtet, mit den Vertretern der lokalen Gewerkschaftsstellvertreter, der Arbeitshöfen und mit den Vertretern der einzelnen Gewerkschaften, die jenen Verbänden nicht angehören, „fortgesetzte Beziehungen“ zu unterhalten, schriftliche oder mündliche, und sie zu ersuchen, ihm alle Verletzungen der Arbeiterausbildung-Gesetze zur Kenntnis zu bringen. Sodann haben die Inspektoren binnen zwei Wochen die Gewerkschaftssekretäre zu benachrichtigen von den Ergebnissen der Inspektionsbesuche, die infolge der gewerkschaftlichen Beirathen gemacht wurden. Was es dem Inspektor unmöglich, binnen einem Monat der Beschwerde Folge zu geben, so hat er auch von dieser „augenblicklichen Unmöglichkeit“ den betreffenden Gewerkschaftssekretär zu benachrichtigen. Schließlich schreibt Willereand vor, daß im Generalbericht die Ergebnisse der gewerkschaftlichen Mitwirkung, die Zahl der beteiligten Gewerkschaften und der betreffenden Inspektionsbesuche, gesondert angegeben werden. Außerdem verlangt er einen entsprechenden Specialbericht schon zum 15. April dieses Jahres.

Das zweite Rundschreiben setzt die Gewerkschaftssekretäre in Kenntnis von der Renennung und ersucht sie um thätige Mitwirkung. Dieses Rundschreiben schließt mit den Worten: „Ich wende mich mit Vertrauen an den Geist der Initiative und an die Wachsamkeit der Gewerkschaften. ... Ich erwarte die wertvollsten Resultate von ihrer aufgestellten Thätigkeit und von der Eingebung ihrer Mitglieder an das Gesamtinteresse der Arbeiter.“

Ein ministerielles Rundschreiben kam nun zwar von einem anderen Minister im Handumdrehen rückgängig gemacht werden. Im gegebenen Falle aber sind die Gewerkschaften wohl in der Lage, durch eine wirksame Ausübung der ihnen zuerkannten Rechte der Renennung zur dauernden Geltung zu verhelfen. —

Deutsches Reich.

Wilhelm II. und England. Bei dem Empfange des Präsidiums des preussischen Abgeordnetenhauses soll sich der Kaiser, einem Montagsblatt zufolge, auch über die Transvaalfrage geäußert haben.

Er rühmte die erfolgreiche Taktik der Boeren, die unter Verzicht auf jede blaue Waffe, ohne Säbel und Bajonett, einzig auf ihr Gewehr sich verlassen, das allerdings ganz vorzüglich sei und das sie mit bravourosier Treffsicherheit zu handhaben verstanden. Zugleich drückte der Kaiser sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß auf englischer Seite so zahlreiche Offiziere gefallen und daß viele der besten Familien Englands durch den Heldentod ihrer Angehörigen in tiefe Trauer versetzt seien. Endlich beklagte der Monarch auch die Haltung der deutschen Presse in der Transvaalfrage, die es ihm unendlich erschwere, Reibungen mit England zu vermeiden. Der Kaiser erinnerte dabei an das bekannte Wort des Fürsten Wisniak: „Die Fenster, die unsere Presse einwirft, müssen wir bezahlen.“

Es ist nicht immer die Presse, die Fenster einwirft. Zur Zeit von Jamesons Einfall hat, wie erinnerlich, gerade die deutsche Regierung mit großem Eifer dies Geschäft getrieben. Und jene damalige Haltung wirkt eben noch heute in den Blättern nach.

Da der Kaiser die sozialdemokratische Presse nicht liebt, erklärt sich die Allgemeinheit seines Urteils. Sonst hätte er der sozialdemokratischen Presse seine Anerkennung zuwenden müssen, die bei aller Verurteilung des ruflosen Kriegeres niemals sich an der Hege gegen England beteiligt hat. —

Vom Theater der Weltpolitik. Der deutsche Student, der gegenwärtig in der Welt am Montag, über und unter dem Strich, Theaterkritik treibt, leistet sich, anstatt seine leichtfertigen Schlüsse aus der Bevölkerungszunahme zu widerrufen, die wir ihm nachgewiesen, in jeder Nummer das Vergnügen, der Sozialdemokratie nachzuweisen, daß sie den Anschauungen des Bundes der Landwirte huldige. Für bescheidene Ansprüche mag ja das erste Mal der Wit genügen, ihn aber zu wiederholen, heißt doch den Scherz zum Hochspiel machen. Wir hatten neulich, um an einem ergyptischen Beispiel zu zeigen, wie sich die professionalen Autoritäten gegenseitig abthun, Delbrüchke und Schmoller'sche Spekulationen nebeneinander gestellt, und an letztere, als die gegenwärtig besonders der Abwehr bedürftigen, einige Bemerkungen gefügt. Daraus hietet der über dem Strich kritische Theaterreklam-Schreiber die Erfindung, wir hätten den Delbrüchke'schen Ausführungen zugestimmt!

Es scheint überhaupt in national-sozialen Kreisen zur höheren Ehre der Flottenpropaganda Mode zu werden, thätigste Ablehnungen in Zustimmungen zu verhandeln. Wir berichteten kürzlich, daß in einer Raumnann-Versammlung bei Chemnitz eine Resolution zu Gunsten des Flottenplanes abgelehnt worden sei. Nach dem Bericht unseres Chemnitzer Parteiganges aber ist die Sache für die Marineisten noch viel blamabler. Das Blatt berichtet:

Die Abstimmung ergab die Ablehnung der Raumnann'schen Resolution mit einer erheblichen Mehrheit. Nun kam ein Heldensüchler. Der Vorsitzende erklärte zur nicht geringen Heberausung selbst der Anhänger Raumnann's, daß die Resolution „angenommen“ sei, und schloß sofort mit dieser angelegentlich der Abstimmung ebenso lächerlichen wie unwarren Behauptung schließte die Versammlung. Natürlich protestierte die Majorität der Teilnehmer gegen dieses famose Heldensüchler'sche Schicksal konstatierte, ohne Widerspruch zu finden, die Ablehnung der Resolution.

Der Vorsitzende hat hoffentlich die entsprechende Belehrung für seine Taktlosigkeit von seinen eigenen Parteigenossen erhalten. Die Taktlosigkeit bewies, wie überraschend den Herren die Ablehnung kam und wie ärgerlich sie darüber waren.

Das „hoffentlich“ erwies sich nun allerdings als eine Ueberschätzung national-sozialer Ehrlichkeit; denn die „Hilfe“ beschönigt in ihrer letzten Nummer das Heldensüchler, indem sie schreibt:

„Der Vorsitzende der Oberungarischer Versammlung, Fabrikant L. Mahner, hat in völlig objektiver Weise die Annahme der Resolution konstatiert. Wenn hinterher die Flottengegner sich den Spatz machten, ihre Minorität als Majorität auszugeben, so ist das eben eigenartig!“

Dem gegenüber erklärt die „Chemnitzer Volkstimme“, daß ihr Bericht den Thatsachen entspreche. Für die National-Sozialen wird das wenig bedeuten. Sie haben das wirksamste Mittel entdeckt, um immer recht zu haben und stets zu liegen. Sie stellen einfach fest, wovon sie wünschen, daß es feststehe, und verwandeln jede Ablehnung in eine Zustimmung, indem sie behaupten, daß man ihnen zugestimmt habe. Wenn solche Funktionen nur Näherwert hätten! —

Ein geistvoller Agrarier, nach dem Herzen Köllers, scheint der gemäßigteste Landrat von Posen, Abg. Baarth zu sein. Er soll sich nämlich hartnäckig weigern, sich zum Regierungsrat befördern zu lassen. Vermuthlich ist ihm diese Entschädigung für die erlittene Unbill zu gering. Vielleicht verjagt die Regierung es einmal mit dem Angebot eines Ministerpostens. —

Antisemitentrad. Liebermann v. Sonnenberg hat den Parteivorzug der deutsch-sozialen Reformpartei wegen politischer Differenzen niedergelegt. Namentlich über die Flottenvorlage ist man hart gezeigelt Meinung. Liebermann ist natürlich für die Marineverdoppelung, während die Kleinbauernlichen Antisemiten davon nichts wissen wollen. —

Unternehmer-Terrorismus. Der Obermeister der Kölner Zimmerer-Zwangsgewerkschaft, Herr Gerhag, unterbreitete kürzlich einer Zimmererversammlung eine Liste mit den Namen von dreizehn Zimmergefeilen. Er suchte einen Beschluß herbeizuführen, wonach diese Gefellen zu entlassen und bei keinem Zimmerungsmitgliede wieder beschäftigt werden sollten. Unter den dreizehn waren sämtliche Mitglieder des Gefellenausschusses mit den Erfahrmännern. Der Obermeister hoffte so, auf einen Schlag sich des gesamten Gefellenausschusses zu entledigen, der ihm durch die häufige Verletzung der Arbeiterinteressen sehr unangenehm geworden ist. Die Zimmererversammlung ließ sich aber auf den Plan nicht ein. Den Zimmermeistern war wohl der für die Gefellen so günstige Ausgang des Kölner Zimmererstreiks noch in frischer Erinnerung, und angesichts der ausgezeichneten Organisation der Kölner Zimmerleute mochten sie nicht fonderlich Lust zu einer Wiederholung verspüren. Trotzdem die Zimmererversammlung den Plan nicht verwirklicht hatte, so verstandte der Obermeister dennoch die schwarze Liste an die einzelnen Mitglieder. — Wer terrorisiert?

Küchendragoner. Im Lüneburger Einzelgenosse befindet sich folgende Annonce der Frau Dragoner-Lieutenant von Sandmann: „Enche zum 1. April eine Köchin, die mit Hilfe der Wurschen die Hausarbeit zu machen hat. Schriftliche Meldungen erbeten. Gehalt nach Uebereinkunft. Frau von Sandmann, geb. v. Sandmann, Kronmstr. 2.“ Die zweijährige Dienstzeit ist offenbar noch viel zu lang! —

Schiffsbeschlagnahmen. Aus Durban wird vom Montag telegraphisch:

Das deutsche Segelschiff „Marie“ ist von den britischen Behörden bedingungslos freigegeben worden.

Ueber die Frage, inwieweit Nahrungsmittel als Kriegskonterbande zu betrachten und die sie führenden Schiffe also zu beschlagnahmen wären, hat die englische Regierung der amerikanischen folgende Erklärung abgegeben: „Unsere Ansicht geht dahin, daß Nahrungsmittel, die nach einem feindlichen Lande verschifft sind, nur dann als Kriegskonterbande angesehen werden können, wenn sie für die Streitkräfte des Feindes bestimmt sind. Die bloße Vermutung, daß dies ihre Bestimmung sein könnte, ist nicht genügend. Es muß vielmehr erwiesen werden, daß dies zur Zeit, wo ihre Beschlagnahme erfolgte, thatsächlich der Fall war.“ —

Der Etat des Kultusministeriums

weist eine Einnahme von 5,1 Millionen auf, 860.000 M. mehr als im Vorjahr. Die dauernden Ausgaben betragen 130,6 Millionen gegen 137,7 Millionen im Jahr vorher. Bei den Universitäten belaufen sich die Mehrausgaben auf 636.004 M., wovon für die Universität Berlin 208.483 M. bestimmt sind. U. a. sind ausgeworfen je 4150 M. für ein Extra-Ordinariat zur Untersuchung mit Röntgenstrahlen und für ein Extra-Ordinariat für Röntgenkunde, sowie 11.500 M. zur Begründung eines Instituts für Untersuchungen mit Röntgenstrahlen. — Die Ausgaben für die höheren Lehranstalten sind um 12,8 Millionen veranschlagt, was gegen das Vorjahr ein Mehr von 385.794 M. bedeutet. — Für das Elementarunterrichtswesen sind 82 Millionen ausgeworfen, gegen das Vorjahr eine Erhöhung um 874.000 M. Von dem Mehr entfallen 118.245 M. auf die Seminaristen, 18.000 M. zur Errichtung von sechs neuen Kreis-Schulinspektorenstellen, davon eine in Schwaberg bei Berlin. Der Fonds zur württembergischen Remuneration für Kreis- und Orts-Schulinspektoren wird um 50.000 M. erhöht, derjenige zu Weiblichen zur Unterhaltung höherer Mädchenschulen um 140.000 M. Die Verpflegung dieses Fonds wird begründet mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, weniger leistungsfähigen Gemeinden, welche höhere Mädchenschulen unterhalten und zeitweilen dratistiger Anhalten privaten Charakters in kleineren Orten Weiblichen zu gewöhnen. Der Fonds zur allgemeinen Erschließung der Volksschulanten erfährt eine Erhöhung um 200.000 M., der zu Weiblichen an Schülverbände wegen Unermögens für die laufenden Ausgaben der Schulunterhaltung eine solche um 249.857 M. Zur Unterhaltung von Witwen und Waisen von vor dem 1. April 1900 verstorbenen Volksschullehrern sind 300.000 M. ausgeworfen, damit auch für die nicht unter das neue Lehrereinkommen fallenden Witwen und Waisen in Fällen besonderer Bedürftigkeit in erhöhter Maße gesorgt werden kann.

Für Kunst und Wissenschaft erhöhen sich die Ausgaben um 139.782 M. Die bevorstehende Aufnahme des neu errichteten Pergamon-Museums in den Verband der Kunstmuseen erfordert 16.000 M., für das Ausbaumwerk zu Berlin sind 22.238 M., für die Nationalgalerie 2350 M., für die königliche Bibliothek 18.800 M. mehr ausgeworfen. Der Fonds zur Weiblichen und Unterhaltung für Kunst und wissenschaftliche Zwecke wird von 225.000 auf 240.000 M. erhöht, namentlich im Interesse der Denkmalspflege. Für das technische Unterrichts-wesen sind die Ausgaben für das Weiblichen an Lehrerbetragen 1.976.059 M. gegen 1.900.692 M. im Vorjahr. Von dem Mehr entfallen 66.750 M. auf Zuschuß für die Charité.

Das Extra-Ordinariat des Kultusministers ist um 489.001 M. Markt geringer dotiert als im Vorjahr, es beträgt 13.872.876 M. Wir heben daraus besonders hervor die vierte Rate von 967.300 M. zur Renanlage des Botanischen Gartens in Dahlem einschließlich der Herstellung eines Neubaus für das pharmazeutisch-chemische Institut, 4000 M. als dritte Rate für die Sternwarte zu Untersuchungen über das Wesen der Elektrizität im Weltraum, 12.850 M. zur Herrichtung von Räumen des Hauses Luisenstr. 3 zur Untersuchung mit Röntgenstrahlen, 5400 M. zur Herausgabe einer Universitätsstatistik für das Etatsjahr 1899. Er wird beabsichtigt, künftig von drei zu drei Jahren eine solche Statistik herauszugeben, welche über die Studierenden, den Lehrkörper, die Vorlesungen und die Betriebskosten erschöpfend Auskunft geben soll. Von den Forderungen für höhere Lehranstalten sind besonders zu

erwähnen 12500 M. zur Abhaltung praktischer Kurse in der Physik für Lehrer höherer Unterrichtsanstalten und Kandidaten des höheren Schulamts. Der Unterricht soll im Gebäude der Urania in der Invalidenstrasse abgehalten werden und soll besonders zur Förderung der Fertigkeit im Experimentieren dienen. Für das Elementarunterrichtswesen sind 3,0 Mill. ausgesetzt, 61280 M. weniger als im laufenden Etat. Unter den Forderungen befinden sich 3 Millionen zur Unterstützung der Schulverbände wegen Unvermögens bei Elementarschulbauten, und 50 000 M. zur Förderung von Volksbibliotheken. Unter den Ausgaben für Kunst und Wissenschaft finden sich 40 000 M. zu Ausstellungen für das Kunstgewerbemuseum in Berlin auf der Pariser Weltausstellung, 62 000 M. zur Umordnung des alphabetischen Verzeichnisses der königlichen Bibliothek, 40 000 M. für die biologische Anstalt auf Helgoland zu Aquarienanlagen. Für das technische Unterrichtswesen werden 897 945 M., für das Medizinische 1 1/2 Millionen gefordert. Für die Charité sind zur Deckung eines Fehlbetrages 1,1 Millionen ausgeworfen. Die Regierung hofft, daß sich mit Hilfe dieses Zuschusses und infolge der Erhöhung der Kurkosten in Zukunft Einnahmen und Ausgaben das Gleichgewicht halten werden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Verständigungskonferenz ist auf den 29. Januar einberufen worden. Dieselbe wird sowohl von den Deutschen als auch von den Ungarn besichtigt werden.

Eine lebhafteste Szene gab es am Montag im ungarischen Abgeordnetenhaus, wo die ministerielle Zuschrift bezüglich der Entscheidung des Königs über die Quoten zur Verhandlung gelangte. Die äußerste Linke bringt einen Beschlußantrag ein, nach welchem die Zuschrift nicht zur Kenntnis genommen und der König von der Ungefehrlichkeit seiner Entscheidung in der Adresse aufgeklärt werden soll. Ministerpräsident v. Szell erhebt Einspruch dagegen, daß die Entscheidung des Königs unangelegentlich gewesen sei. Er verwahrt sich auch gegen die Worte Polonius, daß Oesterreich nicht der Verfassung gemäß regiert werde. Zum Schluß seiner Rede aber erklärt der Ministerpräsident, daß je mehr die anormalen Verhältnisse in Oesterreich, welche hoffentlich nicht mehr lange andauern würden, geeignet seien, den Ansinnen der Extremen hier wie dort gegen den Ausgleich intensiver zu gestalten, er um so unentwarter bei der Verteidigung der Ausgleichsbasis verharren werde. (Ständischer Beifall rechts und links.) Das Haus verurteilt sodann den Antrag der äußersten Linken und nimmt die ministerielle Zuschrift zur Kenntnis.

Italien.

Zwei Mitterschworne. Die aus Buenos Ayres telegraphiert wird, wurden unter den Papieren einer soeben fallierten italienischen Firma in Santa Fe Dokumente gefunden, woraus hervorgeht, daß die beiden Inhaber der Firma seiner Zeit an der Veranschlagung Luchensis teilnahmen. Beide fielen nach der Ermordung der österreichischen Kaiserin nach Südamerika, wo sie unter falschem Namen auftraten. Der eine hatte neuerdings mit dem Geld seines Associates die Flucht ergriffen. Der andere, ein gewisser Riccardi, hat Selbstmord begangen.

Frankreich.

Prozess gegen die Assumptionistenbrüder. Paris, 22. Januar. Unter großem Andrang des Publikums begann heute vor dem Justizpolizeigericht der Prozess gegen die 12 Assumptionistenbrüder. Die Angeklagten erklärten, sie beschäftigten sich nicht mit politischen, sondern mit religiösen Fragen. Die Verteidigung beantragte darauf Verurteilung der Angelegenheit.

Spanien.

Amnestie in Spanien? Madrid, 22. Januar. Eine allgemeine Amnestie wird für den 30. Januar, dem Geburtstag des Königs, erwartet. In dieselbe sollen auch die Anarchisten von Montjuich eingeschlossen werden.

Entdeckte Waffen. Dem Vorfall auf dem Friedhofe zu Abadano (Biscaya), wo 34 Zerzerer und 37 Remingtongewehre entdeckt wurden und man infolge dieses Fundes zur Verhaftung des Pfarrers schritt, scheinen die amtlichen Kreise höhere Bedeutung beizulegen. Es wird darüber telegraphiert: In Abadano wurden außer dem Pfarrer auch der Lotengräber, der Organist und vier andere Personen eingekerkert. Es verlautet, daß auch ein ehemaliger Karlistengeneral verhaftet worden sei. Der Kriegsminister beorderte zwei Infanteriekompanien nach Bergara, um jeder Ueberraschung vorzubeugen.

Rumänien.

Neues rumänisches Ministerium. Bukarest, 21. Januar. In Genehmigung eines Beschlusses des Ministerpräsidenten und Ministers des Innern, Kaulich, von der letzteren Funktion entbunden zu werden, hat der König heute vormittag folgende Veränderungen im Kabinett genehmigt: Kaulichs Stelle verbleibt Ministerpräsident ohne Portefeuille, der bisherige Finanzminister General Moro übernimmt das Ministerium des Innern, der bisherige Kultusminister Joneco dasjenige der Finanzen. An Stelle des letzteren tritt der Minister der öffentlichen Arbeiten Straal, welcher durch den Deputierten Jean Gradisthiano ersetzt wird. Die übrigen Minister behalten ihre Portefeuilles.

Amerika.

Abtretung dänischer Inseln. Der Kopenhagener Berichterstatter der „Daily News“ erzählt, es sei ein Abkommen zwischen Dänemark und den Unionstaaten in Vorbereitung, demzufolge die dänischen westindischen Inseln in eine Art von Zollverein mit den Unionstaaten eintreten. Das Abkommen dürfte sich nicht unwahrscheinlich als Vorläufer der Abtretung der Inseln an Amerika erweisen.

Partei-Nachrichten.

Vor unüberlegten Genossenschaftsgründungen zu warnen, ist ein Vorgang in Heidelberg sehr angehen. Gegen den Vorsitzenden des dortigen Konsumvereins, den Genossen Müller, wurde vor etwa dreiviertel Jahren eine Untersuchung eingeleitet, weil er angeblich 5000 M. aus der Genossenschaftskasse unterschlagen haben sollte. Die Angelegenheit wurde schon damals in der bürgerlichen Presse weidlich ausgenutzt und das geschieht jetzt wieder, obwohl die Strafkammer jetzt nach fast dreivierteljähriger Untersuchung auf Einstellung des Verfahrens erkennen mußte, da dem Angeklagten keinerlei Unredlichkeiten nachgewiesen werden konnten. Thatsache ist allerdings, daß die genannte Summe in der Kasse fehlte. In dem Einstellungsbeschlusse schiebt das Gericht aus, daß in der Kassenführung eine unbefriedigende Unordnung geherrscht habe, so daß es unmöglich sei, nachzuweisen, wo das fehlende Geld hingekommen ist. Müller war, wie unser Stuttgarter Parteiblatt mitteilt, keine „geschulte Kraft“. Zur Anstellung einer solchen fehlte es dem Verein an Geld. Müller hat für seine Thätigkeit für den Verein keinerlei Entschädigung bekommen; einen ihm aufgeschobenen Betrag mußte er zur Verzählung der Ledemädchen verwenden.

Das ist also das Resultat einer solchen verfehlten Gründung: Ein im übrigen zweifellos sehr tüchtiger Parteigenosse widmet seine Zeit und seine Kraft ohne jede Vergütung einer Arbeit, die er nicht versteht. Er bekommt dafür keinen Pfennig, läßt aber schließlich seinen guten Namen dabei ein, und für das fehlende Geld ist er auch noch erspächlicht. Das Schlimmste aber ist, daß die Parteibewegung an Orte einen ungeheuren Schaden erleidet, da die Masse der Arbeiter leider immer noch zu geneigt ist, von den Personen auf die Sache zu schließen. Wenn das Vertrauen zu

einzelnen hervorragenden Personen erschüttert wird, verlieren sie gar oft auch das Vertrauen zur Partei. Dem Genossen Müller konnte keine Unredlichkeit nachgewiesen werden; aber viele Monate hindurch hat er unter dem Verdacht gestanden, viele Monate hindurch konnten böswillige Gegner sagen: seht, so wird mit den Arbeitergroßen gewirtschaftet und — schließlich können sie es heut auch noch, denn die Unordnung ist da und das Geld fehlt.

Wir können nur eindringlich warnen, Genossenschaften zu gründen, wo es an den notwendigen Geldmitteln und an den geeigneten geschäftskundigen Personen fehlt.

Religion ist Privatangelegenheit. Der Gemeinderat in Debschütz bei Gera hat beschlossen, beim reichlichen Landtag die Trennung der Kirche von der politischen Gemeinde zu beantragen.

Totenliste der Partei. In Lüneburg starb der Parteigenosse Robert Wöger an einem Gehirn Schlag. Er hat der Partei namentlich unter dem Socialistengesetz wertvolle Dienste geleistet.

Eine großartige Staatsaktion. Ein Arbeiter-Gesangverein in Meissen feierte sein Stiftungsfest. Die Polizei war der Meinung, daß verschiedene Festteilnehmer nur deshalb Mitglieder geworden wären, um an dem Vereinsvergügen teilnehmen zu können (was, wenn es richtig wäre, die Polizei auch nicht anginge); sie fahndete nun nach solchen Personen, um bei ihnen zu erforschen, ob sie etwa trotz des Beschlusses der Mitgliedsliste nicht das Verwehrtsein hätten, nicht Mitglieder zu sein. Nach langem Suchen wurden zwei Mädchen und ein Nachtwächter als geeignete Objekte erfinden. Der Vorsitzende sollte mit den Mitgliederlisten einreichen, weil man feststellen wollte, ob die drei in der Liste ständen. Der Vorsitzende erklärte, daß er keine Liste habe. Die Polizei ließ sich jedoch die Liste nicht verbieten, das Vereinsarchiv zu durchsuchen. Sie fand nichts. Schließlich machte der Vorsitzende dem grausamen Spiel ein Ende und übergab der Polizei die Liste, worin sie finden wird, was sie sucht. — Um solchen Pappentitel werden gegen Arbeiter solche Aktionen gemacht. Wenn dann am Ende wirklich eine Uebertretung konstatiert wird, kommen vielleicht 5 M. Geldstrafe heraus. Der Ruhe der Staatsbürger wäre es wirklich zuträglich, wenn sich die Polizei weniger überflüssige Arbeit machte.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Einseger (Tischler). Nachdem die Versammlung der Einseger am Montag den Streik in den betreffenden Geschäften, welche den Tarif von 1899 noch nicht bewilligt haben, beschlossen hat, hat sich das Streikbureau gebildet und tagt in Herzberg Lokal, Alte Jalousier 75, von 9—5 Uhr. Sämtliche schriftliche Meldungen in Sachen des Streiks sind hierher zu richten. Auch ist der Arbeitsnachweis des Holzarbeiter-Verbandes der Einseger sowie der Arbeitsnachweis des Vereins der Einseger hierher zu versenden. Bis jetzt haben bereits 30 Firmen mit 100 Mann den ganzen Tarif bewilligt. Die Kollegen, welche laut Bewilligung die Arbeit wieder aufnehmen, erhalten eine Arbeitsberechtigungskarte behufs Kontrolle der betreffenden auf den Bauten von den anderen Bauarbeitern. Die streikenden Kollegen haben sich täglich im Streikbureau zu melden; ferner haben die Streikenden so viel wie möglich die Kontrolle der Bauten selbst zu befragen und sofort Bericht zu erstatten. Die nächste Versammlung findet am Mittwochabend 8 Uhr statt, ebenfalls im Lokal von Herzberg, um den Situationsbericht zu geben, und haben sämtliche Kollegen zu erscheinen.

Die Kontrollkommission.

Achtung, Formner! Wegen Mahregelung einiger Kollegen ist die Arbeitsniederlegung der Formner und Hilfsarbeiter der Firma Gudde u. Götthe in Eberswalde unvermeidlich geworden und wird ersucht, den Zugang von Eberswalde streng fern zu halten. Beteiligt sind ca. 30 Formner und Hilfsarbeiter.

Centralverein der Formner.

Achtung, Rabignpoker! Die Kollegen bei der Firma Gewiß haben wegen Lohn Differenzen die Arbeit eingestellt. Zugang ist streng fernzuhalten. Der Vorstand.

In der Tischlerfabrik von Rausche, Wälschinger 24, bestehen die Differenzen fort. Herr Rausche hat sich bisher ablehnend zu den sehr wichtigen Forderungen verhalten. Es handelt sich nur um die Aufbesserung einiger Artikel und die Arbeiterinnen verlangen pro Duzend 5 Pf. Laubsvergütung. Bisher erkaut sich Herr Rausche der Arbeit von zwei bis drei Arbeitswilligen, die ihm aber nur wenig Hilfe bringen können. Auch das Polizei-Aufgebot dürfte ihn nicht retten können, trotzdem drei Doppelposten sich der Mühe unterziehen, den Pantoffelfabrikanten zu schützen.

Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter und Tischler! Der Streik bei der Firma C. Meyer, Küstnerplatz 9, dauert unverändert fort. Brauchbarer Ersatz von auswärts ist nicht zu beschaffen; die wenigen Arbeiter, die von der Firma eingestellt sind, können der Firma auf die Dauer nicht genügen, einige Streikfänger stehen schon still. Für die sogenannte Kundenarbeit tritt nun der Beschluß der Tischlergesellschaft in Kraft. Dieser wird hoffentlich seine Wirkung nicht verfehlen; der Unternehmer wird sich überzeugen müssen, daß die Zeiten vorbei sind, da der Unternehmer den Arbeitern den Beitritt zur Organisation verbieten durfte. Die Firma könnte die gestellten Forderungen mit Leichtigkeit bewilligen, denn sie sind in den übrigen Holzbearbeitungsfabriken seit Jahren durchgeführt. Die Arbeiter sind natürlich nach wie vor zu Unterhandlungen bereit, während Herr Meyer solche ablehnt.

Zeit der Lohnbewegung der Rixdörfer Bauschler im August v. J. hat sich der Tischlermeister Kurza zu den Forderungen, welche in allen übrigen Werkstätten seit der Zeit eingeführt sind, bisher geweigert, dieselben anzuerkennen. Da der bestreikende Herr wieder Arbeitskräfte braucht, wurde von der Verwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes der Jahrestelle Rixdorf mit betreffendem Meister eine Einigung dahingehend zu erzielen versucht, daß die bis jetzt gesperrte Werkstatt wieder freigegeben werden kann. Herr K. hielt es nicht der Mühe wert, eine diesbezügliche Antwort zu geben.

Es ist Pflicht jedes Kollegen, den Zugang wie bisher fernzuhalten. Die Verwaltung.

Deutsches Reich.

Ein neuer Bergarbeiterstreik in Oberschlesien. Aus Zeuthen wird uns geschrieben: Der Freitag früh auf „Hohenzollern“ bei Weichen i. S. ausgebrochene Bergarbeiterstreik hat bereits am Sonnabend erheblich an Umfang zugenommen. Freitag befanden sich 200 Arbeiter im Ausstand; Sonnabend waren es bereits 400. Man befürchtet allgemein, daß am Montag der Streik auf die benachbarten Gruben übergreifen wird. Auf „Hohenzollern“ arbeitet nur noch ein Drittel der Belegschaft.

Bei dem eigenartigen Charakter der polnischen Arbeiter Oberschlesiens ist es leicht möglich, daß der Ausstand von „Hohenzollern“ zu einem großen ober-schlesischen Streik führt. Die Zeit dazu ist äußerst günstig. Keine einzige Grube verfügt auch nur über geringe Vorräte; die meisten sind nicht im Stande, die einlaufenden Bestellungen zu erledigen. Die Preise der Kohlen sind hoch und steigen weiter. Die Löhne jedoch sind im wesentlichen die alten geblieben. In dieser Situation kommt es auf Seiten der Arbeiter lediglich auf Einheitslichkeit des Handelns an; davon hängt's aber.

Ein Telegramm vom Montag meldet uns: Sonnabend, den 20. d. M. ist auf der Zinkhütte Hohenlohehütte ein Streik ausgebrochen, weil den Arbeitern die Forderung um 25 Proz. Lohn-erhöhung abgelehnt wurde. Die Hohenlohehütte gehört dem Herzog von Meiß und beschäftigt ca. 1000 Leute.

Der Streik der Hohenlohehütte soll durch die Bewilligung einer zehnprozentigen Lohn-erhöhung und der Abschaffung des Ueberschichtamtes beigelegt worden sein. Nach anderen Nachrichten ist das unrichtig.

Der Streik dehnt sich auf die Vorkammerwerke und Heintzgrube aus.

Der Konferenz der Arbeitnehmerbeiräte der deutschen Gewerbevereine, die zur Zeit in Leipzig tagt, wohnen 80 Vertreter aus 71 Orten Deutschlands bei. Es wurde dem „Leipz. Ztbl.“ zufolge beschlossen, beim Reichstage die obligatorische Errichtung von Gewerbevereinen zu beantragen; ferner soll die Zuständigkeit der Gewerbevereine auch auf Dienstboten sowie land- und forstwirtschaftliche Arbeiter ausgedehnt werden.

Litterarisches.

Der Abschluß des Bürgerlichen Gesetzbuches und der damit zusammenhängenden zahlreichen Gesetze, die dadurch abänderungsbedürftig geworden sind, hat betriebame Geschäftsleute aller Orten in lebhafteste Thätigkeit versetzt; zahlreiche Zusammenstellungen von „deutschen Rechtsbüchern“ von meist zweifelhafter Güte überschwemmen den Markt und bieten sich mit pomphaften Worten als „unentbehrliches Handbuch“ und dergleichen an.

Wir waren erst kürzlich genötigt, vor einem solchen recht nachdrücklich zu warnen. Deut liegt und wieder ein „Neuestes Rechtsbuch für das Deutsche Reich“ in zwei starken Bänden von je mehr als 1000 Seiten vor. Wenn auch anerkannt werden soll, daß es nicht ganz so mangelhaft ist, wie das vorerwähnte aus dem Verlage von Herlet, so können wir es doch gleichfalls nicht empfehlen. Namentlich für Arbeiter nicht.

Bei dem fortwährenden Fluße der Gesetzgebung auf dem Gebiete des Gewerberechts (siehe jetzt Gewerbe-Ordnung) und des Arbeiterrechtes ist es besonders für den Arbeiter mißlich, solche umfangreiche und kostspielige Sammelwerke zu kaufen, selbst wenn sie gut sind. Das kann aber von dem vorliegenden Buche nicht gesagt werden. Es enthält neben dem Bürgerlichen Gesetzbuch das gesamte Handelsrecht, Gewerbe-, Straf- und Prozeßrecht, die Versicherungs-Gesetzgebung, ein umfangreiches Formularbuch und ein teilweise ganz ausführliches Sachregister. Die Texte sind auch vielfach mit guten Anmerkungen versehen und es kann zugegeben werden, daß es für den Geschäftsmann, soweit seine Beziehungen als solcher zum Rechte in Frage kommen, ganz brauchbar ist. Sowohl das Bürgerliche Gesetzbuch als auch mehr das Handelsrecht, Konkursordnung, Wechselrecht, Civil-Prozeßordnung und dergleichen sind mit zahlreichen Erläuterungen versehen, es ist eine reiche Auswahl von Formularen dafür vorhanden und die Sachregister sind auch für den Arbeiter sehr nützlich. Bei der Gewerbe-Ordnung und den Arbeiterversicherungs-Gesetzen fehlt das alles. Zur Gewerbe-Ordnung und dem Gesetz über die Gewerbevereine werden zwar eine Anzahl Anmerkungen gemacht, das sind jedoch keine Erläuterungen, die dem Laien das Verständnis erleichtern und den praktischen Gebrauch der Gesetze ermöglichen, sondern eine Art Begründung der Notwendigkeit der Vorschriften. Vom Krankenversicherungs-Gesetz, Invalidenversicherungs-Gesetz, Haftpflicht-Gesetz wird nur der nackte Text gegeben, das Sachregister zum Invalidengesetz umfaßt kaum 2 Seiten mit etwa 130 Stichwörtern, Formulare zu dieser ganzen Materie fehlen vollständig, das Unfallgesetz, das ja allerdings wieder in der Abänderung begriffen ist, fehlt ganz — wir raten keinem Arbeiter zum Ankauf des Buches. hw.

Gewerkschaftliches.

Eine nachdrückliche Verurteilung. „Es ist tief betrübend, wenn Leute von akademischer Bildung in so gemeiner Weise die Gebote von Sittlichkeit und Anstand außer acht lassen!“ So leitete gestern der Staatsanwalt seinen Antrag gegen vier Studenten der Pharmacie ein, die sich vor dem Schöffengericht wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs zu verantworten hatten.

Die Angeklagten besuchten eines Abends mit mehreren anderen unermittelt gebliebenen Kommilitonen die Rosenhainische Singelspielhalle an der Spandauerbrücke und trieben dort ihre Späße, die über das erlaubte Maß weit hinausgingen. Sie begnügten sich nicht damit, zu johlen und zu lärmern, sondern drangen auch in das Privatzimmer der Wirtin, sprangen während der Vorführung wiederholt auf das Podium, belästigten die Darsteller, berührten mit ihren Händen die Sängerinnen in unanständiger Weise und verübten auch sonst allerlei Unfug. Der Geschäftsführer hatte sie wiederholt zum Verlassen des Lokals aufgefordert und auf die Bezahlung ihrer Rechnung verzichtet, sie dachten aber gar nicht daran, dieser Aufforderung nachzukommen, so daß schließlich die Wirtin wiederholt in energischer Weise das Gebot erlassen mußte, das Lokal sofort zu verlassen. Aber auch sie hatte kein Glück damit; im Gegenteil, einer der schandlichsten jungen Männer überhäufte die Wirtin mit den ordinärsten Schimpfwörtern und schlug sogar mit seinem Seidel nach ihr. Erst als dann nach einem Schimpfmah geschickt wurde, bequemen sich die Störenfriede, das Lokal zu räumen. Draußen entstand aber bald ein ungeheurer Menschenauflauf. Einer der Exzessanten hatte einen Mann vom Perron eines elektrischen Straßenbahnwagens gestochen und im Ruuharen Hunderte von Personen um die Gruppe der Studenten verammelt, die sich schamlos zu entfernen suchten. Die Angeklagten waren in eine Drofsacke gesprungen und hieben aus dieser heraus mit ihren Stöcken immer unter die Menschenmenge. Zwei Schaulustige mußten schließlich energisch eingreifen, um Ruhe zu schaffen. Der Staatsanwalt gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß gebildete junge Leute, die anderen mit gutem Beispiel vorzugehen sollten, in dieser unschönen Weise sich verhalten konnten und beantragte wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs je eine Woche Gefängnis. Der Gerichtshof hielt zwar nur einfachen Hausfriedensbruch vorliegend, glaubte aber, nachdrücklich strafen zu sollen. Der Vorsitzende begründet dies unter anderem wie folgt: Hier löste von einem harmlosen Studentenaufstand nicht mehr die Rede sein, die Angeklagten hätten sich vielmehr wie gewöhnliche Rowdies benommen, namentlich auch dadurch, daß sie aus der Drofsacke mit den Stöcken unter das Publikum schlugen. In der heutigen social erregten Zeit haben die gebildeten jungen Leute mehr als je die Pflicht, den anderen mit gutem Beispiel voranzugehen; die Angeklagten haben diese Pflichten arg verletzt und der Socialdemokratie, die sich gewiß dieses Falls bemächtigen werde, Gelegenheit zu neuen Angriffen gegen die bestehenden Klassen gegeben. Deshalb sei eine harte Strafe geboten und der Gerichtshof habe nur deshalb nicht zu Gefängnis gegriffen, weil die Angeklagten bisher noch gänzlich unbestraft waren. Der Gerichtshof erkannte auf je 100 Mark Geldstrafe event. 20 Tage Gefängnis.

Nicht ganz verständlich ist die Wendung in der Urteilsbegründung, daß die Socialdemokratie sich des Falles bemächtigen werde. Uns dünkt, daß nicht allein die Socialdemokratie, sondern jeder Mensch von Anstand und Besittung alle Ursache hat, auf die Ausschreitungen gewisser Akademiker als auf eine in ihrer Häufigkeit beschämende und selbstverständlich auch symptomatische Erscheinung hinzuweisen.

Höchstens hat die Socialdemokratie besondere Ursache zu fragen, ob auch Leute aus Arbeiterkreisen, die sich derart pöbelhaft betragen hätten, mit einer so gelinden Strafe davongelommen wären, mit einer Strafe, die, wenn auch der Richter sie als nachdrücklich bezeichnet, von den wahrscheinlich mit wohlhabenden Vätern gesegneten Angeklagten kaum besonders schmerzhaft empfunden werden würde.

Durch die Kritik eines richterlichen Urteils war der Redacteur des hier in polnischer Sprache erscheinenden socialdemokratischen Organs „Gazeta Robotnika“, Stanislaus Lesniewski, im August vorigen Jahres von der dritten Strafkammer des Landgerichts I zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Im April vorigen Jahres war Genosse Dylong wegen Vergebens gegen die öffentliche Ordnung, begangen durch Verteilung socialdemokratischer Flugblätter, von der Strafkammer zu Weichen zu der harten Strafe von 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Dies

*) Verlag von Reinhold Schwarz, Berlin, ohne Angabe über Preis und sonstige Verlagsbedingungen.

Urteil wurde in der „Gazeta Robotnika“ in einer Weise belächelt, daß darin der Vorwurf der Parteilichkeit gegen die betreffenden Richter erhoben wurde. Bei der Beurteilung Lesniowski's hatte der Gerichtshof verabsäumt, auch auf Beschlagnahme der inkriminierten Nummer sowie auf Vernichtung der zur Herstellung erforderlichen Platten zu erkennen. Dies hatte den Staatsanwalt veranlaßt, Revision einzulegen, die Erfolg hatte. Im gestrigen Termine wurde das Verurteilte nachgeholt. Jetzt erklärte der Angeklagte, daß er seinerseits Revision einlegen wolle.

Was ein Schiffe mit seinem Landrat erleben kann. Ein interessanter Konflikt, über den wir schon vor etwa 1 1/2 Jahren berichteten, hat jetzt das Ober-Verwaltungsgericht in zweiter Auflage beschlichtet. Der Ober-Regierungsrat Gehaus in Frankfurt an der Oder war vor mehreren Jahren Landrat des Kreises Hofgeismar. Als solcher kam er öfter mit dem Gemeindefürsorge Ausschuss in Berührung. Das Verhältnis zwischen beiden war zeitweilig ein recht gespanntes. Als Neuge eines Tages an dem Landrat vorüberging, ohne ihn zu grüßen, rief ihn dieser mit den Worten an: Herr Neuge, warum grüßen Sie nicht? Der Schiffe antwortete: „Nun ich Sie denn grüßen haben? Sie grüßen mich ja auch nicht.“ Darauf sagte der Landrat ärgerlich: „Sie sind vom Amt suspendiert, ich werde das Disziplinarverfahren gegen Sie beantragen.“ Hierbei soll Gehaus auch mit den Händen gestikuliert und den Schiffe mit den Fingerringen berührt haben.

Neuge strengte gegen Gehaus die Privat-Beleidigungsklage an, während gegen ihn das Disziplinarverfahren eingeleitet wurde, und zwar mit dem Ziel auf Amtsentsetzung. Das Ober-Verwaltungsgericht verurteilte später Herrn Neuge jedoch nur zu einer Ordnungstrafe von 50 M., indem es ausführte: Als Gemeindefürsorge, das heißt als Mitglied des Gemeindefürsorge Ausschusses, besaß er zwar nur ein Ehrenamt, dessen ungeachtet unterliege er aber der Disziplinalgewalt des Landrates. Dieser sei somit sein Vorgesetzter, er hätte ihn also auf jeden Fall grüßen müssen, wenn er nicht die dem Vorgesetzten geschuldete Achtung verlegen wollte.

Inzwischen hatte die Regierung, um den Landrat gegen die Privatklage Gehaus zu schützen, eine Art Teilkonsult erhoben. Dieser wurde jedoch im Jahre 1898 vom Ober-Verwaltungsgericht verworfen, weil Teilkonsulten unzulässig seien. Hierauf wurde der Landrat wegen Beleidigung Gehaus zu 30 M. verurteilt. Die Regierung versuchte es dann mit dem Totalkonsult, mit andern Worten, sie verlangte die gänzliche Einstellung des Privatklageverfahrens und behauptete, der Landrat habe sich in jeder Beziehung im Rahmen seiner Amtsbevollmächtigung gehalten.

Der erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichts erklärte in seiner letzten Sitzung den Konsult für unbegründet. Präsident Versius führte aus: Der Angeklagte sei als Landrat berechtigt gewesen, dem Privatkläger wegen des unterlassenen Grüßens auf offener Straße Vorhaltungen zu machen, wenigstens solche amüßlichen Vorhaltungen auf der Straße etwas Ungehörliches seien. Dessenfalls hätte er allerdings vermeiden müssen. Nach dem vom Strafrichter festgestellten Thatbestand sei anzunehmen, daß der Angeklagte dies gethan habe. Der Senat sei deshalb der Ansicht, daß in den Vorhaltungen an sich, obwohl der Landrat mit lauter Stimme gesprochen habe, eine Ueberschreitung der Amtsbevollmächtigung zu sehen sei. Das Gericht habe aber eine Amtsüberschreitung darum nicht für ausgeschlossen halten können, weil nicht positiv feststehe, daß der Angeklagte den Privatkläger Neuge nicht körperlich berührt habe. Eine körperliche Berührung, auch eine solche mit den Fingerringen, wäre unzulässig. Es sei auch eine Ueberschreitung der Amtsbevollmächtigung, daß der Angeklagte den Gemeindefürsorge Ausschuss vor der Einleitung des Disziplinarverfahrens für vom Amt suspendiert erklärt habe.

Sieben Verhandlungen wegen Gefährdung von Eisenbahn-Transporten fanden gestern allein vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I gegen Führer von Privatbahnen statt, welche Zusammenkünfte mit Wagen der elektrischen Bahn verhandelt haben sollten. Die meisten Angeklagten kamen mit geringen Geldstrafen davon.

In der Anklage gegen v. Kriegshelm und Genossen ist zu melden, daß der Hauptangeklagte sich noch einen dritten Verteidiger in der Person des Rechtsanwalts Bronner angenommen hat, so daß v. Kriegshelm in der Hauptverhandlung nun von den Anwälten Dr. Morris, Schwandt und Bronner verteidigt werden wird.

Die Voruntersuchung gegen den Hauptmann a. D. Wendlandt, der sich seit dem Jahre in Untersuchungshaft befindet, ist nunmehr geschlossen worden. Die Verhandlung, die einen bedeutenden Umfang annehmen wird, dürfte im März cr. stattfinden.

Aus der Frauenbewegung.

Weibliches Bildungsproletariat in Rußland. Ueber die Proletariat und die elende Lage des weiblichen russischen gebildeten Proletariats schreibt die russische Frauenzeitung „Sobornoe Djeło“ („Frauensache“): „Eine nicht von der Hand zu weisende Notwendigkeit bildet in Rußland die Reform der weiblichen Schulen. Weder Regierung noch Presse oder Gesellschaft denkt aber nur an eine solche Reform.“ Ein großer Fehler im Lehrplan der russischen weiblichen Gymnasien ist, wie die Zeitschrift berichtet, daß alle Jünglinge ausschließlich eine Ausbildung erhalten, die sie nur zum pädagogischen Beruf vorbereitet. „Wo soll aber die Menge von Lehrerinnen hin?“ fragt die Zeitschrift. „In den Städten stößt man auf Schritt und Tritt auf junge Mädchen, die Gewerbe suchen, und weil sie infolge ihres Gymnasialdiploms (die russischen weiblichen Gymnasien entsprechen ungefähr unsern „höheren Mädchenschulen“) alle gleiche Rechte besitzen, so ist es natürlich, daß unter ihnen die schärfste Konkurrenz herrscht. Die eine sucht der andern ihr Brot wegzunehmen. Wird ein Lehrerinnenposten in der Stadtschule oder im Gymnasium frei, so bewerben sich Hunderte von Kandidatinnen um die Bilanz. Die Nichtgewählten bleiben dann an fremden Orten, um auf eine neue Bilanz zu warten und nähren sich durch Stundengeben um einen Hungerlohn. In den großen Gouvernementsstädten erhält eine solche „Stundengeberin“ für den alltäglichen ein- bis zweistündigen Unterricht eines Schülers der unteren Klassen des Gymnasiums monatlich 3 bis 5 Rubel! (ca. 6—10 Mark). Der Unterricht erstreckt sich hierbei nicht nur auf das Ueberhören aller Lehrfächer der betreffenden Klasse, sondern häufig auch auf Musik und Latein. Im Kampfe und Dasein müssen die Lehrerinnen mit Studenten und Gymnasialisten, deren meist traurige Verhältnisse ja genügend bekannt sind, im Stundengeben konkurrieren und lernen auch zu diesem Zweck Lateinisch bis zu dem für den Unterricht erforderlichen Grade. Wesentliche Reformmöglichkeiten weiß die Zeitschrift nicht anzugeben und dürften dieselben auch in dem elenden sozialen Willen der russischen „Gesellschaft“ schwer zu ergründen sein.“

Versammlungen.

Der Achtstundentag im Tischlergewerbe.

Eine Generalversammlung des Holzarbeiter-Verbandes tagte am Sonntag im Frempalast. Saal und Galerien waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Auf der Tagesordnung stand die Frage, ob im Frühjahr eine Bewegung für den Achtstundentag veranstaltet werden soll. Der Referent G. Lode führte zu diesem Punkt aus: Im vergangenen Herbst sei die Frage angeregt worden, ob es nicht angebracht sei, wenn die Konjunktur anhaltend günstig ist, im nächsten Frühjahr für eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse einzutreten. Die Mehrheit einer kürzlich ab-

gehaltenen kombinierten Versammlung habe sich dafür entschieden, daß im Frühjahr eine Bewegung, die sich besonders auf die Verkürzung der Arbeitszeit richtet, ins Werk gesetzt werden solle. Die Ortsverwaltung habe diese Angelegenheit reiflich geprüft und am Freitag habe sich eine Central-Vertrauensmänner-Versammlung damit befaßt. Dieselbe sei zu dem Beschluß gekommen, daß es nicht ratsam sei, im Frühjahr in eine allgemeine Bewegung für Abschaffung der Accordarbeit oder für Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten. Dagegen sei die Vertrauensmänner-Versammlung dafür, daß in den einzelnen Branchen eine Ausbesserung der Löhne und Erhöhung der Abschlagszahlung durchgeführt werden solle. Die Vertrauensmänner-Versammlung, der auch der Verbandsvorsitzende Aloß beizuhören, habe sich aus folgenden Gründen gegen die Bewegung für Verkürzung der Arbeitszeit erklärt: Zweifelloch werde die Forderung des Achtstundentages bei den Meistern auf den hartnäckigsten Widerstand stoßen, so daß man auf einen Streik von längerer Dauer rechnen müsse, der große Opfer koste, ohne jedoch sicheren Erfolg zu versprechen. Sollte es aber gelingen, den Achtstundentag in Berlin einzuführen, so werde die Folge davon sein, daß die Betriebe der Holzindustrie mehr und mehr nach den Provinzstädten, wo noch eine erheblich längere Arbeitszeit herrscht, verlegt werden, und dadurch einem Teil der Berliner Kollegen die Arbeitsgelegenheit genommen wird. Im Prinzip sei sowohl in der Ortsverwaltung wie in der Vertrauensmänner-Versammlung niemand gegen die Verkürzung der Arbeitszeit gewesen, nur habe man geglaubt, daß dieselbe mit Rücksicht auf die thatsächlichen Verhältnisse jetzt nicht durchführbar sei. — Dem Referat folgte eine länger als 2 Stunden währende Diskussion, an der sich 24 Redner beteiligten. Die überwiegende Mehrheit derselben trat für den Beschluß der Vertrauensmänner-Versammlung ein. Nur 5 Redner befürworteten den Streik zu Gunsten des Achtstundentages. Von einem Branchenstreik — so wurde von dieser Seite bemerkt — sei viel viel zu erwarten. Ein solcher koste eben so viel wie ein allgemeiner Streik, und der Erfolg sei im bedingten zweifelhaft, weil sich oft Streikbrecher aus anderen Branchen finden. Darum sei es besser, wenn man durch einen Streik etwas erreichen wolle, daß dann alle Kollegen gleichzeitig streiken. In diesem Falle dürfe es den Kollegen nicht darauf ankommen, wenn sie nötigenfalls einige Wochen ohne Unterstützung im Streik aushalten. Von der andern Seite wurde dagegen betont, die Erfahrung habe gelehrt, daß der Opfermut der meisten Kollegen leider nicht so groß sei, um sie zum Verzicht auf Unterstützung zu bewegen. Nach Lage der Verhältnisse könne man mit dem Standpunkt der Ortsverwaltung und der Vertrauensmänner nur einverstanden sein, umso mehr, da die Konjunktur nicht gerade besonders günstig sei. In der Vergangenheit sei schon ein Mißschlag eingetreten, der auch auf andere Branchen wirken werde. Da unter diesen Umständen der Erfolg einer allgemeinen Bewegung zweifelhaft, so möge man von einer solchen Abstand nehmen, und sich besonders auf die Organisierung und Disciplinierung der Kollegen verlegen, und für die Erhaltung der Errungenschaften von 1896 sorgen. — Die Versammlung erklärte sich fast einstimmig mit den in der Central-Vertrauensmänner-Versammlung gefaßten Beschlüssen einverstanden, wonach von einer allgemeinen Bewegung abzusehen und in eine Branchenbewegung zu Gunsten höherer Löhne und höherer Abschlagszahlung einzutreten ist. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, betreffs des letzteren Punktes die erforderlichen Schritte zu thun. Vom nächsten Sonnabend an soll ein Extrabeitrag von 25 Pf. erhoben werden.

Zum Schluß entstand eine kleine Debatte über einen Antrag, welcher dahingehet, daß den noch nicht vollberechtigten streikenden Arbeitern die volle Unterstützung gezahlt werde. Der Antrag wurde begründet mit dem Hinweis darauf, daß andern Branchen, namentlich den Bauhülfern, dieselbe Vergünstigung beim Streik gewährt worden sei. Die Versammlung lehnte den Antrag der Arbeitgeber ab und beschloß ausdrücklich, daß in Zukunft derartige Ausnahmen von den statutenmäßigen Bestimmungen nicht mehr gemacht werden sollen.

Im Wahlverein für den zweiten Reichstags-Wahlkreis sprach Robert Schmidt am Freitag über den deutschen Handel im letzten Jahrzehnt. Gestützt auf ein reichhaltiges Zahlenmaterial veranschaulichte der Redner die Entwicklung unserer Industrie während der Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs, beleuchtete die Handelsbeziehungen Deutschlands zum Auslande und kam zu dem Schluß, daß der Anteil, den die Arbeiter in Gestalt höherer Löhne an dem Ertrage des guten Geschäftsganges haben, nur ein sehr geringer sei, während der Gewinn der Unternehmer nach Millionen jähle. Die Arbeiter hätten die Periode des Aufschwunges auch nicht entfernt in dem Maße auszunutzen können, wie die Unternehmer. Immerhin lasse sich nicht verkennen, daß auch die Arbeiter ein Interesse an einer guten geschäftlichen Konjunktur haben, da sie ihnen die Möglichkeit biete, den Unternehmern Zugeständnisse abzurufen. Im allgemeinen habe ja auch die gewerkschaftliche Bewegung während dieser Prosperitätsperiode mehr erreicht als in früheren Perioden, insbesondere sei es gelungen, in einer Anzahl von Betrieben die Arbeitszeit zu verkürzen. Das zeige auch, daß wir neben dem Kampf für unsere politischen Ziele auch die Gegenwartsarbeit, welche die Gewerkschaftsbewegung für die Verbesserung der Lage der Arbeiter leistet, nicht vernachlässigen dürfen. — Eine Diskussion des beifällig aufgenommenen Vortrages wurde nicht beliebt.

Die arbeitslosen Metallarbeiter hielten gestern, Montagvormittag, eine Versammlung in den Armishallen ab, in der O. Räder über die Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie, ihre Ursachen und Wirkungen referierte. Der Redner führte u. a. an, daß seit dem Jahre 1889 eine derartige Geschäftskrise zu verzeichnen war, als sie gegenwärtig beginnt. In der guten Geschäftsperiode der letzten Jahre sind die Betriebe erheblich vergrößert und viel mehr Arbeiter wie vordem eingestellt worden, die Produktionsweise wurde möglichst intensiv gestaltet und planlos in Massen Waren produziert. Infolge der planlosen Produktion und auch zum Teil durch Einflüsse politischer Natur mache sich jetzt bereits ein Mangel an Absatzgelegenheit nicht nur in der Eisen-, sondern auch in der Metallwaren-Industrie bemerkbar. Trotzdem müssen die Arbeiter in vielen Betrieben noch zahlreiche Ueberstunden arbeiten. Wenn auch in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung eine gänzliche Veseitigung der Reserve-Arme nicht zu erwarten ist, so müsse wenigstens die Ueberstundenarbeit vermieden werden, damit die Arbeitslosigkeit nicht noch dadurch vergrößert wird. Nach einer kurzen Diskussion im Sinne des Referats gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die versammelten arbeitslosen Metallarbeiter in der gegenwärtigen Krise in der Metallindustrie einen Ausfluß der planlosen Produktionsweise in der heutigen Gesellschaft, die zu beseitigen nur durch Vergeßenschaftung der Produktionsmittel zu erreichen ist. Da der moderne Staat keine Maßnahmen trifft, um der Ausbeutung der Arbeitskraft des Arbeiters durch umfassende Arbeiterausbeutung einen Damm zu setzen, so sehen die Anwesenden das einzige Mittel in der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse.

Die Versammlung, die mit einem kräftigen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen wurde, nahm selbstverständlich einen sehr ruhigen und würdigen Verlauf, so daß den zahlreichen Beamten, welche vor dem Versammlungsorte Aufstellung genommen hatten, keine Veranlassung zum Einschreiten gegeben wurde.

Die Einseher hielten gestern, Montagvormittag, eine stark besuchte Versammlung ab, in der Rosenbaum über die Voraussetzungen einer Lohnbewegung referierte. Redner schilderte die bereits im vorigen Jahre gemachten Versuche um Anerkennung der aufgestellten Tarifforderungen, von denen man aber wegen der ungünstigen Zeit Abstand nehmen mußte. Bei der gegenwärtigen günstigen Geschäftskonjunktur bliebe, wenn die aufs neue vorgelegten Forderungen abgelehnt werden, nichts anderes übrig, als die Arbeit sofort niederzulegen. Eine allgemeine Arbeitseinstellung wäre aber nicht zu empfehlen, damit auch die bereits unter bewilligten Forderungen arbeitenden Kollegen die Unterstützungsgelder auf-

bringen können. Die Arbeiter können aber nur dort Unterstützung gefordert werden, wo die Unternehmer durch Unterschrift sich zur Anerkennung der Forderungen verpflichten. Auch sei es jedenfalls notwendig, Arbeitsberechtigungs-Karten einzuführen, um eine genaue Kontrolle, auch betreffs der organisierten Kollegen, zu ermöglichen. Im Verlauf der mehrstündigen Besprechung wurden von einer Anzahl Redner die Uebelstände auf den Bauten scharf getadelt und deren Veseitigung verlangt. Eignes Werkzeug würde jetzt von allen Arbeitern verlangt; das Hinausschaffen der Arbeitsmittel nach dem Bauplatz und Abladen derselben; die schlimmen Folgen der Coals-öfen; die Ausbeutung durch Zwischenmeister; namentlich das Ausschaffen der Kugel seitens der Arbeiter müsse unbedingt verhindert werden. Dazu komme noch die sich kaum auf acht Monate erstreckende Arbeitsgelegenheit. Unter Ablehnung mehrerer Vorschläge gelangte nachstehende Resolution zur einstimmigen Annahme: Die am 22. Januar tagende Versammlung der Einseher Berlins und Umgegend erklärt sich mit den Vorschlägen des Referenten, die Bewilligung des Tarifs vom Jahre 1899 zu erstreben einverstanden. Falls die Unternehmer die Unterschrift verweigern, so dürfen die Kollegen die Arbeit nur dann wieder aufnehmen, wenn vorher die Kommission mit den Unternehmern verhandelt und dies durch Verabreichung von Kontrollkarten bestätigt hat. Die bereits bestehende Kontrollkommission übernimmt die Leitung der Lohnbewegung. Das Bureau derselben befindet sich während der Dauer des Ausstandes im Lokal von Herzberg, Alte Jakobstr. 75. Hier hat ein jeder der arbeitenden Kollegen auch die Arbeitsberechtigungskarte vorzulegen. Pflicht aller Streikenden muß es sein, eine genaue und strenge Baukontrolle auszuüben. Am Mittwoch, 24. d., findet in demselben Lokal, Alte Jakobstr. 75, wieder eine öffentliche Versammlung statt.

Gibt-Vereinigung. Dienstag, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in Köhlers Hof, Niederwallstr. 20. Herr Oberredacteur Volkmar spricht über: „Das neue Jahrhundert.“ — Gäste willkommen.

Auf dem südafrikanischen Kriegsschauplatz

steht die Entscheidung noch aus. Die Engländer haben mit ihrer Ueberzahl des Tugela nordwärts wohl etwas Terrain gewonnen, aber gegenwärtig scheint der Vorstoß wieder zum Stehen gekommen zu sein. Vom Montag liegt noch nicht eine einzige Nachricht über die Weiterentwicklung des Kampfes vor, während über das Vorgehen am Sonnabend und Sonntag sehr ausführlich berichtet worden ist.

Ueber den Kampf vom Sonnabend telegraphiert General Buller an den Staatssekretär des Krieges aus Spearman's Lager: General Uely ist mit einem Teile der Truppen des Generals Warren heute von 6 Uhr früh bis 7 Uhr abends im Kampf gewesen. Durch wohlberednete Verwendung seiner Artillerie gelang es ihm, auf eine Entfernung von etwa drei Meilen hin einen Berggraben nach dem andern zu nehmen. Jetzt bivouacieren seine Truppen auf dem eroberten Terrain. Die wichtigste Position liegt in dessen noch vor ihnen. Unsere Verluste sind nicht schwer. Bis 6 1/2 Uhr abends waren etwa hundert Verwundete hierher gebracht worden. Die Zahl der Toten steht noch nicht fest.

Auf den Kampf am Sonnabend bezieht sich auch die folgende Berichterstattung Bullers aus Spearman's Camp vom 21. d. 10 Uhr morgens: In einem Kampf, der gestern am Venter's Spruit, einem von Action Homes südlich in den Tugela fließenden Wasserlauf, stattfand, wurden elf Offiziere verwundet, von denen einer starb, und 270 Soldaten verwundet.

Von den Kämpfen des Sonntags

berichten die folgenden, sämtlich über London kommenden Depeschen:

Aus Spearman's Camp wird um 9 1/2 Uhr gemeldet: General Warren setzt den Kampf fort. Er hat den Feind aus drei Stellungen vertrieben. Die Infanterie rückt andauernd vor unter einem sehr heftigen Geschütze.

Eine Depesche General Bullers aus Spearman's Camp vom 21. Januar 9 Uhr abends besagt: General Warren ist den ganzen Tag über im Gefecht verwickelt gewesen, insbesondere auf seinem linken Flügel, den er zwei Meilen nach vorwärts geworfen hatte. Das Gelände ist sehr schwierig und da das Gefecht sich die ganze Zeit über bergan entwickelte, so ist es schwer, genau zu sagen, wie viel wir an Boden gewinnen werden, doch glaube ich, daß wir thatsächliche Fortschritte machen werden.

Die „Times“ veröffentlichten in ihrer zweiten Montags-Ausgabe folgende Meldung aus Spearman's Camp vom 21. Januar: Die Aufgräben wurden von den Boeren geräumt und heute bei Tagesanbruch von den britischen Truppen besetzt. Der Feind nimmt eine andere halbkreisförmige Stellung an dem Haupt-Berggraben hinter der ersten ein. Der Zweck des britischen Hauptangriffs ist, die feindlichen Truppen durch den Vormarsch des rechten Flügels des Generals Buller in zwei Hälften zu teilen. Die britischen Truppen nehmen eine gedachte Stellung ein, und zwar eine halbe Meile vom Feinde entfernt.

London, 21. Januar. Das Kriegskant hat vom General Buller aus Spearman's Camp vom heutigen Tage folgende Depesche erhalten: Um den General Warren zu unterstützen und die Boerentruppen in den Verschanzungen von Potgieters Drift festzuhalten, machte General Buller mit seinen Truppen eine gewaltsame Belagerung und zwang die Boeren den ganzen Tag in ihren Verschanzungen zu bleiben.

Vor Ladysmith.

Ladysmith, 20. Januar. Der Feind hat neue, wie man annimmt achtzöllige Geschütze aufgeföhren, das Bombardement war in den letzten Tagen heftiger, der angerichtete Schaden aber nur gering. Drei Mann sind verwundet. Die Truppen sind über Buller's erfolgreichen Vormarsch erfreut, man hört deutlich den Donner seiner Geschütze und sieht seine Granaten platzen.

London, 21. Januar. Der „Manchester Guard“ berichtet, daß während des ganzen Tages in dem Boerenlager vor Ladysmith Wagen mit Munition und Proviant eintreffen. Kingham sieht man nur Boeren. Jede englische Patrouille wird von ihnen angegriffen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 22. Januar. (B. T. V.) Das aus Heiligenbeil (Ostpreußen) gebürtige Dienstmädchen Henriette Thureau, welches hier seit 1890 bedienstet und nach einem längeren Besuch in Heiligenbeil Mitte Juli v. J. wieder hierher zurückgekehrt war, wurde seit ihrer Rückkehr vermisst. Am Sonnabendabend nahm die Polizei bei den in der Kleinen Bornstraße wohnenden Eheleuten Wachholz, mit denen die Thureau verkehrt hatte, eine Hausdurchsuchung vor und fand Kleidungsstücke und sonstige Sachen der Vermissten. Am Vorher gestand der Mann ein, die Thureau, welche in seiner Wohnung erkrankt und gestorben sei, im Keller verscharrt zu haben. Die Leiche des Mädchens wurde 1 1/2 Meter unter dem Boden des Kellers gefunden.

München, 22. Januar. (B. T. V.) Anlässlich des 80. Geburtstages des Dichters Hermann Lingg ließ der Prinzregent dem Jubilar seine Glückwünsche übermitteln. Prinz Ludwig erschien persönlich zur Begrüßung. Die Stadtgemeinde München ehrte ihren Ehrenbürger Lingg durch Ueberreicherung einer Adresse. Von zahlreichen Korporationen gingen Glückwünschelegramme ein.

Reichstag.

132. Sitzung vom 22. Januar 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzes betr. die Abänderung des Unfallversicherungs-Gesetzes mit vier Anlagen:

- 1. Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetz,
2. Unfallversicherungs-Gesetz für Land- und Forstwirtschaft,
3. Bau-Unfallversicherungs-Gesetz,
4. See-Unfallversicherungs-Gesetz,
in Verbindung mit dem Gesetz betr. die Unfallfürsorge für Gefangene.

Abg. Trimborn (C.) (auf der Tribüne schwer verständlich):

Die Beschlüsse der Kommission von 1897 sind bei diesem Gesetzentwurf im weitesten Umfang berücksichtigt worden. Das spricht sehr für die Weisheit der Regierung (Dob! links), nicht minder aber auch für die Weisheit der Kommission (Weiterkeit). Es wird dies hoffentlich dazu beitragen, daß sich die Debatte sowohl in diesem Hause wie in der Kommission wesentlich verkürzt.

Die Vorlage enthält eine ganze Reihe von Verbesserungen. So begrüße ich die Einbeziehung einer Reihe von kleineren Betrieben unter die Unfallversicherung, so des Schloffer- und des Brauereigewerbes, der Feinsticker, des Fleischer- und des Schmiedegewerbes. Ebenso war es ganz recht, in demselben Momente, wo diese Einbeziehung vorgenommen wurde, auch die Selbstversicherung möglichst für die kleineren Meister und Unternehmer zu erweitern. Hervorzuheben ist weiter, daß heute ein Kind, dessen Vater noch lebt, dessen Mutter aber im Verleite verunglückt ist, eine Rente bekommt, während früher eine Rente nicht für nötig gehalten wurde, so lange der Vater noch lebte. Eine sehr erfreuliche Befugnis ist den Berufsgenossenschaften dadurch gegeben, daß sie die Rente bis zur Vollreife vorübergehend erhöhen können, so lange der Verletzte unbeschäftigt arbeitslos ist. Ich bin überzeugt, die Berufsgenossenschaften werden davon häufig Gebrauch machen und dadurch höchst wohlthätig wirken. Im übrigen werden wir wie schon 1897 wieder beantragen, die Vollrente auf 100 Proz. zu erhöhen für den Fall, daß für den Verletzten absolut keine Aussicht mehr auf irgend einen Verdienst ist und zweitens, daß er selbst pflegebedürftig ist. Dies träfe z. B. bei einem Manne zu, der beide Arme verloren hat. Im übrigen sind ja wohl solche Fälle verhältnismäßig selten.

Ich begrüße weiter die Errichtung von Schiedsgerichten im Anschluß an das Invalidenversicherungs-Gesetz, wodurch deren Zahl wesentlich vermehrt wird. Dagegen bedaure ich sehr, daß die bereits in der Kommission von 1897 vorgesehene Einrichtung bei diesen Schiedsgerichten nicht getroffen ist, daß nämlich den Bezugsberechtigten beizugeben werden, von denen sich die Arbeiter loslösen und einholen können. Mit der Fähigkeit eines Voceren (Weiterkeit) werde ich für diese Forderungen eintreten.

Ebenso haben wir den dringenden Wunsch, daß, nachdem bei der Invalidenversicherung die Rentenstellen unter Vereinfachung der größten Schwierigkeiten geschaffen sind, nun diese Einrichtung auch für die Unfallversicherung verwertet wird. Ich selbst bin damals für die Rentenstellen trotz mancher Angriffe eingetreten, aber nur in der Voraussetzung, daß diese Einrichtung bei der Unfallversicherung mitgearbeitet werden würde. (Abg. Köstke: Sehr richtig!) Ich hoffe, daß der Herr Staatssekretär, der doch so für die Rentenstellen eingetreten ist, für diesen unsern Wunsch zu haben sein wird. Wenn wir auch in der Kommission nicht viel Neues schaffen werden, so wird doch dieser Punkt einer eingehenden Erörterung unterzogen werden müssen.

Dagegen bin ich außerordentlich erfreut, daß der Rekurs unverfehrt geblieben ist. Allerdings hat sich die Regierung die Beibehaltung des Rekurses dadurch erleichtert, daß sie ihn erstens ohne mündliche Verhandlung zurückweisen läßt, wenn er sich als „offenbar unbedeutend“ hinstellt und daß zweitens das Urteil der ersten Instanz im Rekurse noch verschärft werden kann. Allerdings hatte sich dazu auch die Kommission von 1897 bereits verstanden. Sehr bedauerlich finde ich, daß die Ermächtigung zum Erlaß von Schlußvorschriften gestrichen worden ist. Die vier Kommissionen hatten den Berufsgenossenschaften diese Ermächtigung ausdrücklich gegeben.

Alles in allem werden Sie gehört haben, daß ich mancherlei Verbesserungen in der Vorlage sehe. Den Herren, die berufen sein werden, in der Kommission die Reparaturarbeiten vorzunehmen, möchte ich zum Schluß eine Mahnung mit auf den Weg geben. Sie sollen nicht vergessen, daß der Blickstrahl des Konstitus unsere Arbeiten streifen kann. Vielleicht wird sich das Gewitter, das heraufzieht, wieder verziehen. (Weiterkeit.) Rechnen wir aber mit der Thatsache und arbeiten wir flott. (Weiterkeit.) Zudem ist noch den Antrag stelle, die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, wünsche ich den Arbeiten dieser Kommission besten Fortgang und Erfolg. (Waboi im Centrum.)

Herr v. Nitzschofen (L.):

Das Ungewitter, das der Herr Vorredner erwähnt hat, soll mich von einer ruhigen Behandlung der Vorlage nicht abhalten. Ich glaube aber, daß dieses Gewitter vorübergehen wird. So fest ich entschlossen bin, eine genaue Prüfung der Vorlage überall einzutreten lassen, kann ich doch nicht verhehlen, daß die Arbeiter nicht allein im Lande sind. Es ist kürzlich behauptet worden, die Agrarier dächten, sie seien allein auf der Welt. Die gewerblichen Arbeiter sind auch nicht allein im Lande. Vom großen vaterländischen Standpunkt muß jede Vorlage geprüft werden, und von diesem werde ich auch die vorliegende besprechen. Kompromisse, wie sie 1897 zwischen Regierung und Kommission und jetzt zwischen diesem Haus und der Regierung gemacht sind, werden im allgemeinen als richtig anzuerkennen sein und so haben wir auch im wesentlichen gegen diese Vorlage nichts einzuwenden. Einverstanden sind wir mit dem in diesem Gesetze befolgten Standpunkt, daß die Unfallversicherungs-Gesetzgebung nicht in ein einheitliches Gesetz gebracht werden kann, sondern daß hierbei das Rodeo-Prinzip herrschen muß. Das Mantelgesetz, das trotzdem diese Vorlage für nötig hält, können auch wir mit Rücksicht auf den Gesichtspunkt der größeren Uebersichtlichkeit hinhinnehmen.

Ich wende mich zunächst zur Frage der Schiedsgerichte. Bei diesen ist ganz im Gegensatz zu früher das territoriale Prinzip durchgeführt worden, allerdings nicht vollständig. Deshalb ist wohl die Frage berechtigt, weshalb es für die landwirtschaftlichen Bezirke, wo es eine Schiedsgerichtsbarkeit der landwirtschaftlichen Arbeiter bedeutet, auch eingeführt ist. Meine politischen Freunde werden aber trotz dieser Nachteile für die Arbeiter den Kompromiß akzeptieren, allerdings unter der Voraussetzung, daß den Schiedsgerichten besondere landwirtschaftliche Bezirke gegeben werden.

Was die Specialgesetze angeht, so begrüße ich zuerst die Ausdehnung der Unfallversicherung auf neue kleinere Gewerbe. Damit haben wir dem Bau eine große Anzahl von Erlern angebaut, und ich hoffe, daß diese Bestimmungen die Genehmigung des Hauses finden wird. Eine wesentliche Erweiterung bietet ferner die Unfallfürsorge für Gefangene. Auch diese können wir akzeptieren, doch geben wir dabei von dem Gesichtspunkt aus, daß gefangene Arbeiter nicht besser behandelt werden dürfen als freie. Anregungen möchte ich dabei, ob es nicht möglich wäre, die Unfallversicherung auch auf Irrenhäuser auszudehnen.

Um noch einige Einzelheiten aus der Vorlage herauszugreifen, so sind wir gern bereit, die Unfallrente so hoch als angängig festzusetzen. Sehr gefreut hat es mich auch, daß jetzt auch die Frau, die ihrem Mann Essen bringt und auf der Arbeitsstätte von einem Unfall betroffen wird, entschädigungsberechtigt ist. Darin sehe ich einen erfreulichen Fortschritt. Dagegen bin ich nicht mit der Kapitalabfindung

bei Rentenansprüchen nicht einverstanden erklären. Die Beratung solcher Einzelheiten kommt ja aber der zu wählenden Kommission zu. Mit dem Antrag, daß eine solche gewählt werde, sind meine politischen Freunde natürlich einverstanden. (Waboi rechts.)

Abg. Köstke-Deffau (wildlib.):

Nach der Stellungnahme der verbündeten Regierungen im Jahr 1897 hätte man erwarten können, daß die jetzt gemachte Vorlage schon im darauffolgenden Jahr eingebracht werde. Erstmalig ist, daß sich die verbündeten Regierungen im großen und ganzen an die Beschlüsse der 97er Kommission gehalten haben. Hier im Hause ist oft der Ruf erschollen, die Arbeiterversicherungs-Gesetze müßten vereinigt und auf eine gemeinsame Unterlage gestellt werden. Ich habe mich seiner Zeit dagegen ausgesprochen, weil ich wollte, daß erst das Verfahren einfacher und klarer werde, ehe man an diese gewaltige Aufgabe herantrete. Heute ist mir jener Gedanke schon sympathischer. Mit dem Abg. Trimborn stimme ich darin überein, daß man verfahren soll, die übrigen Rentenstellen der Invalidenversicherung bei der Festsetzung der Renten zu benützen.

Gerade bei der Unfallversicherung kommt die Entscheidung nach den Ältern viel häufiger vor als bei der Invalidenversicherung. Das ist auch gar nicht zu vermeiden, weil sich die Mitglieder der Berufsgenossenschaften über das ganze Reich verteilen. Sieben Berufsgenossenschaften haben nicht einmal Sektionen, der Vorstand hat also über die Verteilung über die Höhe aller Renten zu beschließen für die Arbeiter seiner Genossenschaft in Nord-, Süd- oder Westdeutschland. Da kann natürlich nur auf Grund der Ältern entschieden werden und die Entscheidung kann auch nur durch schriftliche Votieren getroffen werden. Eine Verbesserung wäre es, wenn bei dieser Festsetzung die Arbeiter wenigstens durch ihre Vertreter beteiligt werden. Das ist aber nicht der Fall, sondern die Vertreter der Berufsgenossenschaften entscheiden allein über die Höhe der Renten. Daher ist das Mißtrauen der Arbeiter gegen diese Art der Festsetzung der Renten durchaus nicht zu verwundern. Es ist ein ganz ungewöhnlicher Vorgang, daß der Schuldner in erster Instanz selbst feststellt, was er zu zahlen hat. Man sagt, es handle sich gar nicht um eine erste Instanz; das wäre richtig, wenn es dem Betroffenen freistünde, sich zu äußern, ob er die Rente so annehmen wolle oder nicht, aber nach Verlauf von vier Wochen erlangt der Beschlag der Berufsgenossenschafts Rechtskraft und dann muß ihn der Arbeiter für sein ganzes Leben acceptieren. Wenn aber eine Veränderung in dieser Beziehung nicht vollzogen wird, so wird man wenigstens die Berufungsfrist ausdehnen müssen auf 2 oder 3 Monate. Dagegen liegt absolut kein Grund vor. Was ferner die Ausdehnung der Versicherung betrifft, so hat sich die Regierung hier ganz an die Kommissionsbeschlüsse von 1897 gehalten. Hauptächlich war damals der Wunsch maßgebend, daß man für eine Reihe von Arbeitern, welche zum Teil in Betrieben arbeiteten, die versicherungspflichtig sind, die Versicherungspflicht zu einer definitiven machen wollte. Speziell handelt es sich hier um die Bauarbeiter. In der „Socialen Praxis“ ist aber neulich in einem Artikel mit Recht auf folgenden Uebelstand hingewiesen worden. Wenn es jetzt von der Art der Arbeit, die ein Arbeiter verrichtet, abhängen soll, ob er versicherungspflichtig ist, so werde es sich fragen, ob z. B. ein Tischler, der einmal in einem Hause Fenster ansägt — dies Gewerbe soll jetzt als versicherungspflichtig gelten — nun wegen dieser einmaligen Thätigkeit dauernd versicherungspflichtig sein soll. Man muß versuchen, diese Zweifel zu beseitigen.

Was die Versicherung der Betriebsunternehmer bis zu 2000 M. Einkommen anbelangt, so möchte ich da nur mich gegen einen Einwand wenden, der im „Boro.“ vor kurzer Zeit erhoben wurde. Dort wurde gesagt, daß nunmehr Unternehmer der Versicherung unterliegen können, ohne daß ihre Arbeiter diese Wohlthat genießen. Ich bin aber der Meinung, daß auf Grund des § 2 dieses Gesetzes nur solche Betriebsunternehmer sich selbst versichern können, deren Betrieb ohnehin unter den § 1 fallen, das heißt deren Arbeiter versicherungspflichtig sind. Ich höre eben von dem Herrn Regierungsvertreter, daß meine Ansicht die richtige ist und damit fällt dieser Zweifel fort. — In Bezug auf die Regelung der Karenzzeit fällt sich der Entwurf auch den Beschlüssen der Kommission von 1897 an. Danach soll, wenn der aus der Krankenversicherung erwachsende Anspruch auf Krankengeld vor dem Ablauf von 13 Wochen wegfällt, aber bei dem Verletzten noch eine Beschränkung der Erwerbsfähigkeit fortbesteht, für welche ihm nach Ablauf dieser Zeit Anspruch auf Unfallrente zustehen würde, diese Rente dem Verletzten von der Berufsgenossenschaft schon von dem Tag an gewährt werden, wo der Anspruch auf Krankengeld fortfällt.

Die Zahl der Fälle, um die es sich hier handelt, ist eine sehr große, und da ist zu begreifen, daß hier endlich einmal durch die Regierung ein Schritt in die Karenzzeit gemacht worden ist.

Was die Unfallverhütungs-Vorschriften anlangt, so ist ja schon viel geschehen, wenn auch noch nicht genug. Es giebt kein Mittel, um die Berufsgenossenschaften zu zwingen, solche Vorschriften zu erlassen. Besonders sind die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften im Erlaß solcher Vorschriften noch sehr zurückgeblieben, während die Gesamtzahl der Unfälle in landwirtschaftlichen Kreisen die im Gewerbe übersteigt. Doch auch von gewerblichen Berufsgenossenschaften kam, namentlich in Bezug auf die Kontrolle, noch viel gefordert. — Den Vorschlag des Abg. Trimborn, daß man beim Verleiten der Rente auf die Hilflosigkeit Rücksicht nehme, halte ich für durchaus berechtigt und hoffe, daß eine derartige Bestimmung in das Gesetz kommt. Was die Unfallversicherung für Gefangene betrifft, so betone ich nur, daß der Betriebsunternehmer der Gefangene beschäftigt, voll zu den Lasten der Versicherung herangezogen werden muß.

Die Frage des Arbeitsnachweises hätte ganz aus dem Gesetz herausbleiben sollen. Wenn die Arbeitsnachweise etwas leisten sollen, müssen sie vollkommen parteilich sein, und das können die der Berufsgenossenschaften niemals sein. Auch kann diese Frage nur zufriedenstellend organisiert werden auf lokaler Grundlage. Ich hoffe, daß es gelingen möge, den Gesetzentwurf in dieser Session zu verabschieden, da es sich hier nicht um politische, sondern um Zweckmäßigkeitsfragen handelt. Wir würden damit wiederum den andern Nationen voraus-eilen, wie es bisher der Fall war. Die Herren Socialdemokraten, welche den Wert unserer Arbeiterversicherungs-Gesetze noch immer nicht anerkennen, will ich verweisen auf das zwölftändige Werk des Geheimrats Rader, das einen Ueberblick über die Arbeiterversicherungs-Gesetze aller civilisirten Länder giebt. Daraus werden Sie ersehen, daß, wie wir die Ersten auf diesem Gebiete waren, es auch heute noch sind. Dies erfüllt uns mit Genugthuung, darf uns aber nicht hindern, weiter vorwärts zu schreiten. Wenn so den Arbeitern allmählich der Schutz gegeben wird, den sie zu beanspruchen haben, dann werden sie das Vertrauen zur bürgerlichen Gesellschaft wiedererlangen, das sie in den letzten Jahrzehnten verloren haben.

Abg. Stadthagen (Soe.):

Mit dem Lob, mit dem die Herren Vorredner die Vorlage überschüttet haben, kann ich mich nicht einverstanden erklären. Der Abg. Köstke hatte es nicht nötig zu sagen, daß die Socialdemokratie lernen werde, den Wert dieser Gesetzgebung anzuerkennen. Das Gute, das in der socialen Gesetzgebung liegt, ist zurückzuführen auf die Socialdemokratie. Es ist bereits in den Motiven zu diesem Unfallversicherungs-Gesetz im Jahre 1891 anerkannt worden, daß die berechtigten Wünsche der Arbeiter erfüllt werden müssen, wie sie die Socialdemokratie vorgebracht hat. Schon damals wurde gesagt, man müsse die von den Socialdemokraten hervorgehobenen Beschwerden als berechtigt anerkennen. So gehört dieses Unfallversicherungs-Gesetz zu den Gesetzen, deren Vater im gewissen Sinne die Socialdemokratie ist; es wäre jedenfalls ohne die Socialdemokratie niemals dorgelegt. Fürst Bismarck selbst erklärte zu Ende der 80er Jahre: Das bishigen Socialreform wäre überhaupt nicht vor-

handen ohne das stete Drängen der Socialdemokratie. Ich bedaure, daß der Abg. Drey, welcher neulich wieder einmal einen Ausfall nach dieser Richtung machte, heute nicht hier ist. Ich würde ihn sonst verweisen auf das, was einer der tüchtigsten katholischen Socialreformer Konstantin Franz in dieser Beziehung eingeträumt hat. Jedenfalls kann nicht bestritten werden: Das Wenige, was überhaupt an Socialgesetzgebung geleistet ist, wäre ohne die Socialdemokratie nicht vorhanden. Ich darf weiter sagen: die Gesetzgebung würde noch schlechter aussehen, wenn die Socialdemokratie nicht da wäre. Von dem Rechner der Renten wundere es mich nicht, wenn er davon spricht, es seien 2 Milliarden dafür auszugeben. Es kommt darauf an, ob der Arbeiter nicht auf mehr als zwei Milliarden Anspruch gehabt hat. Wenn so und so viel Arbeitern innerhalb eines gewissen Zeitraums zwei Milliarden gezahlt sind, auf die sie ein Recht hatten, wie können Sie da sagen, es sei etwas für Sie geschehen. Ich würde mich schämen, ein solches Trinkgeld zu geben. Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften geben pro Kopf und Tag 1/4 Pfennig. Ich glaube, die übergroße Zahl von Menschen würde sich schämen, 0,5 Pf. Trinkgeld zu geben, und der Bettler würde es Ihnen entgegenwerfen. Von meinem Freunde Molkenbühr ist Ihnen schon in längeren Zahlenreihen entgegengehalten worden, daß Sie nur einen ganz kleinen Teil Ihrer Pflicht thun, und da sagen Sie den Arbeitern, es sei für ihre Fürsorge etwas geschehen? Allerdings ist in der socialen Gesetzgebung sehr viel geschehen — ich gebe es unumwunden zu —, sehr viel im Interesse der Unternehmer, sehr viel als Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter. In dem Augenblick, wo wir ein neues Recht bekommen haben, wo wir den Schadenersatz nach ganz andern Grundregeln geordnet haben, da verkommen wir sowohl nach der Höhe des Erlasses wie nach dem Verfahren dem einzelnen Arbeiter das Recht, das er hat, in unerbörter Weise. Das sind ein paar Lappen, die hingegeben werden auf die unendlich vielen Schäden, welche in der Unfallversicherung vorhanden sind. Ich möchte nur den unfähigen Regierungsdirektor sehen, der es nicht möglich machte, wenn er heute eine Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz bringt, mindestens ein paar Verbesserungen zu bringen. Aber das als ein großes Werk preisen? Ich verziehe den Herrn Abg. Trimborn nicht, der seiner Zeit den Kommissionsbericht mit so großer Aufmerksamkeit und Sachkenntnis geliefert hat.

Ich verstehe, daß es ihm unlieb ist, daß er nach der Erklärung der Unternehmerklasse, es werde zu viel verlangt, sang- und klanglos in den Oerteln verschwunden ist, und daß er nun etwas retten will, nachdem die Regierung im Interesse des Centralverbandes der Industriellen einen Teil der Kommissionsvorschläge angenommen hat. Die Kommissionsvorschläge sind bei weitem zurückgeblieben hinter dem, was das Reichsamt des Innern 1894 vorge schlagen hat. Da offenbart sich die zunehmende Furcht vor dem Centralverband der Industriellen. Was Großes auf dem Gebiete der Unfallversicherung geleistet ist, ist lediglich im Interesse der Unternehmer geschehen. Was das Schuldprinzip betrifft, so stellen sich die Regierung und der Abg. Köstke auf den Standpunkt: falls voller Schadenersatz gewährt werden soll, kommen wir zurück auf das Casuspflichtgesetz, das nur für schuldhaftes Handeln Schadenersatz vorsieht. Wie steht es mit der Entwicklung auf diesem Gebiete? Die Frage, die hier im Unfallversicherungs-Gesetz zum Ausdruck kommt, ist eine der Fragen, um die es sich bei dem gewaltigen Ringen zwischen Arbeitern und Kapitalisten handelt, eine der Fragen, wo die Verhängung von Leben und Gesundheit der Arbeiter zum Ausdruck kommt, wo die Regierung und die herrschenden Parteien den Siegeslauf, den die Unternehmerklasse gegen die Arbeiterklasse begonnen hat, zu beschleunigen helfen. Ich verstehe, daß eine Anzahl Socialjuristen sich die ganze wirtschaftliche Entwicklung nicht ansehen, die nur an dem römischen Sclavenrechte festhalten; jeder hat Ertrag zu leisten, durch dessen Verschulden ein Schaden herbeigeführt ist. Wir haben in dem alten Rom den Kampf zwischen Patriziern und Plebejern sich abspielen sehen. Auch die Arbeiterlassen im alten Rom kämpften um Schadenersatz bei Körperverletzung und zwangen die Patrizier nach jahrhundertlangem Ringen wenigstens einen Teil der Fälle zu entschädigen. Ich erinnere an das berühmte Zwölfeselsgesetz, wo verlangt wurde, daß der Druch ersetzt werden müsse seitens des Patriziers an den Plebejer, wie es genau in demselben Abzweige damals verfaßt wurde, das Wort rumpers umzumodeln und abzuschwächen zu ungunsten der Arbeiter, wie es heute die Berufsgenossenschaften und gelehrten Richter thun. Ich erinnere Sie, wie schließlich jenes Gesetz kam, wie die damalige Arbeiterklasse es durchsetzte, daß wenigstens die Gesundheit ihres Körpers etwas geschützt wurde usw. Genau daselbe zeigte sich, wie in der modernen Wirtschaftsweise, daß das Verschuldungsprinzip keinerlei Macht mehr hat und auch hier der eine Unterchied, daß nicht der Arbeiter in Veracht kommt, sondern der Bürger, der Wohlhabende. Gerade beim Schutz der Arbeitskraft ist das römischrechtliche Verschuldungsprinzip nicht haltbar. Von ihm ist mit Recht auch das Bürgerliche Gesetzbuch abgewichen. Da ist zunächst vorhanden eine Verantwortlichkeit für fremde Personen. Nach dem starren Verschuldungsprinzip wäre es ja unmöglich, daß derjenige zu haften hätte, den kein Verschulden trifft. Viel weitergehend bekam bei Gelegenheit der Beratungen zum Bürgerlichen Gesetzbuch der Rechtsgrundsatz seine Prägung, der innerhalb aller social Denkenden längst als Rechtsgrundsatz anerkannt war. Wer für einen durch ihn verursachten Schaden deshalb nicht verantwortlich ist, weil ihm Vorzug oder Fahrlässigkeit nicht zur Last fällt, hat gleichwohl den Schaden insofern zu ertragen, als die Wichtigkeit nach den Verhältnissen der Beteiligten eine Schadloshaltung erfordert. Zu meinem Bedauern ist dieser Satz in der Kommission gefallen. Aber das durchaus nicht richtige Prinzip, daß nur, wer schuldhaft oder fahrlässig gehandelt habe, zu haften habe, haben Sie in einigen Bestimmungen des Schadenersatzrechts im Bürgerlichen Gesetzbuch zum Ausdruck gebracht, allerdings in solchen, wo es sich nicht wesentlich um Arbeiter handelt. Sie haben im Bürgerlichen Gesetzbuch auch der Bestimmung zugestimmt, daß allein der Besitz, gleich, ob Fahrlässigkeit oder schuldhaftes Versehen vorliege, zum Schadenersatz verpflichtet ist. Der Schaden, der durch das Halten eines Tieres angerichtet wird, wird ohne Rücksicht auf das Verschuldungsprinzip ersetzt. Ebenso muß der Besitzer eines Grundstücks für den Schaden haften, den ein Mann erleidet beim Einsturz eines Gebäudes. Dem Besitz werden hier also gewisse sociale Verpflichtungen auferlegt.

Soll nicht auch auf dem Gebiet des gewerblichen Lebens das Prinzip seine Gültigkeit behalten, daß der, der Schaden erlitten hat, vollen Ersatz erhält, ob es sich um einen Vorzug oder um eine Fahrlässigkeit handelt? Nachdem die Socialdemokraten darauf hingewiesen hatten, welches schwere materielle Unrecht den Arbeitern durch die Auslegung des Haftpflichtgesetzes zugefügt wurde, da fanden sich eine Reihe Politiker, die anerkannten, daß es wünschenswert sei, das römische Verschuldungsprinzip zu verlassen. Jedenfalls trat die Ansicht auf, daß es durchaus erforderlich sei, in diesem Sinne für alle Schäden voll aufzukommen.

Im Jahre 1891 führte Herr v. Hertling im Reichstage aus: Auf der einen Seite tritt das Bestreben hervor, den Unternehmer für die Folgen der Unfälle in seinem Betriebe verantwortlich zu machen; auf der andern Seite hat das Gesetz, gleichsam besungen in alten privatrechtlichen Anschauungen, die Schuldfrage mit hereinbezogen. (Hört! hört!) Weiter sagte Herr v. Hertling: So kam man aus dem Widerspruch nicht hinaus. Man blieb dabei, daß nur ein besonderes Recht auf Entschädigung bestehen sollte innerhalb bestimmter gefährlicher Betriebe, ohne aber sämtliche Unfälle, die aus der Natur dieser Betriebe hervorgehen, unter das Gesetz zu stellen. Herr von Hertling kommt im weiteren Verlauf seiner Ausführungen zu dem Ergebnis, daß die Haftung für Schuld nicht ausreicht. Weiter meinte er, man werde sagen müssen, daß das Verursachen der zunächst beteiligten Kreise hinter dem Rechtsbewußtsein zurückgeblieben sei. (Hört, hört!) bei den Socialdemokraten.)

Was damals Herr von Hertling sagte, es trifft die Ausführungen aller heutigen Redner, nicht zum mindesten auch die des Herrn vom Centrum: **Sie alle verdrängen das Recht des Arbeiters und geben ihm weniger, als ihm zukommt**, während sie sich einbilden, ihm mehr zu geben.

Hertling sagte ferner damals: „Der Unternehmer hat, wie die Chancen des Gewinnes, so auch die des Verlustes zu tragen (sehr richtig! bei den Socialdemokraten); es fragt sich nur, ob die ganze Industrie für die Unfälle im Betriebe des einzelnen Unternehmers haften soll. Herr v. Hertling bejaht diese Frage.“

Also Billigkeit wie Gerechtigkeitgefühl verlangen, daß dem Arbeiter voller Ertrag wird, ohne daß erst die doch nicht zu lösende Schuldfrage untersucht wird. Daß die Industrie sich zusammenschließt, dagegen hat der Arbeiter nichts einzuwenden; im Gegenteil, er wünscht es, damit er nicht fruchtlos Ertrag von dem einzelnen Unternehmer fordert. Früher hat übrigens auch Dr. Hise das Prinzip des vollen Schadenersatzes vertreten. Dasselbe Prinzip haben Sie in das Bürgerliche Gesetzbuch aufgenommen. Und jetzt wollen Sie ein Gesetz schaffen, das dem Arbeiter im besten Fall nur zwei Drittel des Schadens ersetzt? Geschieht das, so kann man wahrhaftig nicht in das Lob einstimmen, das diesem Gesetz hier gesendet wird; man muß dann vielmehr konstataren, daß gleich das erste Gesetz im neuen Jahrhundert, das sich auf die Arbeiter bezieht, damit anfängt, sie außerhalb des bürgerlichen Rechts zu stellen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Rein, meine Herren, die einfache Tatsache, daß es in dieser Gesellschaftsordnung erlaubt ist, die Arbeitskraft eines andern sich dienstbar zu machen, diese einfache Tatsache macht mindestens den Lohnherrscher bezw. die Gesamtheit der Lohnherrscher verantwortlich für Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter.

Die Rede des Herrn v. Hertling kommt allerdings vom 1. April. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Seit den 18 Jahren, die seitdem verstrichen sind, ist das Centrum Schritt um Schritt zurückgegangen, wo es sich um die Eringung dieses Naturrechts der Arbeiter gehandelt hat. Vor dem Unternehmer werden Verbodungen über Verbodungen gemacht. Die neue Vorlage trägt so ziemlich alle Verbodungen, die J. B. von Herrn v. Stumm im Namen der Industriellen erhoben werden, Rechnung, aber keiner Verbodungen, die die socialdemokratische und ultramontane Arbeiterschaft erhoben hat.

Die Hauptbeschwerden der Arbeiter ist die, daß sie nur ein Lumpiges Almosen erhalten, das man dadurch schmählicher zu machen versucht, daß man es Rente oder Vorkrente nennt, oder wie die Dinge alle heißen. Wer ist denn hier von uns im Stande, von dieser Rente leben zu können? Und nun gar mit diesen Abknappereien seitens der Berufsgenossenschaften, diese Organisation eines Staates im Staate. Das ist ja die Hauptsache, weswegen die Industriellen gegen den letzten Entwurf waren. Das Reichsgericht soll anerkannt haben, die Berufsgenossenschaft sei eine Behörde. Herr v. Döllinger hat seinerzeit mit Recht geglaubt, das bestreiten zu müssen. In dem Augenblick, wo der arme Arbeiter darauf vertraut, daß die Oberinstanz mächtiger sein müsse als Organ der Unternehmerschaft, können diese Organe und setzen die Rente herab. Das kleine Palliativmittel mit der Herabsetzung von fünf auf drei oder 1 Jahr nützt gar nichts. Das ist so künstlich, daß es ein Arbeiter gar nicht versteht. Am letzten Freitag kamen nicht weniger als drei Arbeiter zu mir. Während ihre Ansprüche beim Reichs-Versicherungsamt schwebten, sie auch formell gewonnen haben, wurde von der Berufsgenossenschaft ihre Rente herabgesetzt. Sie haben natürlich geklagt, das Reichs-Versicherungsamt werde darüber entscheiden, und sind ihrer Rente natürlich verlustig gegangen. Die Berufsgenossenschaft hat sogar noch diese Arbeiter verböhnt, indem sie ihnen schrieb: „Wir sind leider nicht in der Lage, Ihnen zu helfen, Sie haben das Rechtsmittel der Berufung veräußert.“ Wer aus der Praxis diese Art und Weise des Vorgehens der Berufsgenossenschaften kennt, wer noch den Klagen der Witwen und Waisen weiß, wie ungerecht sie oft bei der Zerteilung und Bemessung der Renten vorgehen und diesen armen, gequälten Opfern ihre schon durch das Gesetz so beschränkten Rechte noch mehr schmälern, der kann nicht einstimmen in das Lob, daß dieser Gesetzentwurf erhebliche Verbesserungen bringe. Rein, die Berufsgenossenschaften müssen aus diesem ganzen Verfahren heraus, es ist unethisch, daß die Arbeiterschaft nicht organisiert werden darf zu dem Zweck, um in solchen Prozessen ihr Recht zu verteidigen, daß man dagegen den Berufsgenossenschaften erlaubt, ihre Macht als Staat im Staate noch weiter auszuüben. Der Bestand der Berufsgenossenschaften ist auch wesentlich daran schuld, daß der Kreis derjenigen, für die durch ein Unfallversicherungsgesetz gesorgt werden mußte, nicht ausgedehnt werden kann, hauptsächlich auf das Handwerk. Die ganze Organisation müßte dann eine territoriale sein, nicht erst bei den Schiedsgerichten sondern bereits in den unteren Instanzen. Nun soll noch gar der Arbeitsnachweis den Berufsgenossenschaften übertragen werden! — Ich will hier in Parenthese hervorheben, daß hier den Großgrundbesitzern ein Vorteil gewährt ist. Es soll nach dem Gesetz zulässig sein, die sog. industriellen Nebengewerbe zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zuzuzählen, das also z. B. der Nebenbauer seinen mit 80 bis 40 Proz. Unfall behafteten Nebenbetrieb der landwirtschaftlichen Genossenschaft soll zuschlagen müssen.

Das schadet außerordentlich dem kleinen Besitzer und Arbeiter, nicht aber dem Unternehmertum, dem Großgrundbesitzer. Denn wenn ein industrieller Betrieb von 30—40 Proz. an Unfällen zusammengevorfen wird mit einem landwirtschaftlichen von nur 3,3 Proz. an Unfällen, so muß der letztere die höheren Gefahren für diesen Nebenbetrieb des Brenners oder Nebenbauers mittragen (sehr richtig! bei den Socialdemokraten); dadurch wird also der kleine Besitzer geschädigt. (Zuruf: Zustimmung!) Ich werde Ihnen gleich zeigen, daß dieser Jurist ganz ungerichtet ist. Der Schaden für die Arbeiter besteht darin, daß Arbeiter, die in denselben Betrieben verunglücken, die zufällig als Nebenbetriebe gelten, sich mit der schmaleren Unfallrente der landlichen Arbeiter überhaupt begnügen müssen. Der etwa zu zahlende Zuschlag wird dann durch den Vorstand der Berufsgenossenschaft festgesetzt, dieser wird doch aber gerade durch die Großgrundbesitzer gewählt und nie wird ein solcher Vorstand auch nur einen Flehentlich Zuschlag bewilligen, wenn dadurch dem kleinen Besitzer geholfen wird. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Rein, Sie werden damit den Prozeß, daß der Großgrundbesitzer den kleinen Grundbesitzer von Tag zu Tag mehr ruinert und aufsaugt, nur beschleunigen. (Lärm rechts.) Es war nur sehr interessant, daß der Herr Redner der Rechten auf diesen Punkt gar nicht einging.

Was den Schadenersatz anlangt, so ist ja der Entwurf nicht so weit gegangen, wie es die Industriellen 1897 verlangten, daß der Arbeiter in den Fällen, wo der Unfall durch seine Fahrlässigkeit herbeigeführt ist, gar nicht entschädigt wird; aber teilweise ist man doch diesen Wünschen der Unternehmer entgegengekommen, indem der Anspruch der Verletzten auf Entschädigung ganz oder teilweise abgelehnt werden kann, wenn der Unfall bei Begehung eines strafbaren Vergehens vorgekommen ist. Denken Sie den Fall, daß bei der Ablösung zweier Erdarbeiter-Lohnen diese in Streit geraten und ein Arbeiter dabei etwas über die Notwehr hinausgeht. Daraufhin kann ihm dann jetzt die Entschädigung abgesprochen werden. Weiter nehmen Sie den Fall, ein Arbeiter fährt über einen Eisenbahnübergang, er hofft, noch durchzukommen, verunglückt aber dabei. Wenn er dann wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports verurteilt wird, so geht er der Rente verlustig, obgleich er doch nur im Interesse seines Arbeitgebers handelte. Das ist ungerichtet. Zum wenigsten müßte es dann heißen, dieser Anspruch „muss“ abgelehnt werden; auf Almosen dürfen die Arbeiter nicht angewiesen sein.

Der Schadenersatz-Anspruch müßte ebenso nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs geregelt werden, wie der Begriff der Erwerbsunfähigkeit. Doch auch daran hat der Regierungsentwurf nicht im geringsten gedacht. Es heißt in dem Gesetz: „Solange der Verletzte infolge des Unfalls thätig und unverschuldet arbeitslos ist, kann der Genossenschaftsvorstand die Teilrente bis zum Betrag der Vorkrente vorübergehend erhöhen.“ Also auch in

einem solchen Falle hält das Gesetz volle Erwerbsunfähigkeit eigentlich noch nicht für vorliegend. Wir verlangen, daß der Arbeiter auch für die gesamten Folgen des Unfalls Schadenersatz bekommt und dazu gehört auch, daß der Krüppel auf dem Arbeitsmarkt keine Beschäftigung bekommt.

Was den Kreis der Versicherten anlangt, so sind ja ein paar kleine Betriebe mehr hineingezogen worden. Wir verlangen aber, daß das gesamte Handwerk, alle die Kreise, die den Invalidenversicherungen unterliegen, mit in die Unfallversicherung einbezogen werden. Auch hier stellen sich die Berufsgenossenschaften als unüberwindliches Hindernis entgegen. Es wird daher in der Kommission zu erwägen sein, ob sie nicht überhaupt fallen gelassen werden müssen und Organisationen gebildet werden, die unter dem Reichs-Versicherungsamt stehen und meinetwegen auf den Rentenstellen aufbauen. Dann aber auf obligatorischen und nicht etwa fakultativen Rentenstellen.

Was die Höhe der Rente anlangt, so ist es ja eine alte Klage, daß sie erst von der dreizehnten Woche an gezahlt wird. Seiner Zeit wurde diese Karenzzeit auf 4 Wochen ermäßigt, aber Herr v. Stumm erklärte damals, das sei unannehmbar und so wurde es von der Regierung wieder fallen gelassen, nachdem sich der Bund der Industriellen mit aller Entschiedenheit dagegen ausgesprochen hatte und der Regierung sogar der Vorwurf gemacht war, sie sei den Socialdemokraten ins Garn gegangen. Ebenso fallen gelassen wurde infolge des Widerspruchs des Herrn v. Stumm damals die Forderung, daß dem Verletzten die ärztlichen Gutachten über seinen Zustand auf sein Verlangen ausgeliefert werden müßten. Diese werden dem Verletzten vorenthalten, so daß die Arbeiter in vielen Fällen gar nicht in der Lage sind, ihre Sache ordentlich wahrzunehmen. Tatsache ist allerdings, daß nach Ansicht der Verletzten diese Gutachten mit der Wahrheit in schlimmerer Dissonanz stehen. Aus einem Nest von Scham haben daher die Berufsgenossenschaften allen Grund, diese Akte des Reichs-Versicherungsamts vorzuenthalten. Auch gegen diese Forderung wandte sich der Verband der Industriellen sehr energisch und das war für die Regierung Grund genug, diese Forderung fallen zu lassen. Die Arbeiter wurden natürlich nicht gefragt.

Ganz ungeheuerlich ist es weiter, daß der Arbeiter, auch wenn ihm die „Vorkrente“ zuerkannt wird, nur $\frac{2}{3}$ seines Arbeitsverdienstes erhält und noch dazu, wenn sein Lohn über 4 M. beträgt, von dem Ueberschuß über diese 4 M. nur $\frac{1}{3}$ angerechnet wird. Dieser Satz von 4 M. stammt noch aus früherer Zeit her, währenddem sind aber die Lebensmittelpreise bedeutend gestiegen. Es ist eine positive Ungerechtigkeit, daß nicht der volle Lohn angerechnet wird. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Anstalten, die im Zurechtbringen der Fürsorge der Menschheit dienen sollen, wie die Charité, haben den Tageslohn von 2 M. auf 2,50 M. erhöht. Hier aber sollen die 4 M. bleiben, die vor 20 Jahren maßgebend waren. Die ganze Vorkrente beträgt 600 M., im äußersten Fall 800 M. Der verunglückte Arbeiter bekommt also weniger, als die Charité für absolut notwendig erachtet für den täglichen Unterhalt. Bezüglich der Höhe der Renten müssen wir das beantragen, was wir früher beantragt haben.

Ein weiteres Sonderrecht ist bei der Bemessung der Hinterbliebenenrente insofern geschaffen, als der Anspruch auf diese Rente erlischt, wenn die Ehefrau sich von der häuslichen Gemeinschaft ohne Grund fernhält etc. Damit werden die Berufsgenossenschaften, die Schiedsgerichte, das Reichs-Versicherungsamt zu Eherichtern; besonders schlimm wird diese Bestimmung die Seeleute treffen.

Herr Trimborn meinte, wir sollten statt 66 $\frac{2}{3}$ Proz. des Lohnes 75 Proz. beantragen. Ja, wenn das Centrum nur nicht schon in der Kommission in zweiter Lesung unfaßlich möchte und berechtigte Ansprüche nur mit einem Fünftel der Eistmädigkeit verachtet würde, wie der Verband der Industriellen seine unberechtigten Ansprüche.

Eine weitere Ungerechtigkeit liegt darin, daß das Kind eines Arbeiters, der auf dem Schlachtfelde der Industrie fällt, nur bis zum 15. Jahre eine geringe Rente erhalten soll. Für Beamtenkinder wird bis zum 18. Lebensjahre gesorgt. Wir verlangen daselbe auch für die Arbeiterkinder und zwar für jedes und verlangen den vollen Ertrag des Vaters. Es muß ihm der Unterhalt gewährt werden, bis es sich selbst ernähren kann, jedenfalls muß ein höheres Lebensalter, als in der Vorlage enthalten ist, dafür festgesetzt werden. Und wie soll die Erziehung eines Kindes mit den 15 oder 20 Proz. bestritten werden?

Neben diesem Sonderkinderrecht besteht auch das Sonderrecht, daß die Ascendenten nicht in demselben Maße wie bei andern Unfällen vollen Schadenersatz erhalten. Eine kleine Besserung gegen das bestehende Gesetz wird in der Novelle ja in diesem Falle erreicht, aber warum wird nicht die volle Entschädigung gewährt?

Das Schlimmste in dem vorliegenden Entwurf ist die völlige Unterlassung hinreichender Unfallverhütungs-Vorschriften. Daran trägt das Centrum die Hauptschuld. Es ist der Regierung beim Invalidengesetz viel zu weit entgegengekommen und hat unsere Anträge, die schon dort Unfallverhütungs-Vorschriften einführen wollten, in Stich gelassen; das hat die Regierung ermutigt; doch gebe ich die Hoffnung noch nicht vollkommen auf, daß es mit uns dafür sorgen wird, daß die Arbeiter Ausschüsse einsetzen können, um Unfallverhütungs-Vorschriften zu erlassen, daß daselbe Recht den Generalversammlungen und Vorständen der Krankenkassen eingeräumt wird zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter. Herr Trimborn hat gewünscht, daß die Kommissionsberatungen möglichst schnell erledigt werden möchten, und daß nicht zu viel Anforderungen gestellt werden dürfen, sonst könnte ein Bly kommen, der uns alle verdirbt. Wir fürchten uns nicht vor Gewitter, Blitz und Wolkenbruch. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Das Centrum sollte die Verpflichtung fühlen, unbekümmert darum die Rechte der Arbeiterlosse zu verteidigen. Je weicher Sie nach oben sind, desto mehr nehmen Sie den Arbeitern. Soll in der Kommission nur kompromittiert werden, dann brauchen wir uns nicht zu kompromittieren, und können dann die Kommissionsberatungen besser unterlassen. Früher war das Centrum bei weitem arbeiterfreundlicher wie heute. Je mächtiger Sie aber geworden sind, desto mehr haben Sie die Verpflichtung, der Regierung die Pistole auf die Brust zu setzen. (Lachen und Lärm rechts.) Nehmen Sie sich ein Muster an dem starren Festhalten des Verbands der Industriellen, der aus wenigen Köpfen aber starken Tischen besteht. Nur der erreicht etwas, der das Gute mit Energie vertritt. Sie müßten der Regierung die Mittel zum Regieren verjagen, falls sie nicht nachgibt. Uns schreden die Arbeiten der Kommission nicht. Wir hoffen, daß Sie auch diesmal einiges von uns lernen werden. Gern will ich für Ihre Anträge stimmen, wenn sie brauchbar sind, und mit umso größerer Freude, wenn ich die Gewißheit hätte, daß Sie nicht umfallen. National ist nicht, der die Ohren von der Größe Deutschlands im Munde führt, sondern der für die innere Gefundung der Deutschen innerhalb Deutschlands sorgt. In diesem Sinne werden wir in der Kommission arbeiten. (Lebhaftes Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf v. Posadowski:

Ich hoffe, das Centrum wird nicht zu solchen Gewaltmaßnahmen greifen und uns die Pistole auf die Brust setzen. (Heiterkeit.) Es wird anerkennen, daß wir den Vorschlag der früheren Kommission in weitem Maße gefolgt sind und daß thatsächlich Verbesserungen erreicht sind. Die Rede des Herrn Stadthagen trug vollkommen den Charakter einer Strafpredigt an die Regierung und die bürgerlichen Parteien. Beide haben sie aber nicht verdient, sondern haben ein gutes Gewissen. Der „Vorwärts“ hat selber anerkannt, daß der Arbeiter beim Haftpflichtgesetz allerdings den idealen Anspruch auf volle Entschädigung hatte, daß aber auf ihm die Beweislast ruhte, daß er nicht den Unfall verschuldet hatte, während jetzt die Arbeiter freilich nur einen Teil der vollen Entschädigung erhalten, aber in jedem Fall und ohne besondere Schwierigkeiten. Auf diesem Gedanken beruht die gesamte Unfallgesetzgebung. Auf den Standpunkt des Abg. Stadthagen wird sich weder die Regierung noch die Parteien stellen. Der Arbeiter soll

auch dann nach ihm die volle Entschädigung erhalten, wenn auch nicht der Schein eines Nachweises vorhanden ist, daß der Unternehmer irgend ein Versehen begangen hat. Wenn der Unternehmer so aber keine Schuld hat, kann er nach privatrechtlichen Grundsätzen nicht verantwortlich gemacht werden. Nach Herrn Stadthagen müßte also ein Ausnahmegesetz gegen die Unternehmer geschaffen und sie außerhalb des Privatrechts gestellt werden. Dafür wird weder die Regierung noch sonst jemand zu gewinnen sein. (Bravo! rechts.) Unzweifelhaft besteht der Mangel im Gesetz, daß eine große Anzahl Personen, die Unfällen unterliegen, noch nicht die Wohlthaten der Berufsgenossenschaften empfangen. Bei der jetzigen Organisation der Berufsgenossenschaften wäre es aber ganz unausführbar, sämtliche Handlungsgehilfen, Diensthöfen und Gehilfen im Handwerk unter die Unfallversicherung zu stellen. Soll das geschehen, so müßten entweder territoriale Berufsgenossenschaften für sie gebildet oder die Versicherung angegliedert werden an die bestehende Invalidenversicherung. Das ist aber eine so große und schwierige Organisation, daß wir vorläufig davon abgesehen haben, den Kreis weiter zu ziehen und uns beschränkt haben auf die in der Novelle neu aufgenommenen Gewerbe. Für die übrigen müßten wir die Sorge der Zukunft überlassen. Bei der Unfallversicherung der Gefangenen war nicht mehr zu erreichen. Die Aufhebung der Schiedsgerichte der Berufsgenossenschaften ist eine absolute Notwendigkeit und ihre Verbindung mit den Schiedsgerichten der Invalidenversicherung war absolut notwendig angesichts des Gesichtspunktes der jetzigen Schiedsgerichte, die mit der Natur einer Arbeiterversicherung unvereinbar ist. Die Arbeiter werden es zu den neuen Schiedsgerichten näher haben, als jetzt. Ich warne davor, durch eine andere Regelung der Karenzzeit die Krankenversicherung finanziell stärken zu wollen. Notwendig ist diese Stärkung, aber die Form ist gleichgültig. Es geht doch auch so zu machen, daß die Krankenversicherung in ihrer Leistung auf 6 Monat ausgedehnt wird. Dann aber wird es notwendig werden, die Beitragspflicht in der Weise bei der Krankenversicherung zu regeln, daß Arbeiter und Unternehmer die Hälfte zahlen. Bei einer anderen Regelung der Karenzzeit in der Unfallversicherung würde für die Krankenkassen der Antriebs fallen, möglichst schnell die Heilung herbeizuführen, weil sie dann wissen, daß das Plus über 4 Wochen von der Unfallversicherung getragen wird. Redner berührt die Frage des Refurses und der Rentenstellen und schließt mit der Bitte, die Novelle möglichst schnell zu beraten. Auch der Socialdemokratie möchte ich aus Herz legen, uns durch nicht zu viel Anträge das Geschäft allzuleicht zu erschweren. Ich habe den dringenden Wunsch, in dieser Session und möglichst bald die Novelle erledigt zu sehen, damit das Reichsamt des Innern dann an die viel wichtigere Aufgabe einer gründlichen Reform der Kranken-Versicherung gehen kann. (Bravo! im Centrum.)

Die Weiterberatung wird hierauf auf Dienstag 1 Uhr vertagt. Außerdem Etat der Justizverwaltung.

Schluß 6 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung vom 22. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Hr. v. Rheinbaben.

Nachdem einige Rechnungssachen debattiert an die Rechnungs-Kommission verwiesen worden, tritt das Haus in die Beratung des folgenden, von den Abgg. Dr. Barth-Kiel (fr. Bg.) und Dr. Wiemer (fr. Bg.) eingebrachten Antrages:

Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, eine Abänderung des Gesetzes vom 27. Juni 1860, betreffend die Feststellung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten, und des Gesetzes vom 17. Mai 1867 entsprechend den in den letzten 40 Jahren eingetretenen Verschiebungen der Bevölkerung in die Wege zu leiten.

Abg. Dr. Barth-Kiel (fr. Bg.):

Bei den Verhandlungen über die Maßregelungen der Beamten haben die konservativen Redner betont, daß sie durchaus auf konstitutionellem Boden stehen. Da hoffe ich heute ihre Unterstützung zu finden, denn in dem Antrage handelt es sich um eine recht eigentlich konstitutionelle Forderung. Wir hätten eigentlich viel weiter gehen müssen und eine völlige Revision des ganzen Landtags-Wahlrechts mit Befestigung des Dreiklassen-Wahlrechts verlangen müssen. Wir unterreichten stehen noch immer auf dem gleichen Standpunkt, den auch Herr Bismarck seiner Zeit eingenommen hat, als er das preussische Wahlsystem als dasjenige von allen bezeichnete. Die Verhältnisse haben sich sogar durch die Steuerreform von 1893 noch wesentlich verschlimmert. Man sieht aber leider noch immer einen Vorzug des Landtags-Wahlrechts darin, daß es die Socialdemokratie von der Landesgesetzgebung fernhält. Das stimmt aber schlecht zu dem in den letzten Tagen viel citierten Worte überein, daß die Socialdemokratie eine vorübergehende Erscheinung sei. Soll sie sich austoben, so ist es doch das richtige Mittel, sie auch an der preussischen Gesetzgebung zu beteiligen. Aber unser heutiger Antrag geht, wie gesagt, gar nicht so weit. Wir fordern nur eine andere Einteilung der Wahlbezirke. Die jetzige Einteilung beruht auf dem Gesetze von 1860. Jenein Gesetze lag das Ergebnis der Volkszählung von 1858 zu Grunde. Damals zählte Berlin ungefähr 385 000 Einwohner, man teilte danach Berlin 9 Abgeordnete zu, aber in dem Kommissionsbericht wird schon damals ausdrücklich betont, daß es einer späteren gesetzlichen Regelung vorbehalten bleiben sollte, eine etwaige Vermehrung der Bevölkerung in Betracht zu ziehen. Das Gesetz von 1867 wurde notwendig, um die Wahlbezirke in den neuen Provinzen abzugrenzen, aber es wurden auch die Veränderungen in verschiedenen Teilen der alten Provinzen mit in Betracht genommen. Speziell für Berlin war damals eine Erhöhung der Berliner Abgeordnetenzahl von 9 auf 10 in der Regierungsvorlage vorgeschlagen. Die konservative Regierung entschuldigte sich damals sogar förmlich, daß sie nicht 11 vorgeschlagen habe, wie es der Zahl der Bevölkerung entsprechen würde. Aber die Gesamtzahl sollte nicht erhöht werden. Es gelang aber damals nicht, diesen Vorschlag durchzusetzen, und es verblieb bei der alten Einteilung. Die Zustände sind in den vier Jahrzehnten immer untragbarer geworden, und es wird allerhöchste Zeit, daß der schreienden Ungerechtigkeit ein Ende gemacht wird. Bei einer Neuregelung müßte die Einwohnerzahl, welche als Grundziffer für die Verteilung eines Abgeordneten zu gelten hat, von 44 000 auf 75 000 erhöht werden. Dann würde sich ergeben, daß Berlin statt der jetzigen 9 deren 24 erhalten würde, Charlottenburg müßte 2, Schöneberg und Nixdorf auch je einen besonderen Vertreter wählen. Die Rechte, die jetzt mehr als 200 Abgeordnete hat, würde ungefähr die gleiche Bevölkerung haben, wie die von Kanalrändern vertretenen. Bei einer gerechteren Einteilung des Wahlkreise kann es keinem Zweifel unterliegen, daß eine Mehrzahl von Kanalrändern gewählt würde. Die Regierung hat also selbst ein ganz erhebliches Interesse an der Neuenteilung der Wahlbezirke. Auf die konservativen braucht doch die Regierung heute keine Rücksicht mehr zu nehmen. Es gibt in der That keine Partei, die der Regierung so viel Unbequemlichkeiten macht, wie die konservativen, selbst die Socialdemokraten nicht ausgenommen. Ich erinnere nur an die Angriffe der Agrarier auf den Reichsminister im Reichstage, lediglich weil er der Anbahnung Ausdruck gegeben, daß sich Deutschland mehr und mehr zum Industriestaat entwickle. Man sollte daher meinen, die Regierung könne sich der Notwendigkeit der Neuenteilung unserer Wahlkreise danach nicht länger mehr entziehen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Lewald (son.):

Im Kommissionsbericht von 1860 wurde ausdrücklich geäußert, daß Ungleichheiten nicht zu vermeiden seien. Eine mechanische Einteilung der Wahlkreise nach der Bevölkerungsziffer ließe sich auch

gar nicht durchführen. Es sei doch ein Unterschied, ob so und so viel tausend Bewohner auf ein Areal von mehreren Quadratmeilen verteilt, oder ob sie in einer großen Stadt zusammengedrängt sind (Sehr richtig! rechts.) Die großen Städte hätten ihre Interessen bisher auch so erfolgreich zu vertreten verstanden, es liege also gar kein Grund zu einer Änderung des Gesetzes vor.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Die ungerechte Verteilung der Wahlkreise verschärft den plutokratischen Charakter des Wahlrechts, weil gerade die minderbegüterten in den großen Städten zusammengedrängt sind. In derselben Richtung wirkt die Bildung der großen Wahlabteilungen. Die zehn stärksten Wahlkreise haben eine Vertretung von 20 Abgeordneten; die zehn kleinsten mit einer neunmal kleineren Einwohnerzahl haben ebenfalls 20 Abgeordnete. Wir verlangen nichts weiter, als daß das ursprüngliche System der Einteilung der Kreise nach der Bevölkerungszahl beibehalten und nur in der Weise abgeändert wird, daß entsprechend der gestiegenen Bevölkerungsziffer auf je 75 000 Einwohner statt 50 000 ein Abgeordneter gewählt wird. Wenn wir die Steuerleistung zum Maßstab der Wahlkreiseinteilung machen wollten, dann würden die großen Städte noch viel besser fortkommen, denn würde Berlin nicht 24 Abgeordnete, wie nach dem ersten Prinzip, sondern 30 Abgeordnete zu stellen haben. Wir verlangen in prinzipieller Beziehung die Einführung des Reichstags-Wahlrechts auch für die Landtagswahlen. Wenn Sie jetzt nach 40 Jahren noch nicht einmal die Reform der Reueinteilung der Wahlkreise vornehmen wollen, dann weiß ich wirklich nicht, wann Sie dazu eigentlich die Zeit für gekommen erachten wollen. Die Herren Stelbier haben ja schon im Herrenhause eine sehr starke Vertretung. Hier in der zweiten Kammer sitzen über 100 Herren des ostelbischen Adels. Sie werden zugeben, daß das kein entsprechender Ausdruck der tatsächlichen Machtverhältnisse ist. Eine Institution wie das Herrenhaus paßt in das moderne Staatsleben überhaupt nicht hinein. Wir werden nicht eher ruhen, als bis diejenigen Elemente der Bevölkerung denen hauptsächlich das Aufblühen des Vaterlandes zu danken ist, den Einfluß hier erhalten, der ihnen gebührt. (Bravo links.)

Minister des Innern Hr. v. Rheinbaben: Ich habe nicht die Absicht, mich materiell an der Debatte zu beteiligen. Auch die Reden der Herr Abgeordneten Dr. Barth und Dr. Wiemer waren nicht geeignet, mich in diesem Entschluß zu wackeln zu machen. Es ist ein Grundgesetz der Regierung, nicht schon zu den einzelnen Anträgen, sondern erst dann Stellung zu nehmen, wenn sich das Haus selber über die Anträge schlüssig geworden ist. Im vorliegenden Fall habe ich doppelt Veranlassung, an diesem Grundgesetz festzuhalten. Der Antrag bezweckt eine Verschiebung in dem Machtverhältnis der einzelnen Parteien. In einer solchen Frage, die für die Parteien von größter Bedeutung ist, muß sich die Regierung, die über die Parteien steht (Lachen links), doppelt Objektivität anstrengen. Das wird sie thun und zu dem Antrage erst Stellung nehmen, wenn ein Beschluß des Hauses vorliegt. (Weiterkeit.)

Abg. Dr. Porich (L.): Wir können die im Antrage berührte Frage nicht losgelöst von anderen Wahlfragen beantworten. Wir haben uns 1892 dem Antrage Richter gegenüber auf generelle Regelung des Wahlgesetzes ablehnend

verhalten, weil wir erst abwarten wollten, welche Verschiebungen sich aus der veränderten Steuererhebung ergeben. Woher sollen wir die neuen Abgeordneten nehmen? Es geht doch nicht an, daß wir sie einfach dem Lande entnehmen und der Stadt zuteilen. Sollten wir sie der gestiegenen Bevölkerungszahl entsprechend vermehren, dann müßten wir ein großes Abgeordnetenhaus bauen. Seit 1892 haben sich die Verhältnisse nicht geändert. Wir bedauern deshalb, auf den Antrag nicht eingehen zu können. Wir fordern nach wie vor eine Novelle zum Wahlgesetz. Vor allem ist eine Korrektur der Verschiebungen durch die neue Steuererhebung erforderlich. Es geht doch nicht an, das Wahlgesetz zu ändern, nur um die Kanalvorlage durchzubringen. (Sehr wahr! rechts.) Ich halte es für ein Unbild, heute eine Demonstration zu machen, die dem Lande seine Vertretung zu Gunsten der Städte beschränken soll in einer Zeit, wo sich die Landwirtschaft in solcher Notlage befindet. (Sehr wahr! im Centrum und rechts.) Wir lehnen also den Antrag ab, aber wir lehnen ihn nur zur Zeit ab. (Wah! links.) Im Prinzip sind die Forderungen des Antrages berechtigt. In absehbarer Zeit muß die Regierung einer Revision der Wahlkreise-Einteilung näher treten. Dringender noch als dieser Antrag erscheint uns unsere Forderung auf Berücksichtigung der Verschiebungen, die die neuen Steuererhebung bewirkt haben. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Nölle (natl.): Prüft man den Antrag ohne Vorurteil, so muß man dahin kommen, ihn zu bejahen. (Sehr richtig! links und bei den Nationalliberalen.) Natürlich dürfen die Wahlkreise nicht rein mechanisch nach der Bevölkerungszahl eingeteilt werden. Die Reueinteilung der Wahlkreise erscheint uns so dringend, daß wir alle weiteren Versuchen, die auch wir noch gegen das Wahlrecht haben, zurückstellen. Wir beantragen die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Vielleicht empfiehlt sich eine mäßige Vermehrung der Zahl der Abgeordneten. Nach der heutigen Erklärung des Ministers müssen wir ja unsere Gesetzentwürfe selbst einbringen, während die Regierung sonst selber die Initiative ergreift.

Abg. Hr. v. Jedlich (freisinn.): Der Vollzug der Wahlen in manchen Kreisen ist äußerst schwierig, weil sie zu groß geworden sind. Das gebe ich zu. Aber diese Schwierigkeiten bleiben auch bestehen, wenn in diesen Kreisen mehr Abgeordnete gewählt werden. Deshalb empfiehlt sich allen eine Teilung dieser Wahlkreise. Vermehren dürfen wir die Zahl der Abgeordneten in einem Vertretungskörper nicht, wo Diäten gezahlt werden. Die Annahme des Antrages würde eine gewaltige Schwächung der politischen Vertretung des platten Landes bedeuten. Ostpreußen würde 6, Westpreußen 2, Posen 4, Pommern 5, der Regierungsbezirk Frankfurt a. O. 2, der Bezirk Bismarck 5 Mandate abgeben. Aber auch der Westen würde verlieren und nur Berlin und die anderen großen Städte gewaltig gewinnen, die schon jetzt die Söhne im wirtschaftlichen Leben abschöpfen. (Lärm links.) Wir dürfen auf keinen Fall das Wahlgesetz ändern, um einen bestimmten politischen Zweck, wie die Annahme der Kanalvorlage zu erreichen. Würde der Antrag angenommen, so würde dadurch der Anstoß zu einer Neuregelung der Wahlkreiseinteilung im Reiche gegeben werden, von der

allein die Sozialdemokratie Vorteil hätte. Würden die Reichstags-Wahlkreise neu eingeteilt, dann wäre es auch mit den paar Berliner Mandaten vorbei, die der Freisinn noch hat. Preußen hat die Ehrenpflicht, eine solche Wirkung auf das Reich nicht auszuüben. (Sehr richtig! rechts.) Man spricht immer von der Ungerechtigkeit der jetzigen Wahlkreise-Einteilung. Daß aber der letzte wasserpolnische Arbeiter dasselbe Wahlrecht hat, wie der Präsident des Reichstags, das ist ein Moment der Ungerechtigkeit, das meiner Meinung nach zunächst beseitigt werden müßte. (Beifall rechts.) Wir lehnen den Antrag ab und auch die Kommissionsberatung, die nur Unfrieden zwischen Industrie und Landwirtschaft stiften würde und nicht im Interesse der Politik der Sammlung liegt. (Beifall rechts.)

Abg. Ehlers (fr. Sp.): Ich begreife, daß die Herren von der Rechten kein Bedürfnis haben, einen Teil ihrer politischen Macht abzugeben. Wären wir in Ihrer Lage, würden wir auch nicht anders handeln. Der Linken fällt es gewiß viel leichter, für den Antrag zu stimmen, als der Rechten. Aber es ist ein Irrtum, wenn die Agrarier glauben, daß unser Antrag die Not der Landwirtschaft vergrößern würde. Vielleicht gelingt es in der Kommission, eine Fassung zu finden, mit der selbst Herr v. Jedlich einverstanden ist. Ich habe kein Wort vom Abschöpfen der Söhne bedauert; aus dem Munde eines sozialdemokratischen Redners wäre mir ein solcher Appell eher verständlich gewesen. Auf eine solche Politik des gegenseitigen Reides sollten wir doch verzichten. (Bravo links.) Ein Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Linken angenommen.

In seinem Schlußwort kommt Abg. Dr. Barth (fr. Sp.) auf das Wort des Abg. Hr. v. Jedlich zurück, daß der letzte wasserpolnische Arbeiter dasselbe Wahlrecht wie Professor Virchow habe. Ja, aber bei dem preussischen Dreiklassenwahlrecht kann es sogar vorkommen, daß ein Zuhälter in der ersten Klasse wählt, und dann hat er hundertmal so viel Einfluß wie Prof. Virchow, der in der dritten Klasse wählt. (Sehr richtig! links.) Redner empfiehlt nochmals den Antrag, der ein scharfes Unrecht beseitigen solle. (Lärm rechts; Beifall links.)

Hierauf wird der Antrag auf Kommissionsberatung und dann der Antrag Barth-Wiemer selbst gegen die Stimmen der Freisinnigen und Nationalliberalen abgelehnt.

Sodann erledigte das Haus die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Vermeidung von Doppelbestimmungen. Nach der Berlesage soll durch einen Vertrag zwischen Preußen und Oesterreich eine Uebertragung von Preußen oder Oesterreichern in den Staaten zugleich vermieden werden.

Nach unwesentlicher Debatte, in der Abg. Saenger (Hospitalität der freisinnigen Volkspartei) Bedenken gegen die Einzelheiten des Entwurfs ausgeprochen, wird die Vorlage an die Budgetkommission überwiesen. Hierauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Etat der Domänenverwaltung und der landwirtschaftlichen Verwaltung, Schluß 3/4 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 23. Januar.
Opernhaus. König Droffelbart. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Brautjahre. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Probefandibad. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leffing. Als ich wiederkam. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Das Erd. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sänger. Cyprienne. Anfang 8 Uhr.
Knecht. Unter eisigen Rind. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Der Alchemiker. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessels. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Eisen. Meine Nichte. Anfang 8 Uhr.
Central. Die kleine Excellenz. Anf. 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Lenore, die Grabesbraut. Anfang 7 1/2 Uhr.
Victoria. Die Venus von der Markthalle. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädisches. Der Borenskrieg in Transvaal. Anfang 8 1/2 Uhr.
Velle. Alliance. Gastspiel des Schiller'schen Theaters. Im Austragshäuser. Anfang 8 1/2 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Palast. Leute von heute. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 6 Uhr.
Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Thalia-Theater.

Tel. Amt Va 6440, Dresdenstr. 72/73.
Täglich:
Noch nie dagewesener Posse-Lacherfolg!

Im Himmelhof.

Thomas, Thiescher, Heimerding, Junfermann, Baumhüter.
Morgen und folgende Tage: Im Himmelhof.

Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, zu ermäßigten Preisen: Freund Fritz. — Rabbi Sidel — Guban Robert a. G.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstraße 132.
Lenore, die Grabesbraut.

Anfang 8 Uhr. Besuchsbesuch haben Gültigkeit. Morgen: Leonore. Sonntagabend 4 Uhr. Kinder-Vorstellung. Dornröschen. Kleine Preise.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22
Das große ersteklassige

Januar-Programm

Niagara-Trio, Kunstschüler auf dem 60 Fuß hohen Drahtseil. Fellettag-Truppe, Akrobaten, Latour, Miniatur-Lachspiele. Bendix, Osadzan, Wilmann, Vito, Perival, Voss etc.

Um 8 1/2 Uhr: Nur noch kurze Zeit das mit kolossalem Jubel ausgezeichnete humorvolle Lebensbild

Leute von heute.

Riedl, Bäckermeister Dir. Wilh. Fröbel. Anf. 7 1/2 Uhr. Vorreit. von 11-1 Uhr.

Sonabend, nach der Vorstellung: Tanz. — Mittwoch, den 31. Januar: Benefiz für Sommerfeld.

Metropol-Theater

Behrenstrasse 55/57.
Neue Debüts! Neue Debüts!

Liane de Vries.
Lilke Carlsen. Rapoli.
Carmen Rosario.
The Clives. Pauline d'Argent

sowie das angekündigte Januar-Spezialitäten-Programm. Um 9 Uhr 30 Minuten die Sensations-Novität

Die verkehrte Welt

mit der feenhaften Truppe Revue. Anfang: Wochentags 8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen 7 1/2 Uhr.

American-Theater.

Dresdenstr. 96. Dir.: Ernst Schmidt.
Der

2 1/2 Meter Riese Wilkins 2 1/2 Meter
als: Dir. Striese auf Reisen in

Berliner Revue.

Anfang 8 Uhr. Besuchsbesuch gültig. Sonabend, den 27. Januar:

Zweiter großer Maskenball.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die kleine Excellenz.
Operette in drei Akten von Richard Genberger.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Die kleine Vorstellung.
Sonntagabend 4 Uhr in halben Preisen: Boccaccio von Franj. v. Suppé.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Dr. Georg Wegener:
Durch Ceylon und Indien.

Hörsaal:
Dr. Nass: „Korze und Lampe“.

Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.

Nachmittags 5-10 Uhr.

Anatomisches Museum

im Passage-Panoptikum
Heut

Damentag.

Abends 8 Uhr. Vortrag eines hiesigen Arztes:
Ueber die Veränderungen der Organe durch das Korsett.

CASTANS

PANOPTICUM

Neu! Neu! Neu!
Cecil Rhodes
Chamberlain
Ohm Krüger
General Joubert
Boerensoldaten.
Cindarella.
Drei Märchengruppen.

W. Noacks Theater,

Brunnenstraße 16.
Neu! Neu!
Der Boerenskrieg
oder: Eine deutsche Familie in Transvaal.

Vollständiges in 3 Akten. Melodram in 3 Akten. von H. Friedrich. Musik von E. Hartmann.

Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung: Tanzfränzchen.

Apollo-Theater.

Sensationeller Erfolg!
Im

Reiche des Indra.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Vorverkauf täglich im Theater, sowie im „Invalidentank“ und „Künstlerdank“.

Cirkus Busch.

heute Dienstag, den 23. Januar 1900, abends 7 1/2 Uhr: Elite-Abend.

Um 7 1/2 Uhr: Die Camorra. Außerdem: Die Natweel-Troupe, Moskowitzsche Turner, Dr. Rivall, Feuerprin, Fr. Martha Mohrke, Schultzeferri, Hr. Hermann Althoff. Es 4 erreicht! Orig. Welt-Jockey-Ritt.

Linde' Essenz

ist sehr ergiebig, denn eine Messerspitze voll genügt, Geschmack und Farbe des Kaffees zu verbessern.

Cirkus Schumann.

heute Dienstag, den 23. Januar, präcise 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung, ganz equities Programm.

Neu! The Royal Japanese Die 12 Akimotos. Die Araber.

Aus dem Reiche des Mikado: Japan in Berlin.

Direktor Alb. Schumanns anerkannt unerreicht dastehende Original-Treffaten.

Um 6 1/2 Uhr: Glänzendes Ritterkostüm Schwarz und Weiß.

Die ersten und einzigen tauchenden und schwimmenden Fische in Deutschland. Der phänomenale Sprung aus einer Höhe von 50 Fuß etc. etc.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
heute Dienstag:
Hoffmanns Norddeutsche Säger Ganz neu:
Siehste liebe Hanne!

Morgen Mittwoch: Hausball. Anf. 9 Uhr. Willst im Bureau von „Sanssouci“.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Säger Anf. 8 Uhr. Entr. 50 Pf. Vorreit. 40 Pf. Rum-Ballon 75 Pf. Ballon-Loge 1 R. Orchester. 1.50 Fremdenloge 2.-

Um Schluß, neu: Künstler-Typen, Ensemble von Regiel.

Weih u. Bahrschädel-Fokal Gustav Ladewig. Kommandantenstraße 65, an der Alten Poststraße. Bereinigtimmer mit Piano für 40 Pf. Tel.: Amt 4a, 6501.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Sonabend, den 3. Februar
Grosser Wiener Maskenball
in der Brauerei Friedrichshain (früher Lipp's)
am Königsthor.
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende??
Mitglieder und Freunde werden gütigst dazu eingeladen und ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
Billets a 50 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komitee-Mitgliedern zu haben: Altd., Mariendorferstr. 2, St. 4 Tr. Niebstr., Neue Königstr. 18, Kraft, Grannstr. 19, Querg. 4 Tr. Schwanz, Briggelerstr. 8, vorn 3 Tr. 1. Brunzel, Wilmaderstr. 61, St. 3 Tr. Schneider, Joffenerstr. 35, v. 3 Tr. Petermann, Reinholdenstraße 65, v. 4 Tr. Wahn, Offenbacherstr. 31, v. 2 Tr. Girtle, Waldemarstr. 52, v. 1 Tr. Bremer bei Herrn Bandelow, Langestr. 13, im Restaurant, und Herrn Schmidt, Münchbergerstr. 28, im Restaurant.
Das Komitee.
Neu eröffnet!
Allen Freunden und Genossen die Mitteilung, daß ich in der Neuen Grünstrasse 39 wieder eine
große Speisehalle
eröffnet habe, jeden Tag 12 verschiedene Gerichte zum Preise von 10-30 Pf., gebe und ebenso wie in meinen früheren Lokalen Gr. Frankfurterstraße 73 und Rosenhalestraße 60 auf starken Zuspruch rechne.
A. Franke, Neue Grünstraße 39.
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1.50 M. Teilz. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprochstr. 9-7.
Groscher Lager. Bediegene
A. Schulz,
Reichenbergerstr. 5. Auch Theilzahlung! (*)
Charlottenburg!!
Uhrmacher Kunstmann, Wallstrasse 1.
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. (*)
Recitations-Abende
von Paul Berthold
(Hotel de Rome).
heute, Dienstag, den 23. Januar, 7 1/2 Uhr abends: Der Chuzaban 3/19 von Lauff.
Billetverkauf bei Siegel, Friedrichstraße 90, u. an der Abendlosse.
Wedding-Park
Müller-Strasse 178.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Säger.
Biegler, Wolf, Hohenzberg etc. 1/2
Centre 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.
Fritz Linke, Gde. Wartstraßenstraße.
Gr. Frühstücks-, Mittag- u. Abendmahl. Französisches Billard. Jeden Dienstag: Frische Blut, Veber, und Bräuwurk. 34291.*
Natur-Heilverfahren.
Haut-, Gorn- u. Blasenleiden, Frauen-Krankheit, heilt sicher ohne Berufshörung. 34440*
R. Wagner, Wallstraße 23.
9-2-5-9, 21-9-2.
Photographisches Atelier.
Adalbertstr. 67 (Gehaus an der Adalbert-Brücke). Best. 13 Stk. und 1 Postkarte mit eigener Photographie 3 R., 7 Kabinett mit Postkarte 6 R. Preisnachnahmen ohne Anschlagung 50 x 60 a Bild 2 R. 75 Pf. 34410*
5 1/2 Pf. Brot 50 Pf. H. Albrecht's Bäckerei Braugelstr. 9. Kranstr. 19. Goldschmiedstr. 28. Paulkerstr. 2.

Aktienbrauerei Hohen-Schönhausen
 Hohen-Schönhausen bei Berlin NO., Vor dem Landsberger Thor.
 Der Ausstoss unseres diesjährigen Bock-Bieres erfolgt am **25. Januar 1900.**

Auch in diesem Jahre ist es gelungen, ein schönes vollmundiges Bier zur Bock-Saison herzustellen, und wird dasselbe nicht verfehlen, bei den Bockbier-Festen unserer geehrten Abnehmer die fröhlichste Laune hervorzurufen.

Sonntag, den 28. Januar 1900
 findet in unserem Brauerei-Ausschank zu Hohen-Schönhausen, im
„Wirtshaus am Orankesee“
 das erste grosse **Bockbier-Fest**

statt. Unserer geehrten Kundschaft bringen wir gleichzeitig hiermit zur Kenntnis, dass das von uns aus den allerfeinsten Rohmaterialien hergestellte helle Bier nach Pilsener Art unter der Marke **Säkular-Bier** in den Handel kommt. — Wir führen von jetzt ab:

1. Säkularbier	ganz helle Farbe, goldfarbig.
2. Lagerbier	goldfarbig.
3. Helles Exportbier	kastanienbraun.
4. Dunkles Exportbier	Münchener Farbe, nach Münch. Art, schwer gebraut.
5. Orankbräu	(nur in der Saison).
6. Bockbier	(nur in der Saison).

Unsere Biere, die sich in der kurzen Zeit des Bestehens unserer Brauerei einer grossen Beliebtheit erfreuen haben, zeichnen sich neben ihrer Vollmundigkeit durch gute Bekömmlichkeit aus und sichern uns dadurch eine bleibende Kundschaft. — Bemerken wollen wir hierbei, dass wir **keine Flaschenbiere** führen und unsere Produkte nur in geachteten Tonnengefässen nach Litern verkaufen. Um gefälligen Zuspruch seitens der Herren Gastwirte und Verleger bitten wir **Hohen-Schönhausen, den 15. Januar 1900**
Die Direktion. Wilh. Starck, Siebert.
 Telephon: Amt Friedrichsberg No. 83.

Hausfrauen!

prüfen die **SUPEROL** Wasch-Pastille



Sie wirt ganz hervorragend schmutzlösend und schmutzleerend, spart bedeutend Zeit und Arbeit. Schon die Wäsche und macht dieselbe blendend weiss. In Verbindung mit jeder Seife zu gebrauchen. Folgt eine Pastille nur 6 Pf. und reicht für einen ganzen Kessel Wäsche (3-4 Eimer Wasser). Die für die Superol-Wasch-Pastille verursachte Mehrausgabe macht sich durch die Ersparnis von Zeit und Arbeit vielfach bezahlt.

In Verpackung zu 5 Stück (30 Pf.) überall erhältlich.

Superol-Fabrik, Berlin SW.,
 Friedrichstrasse 16.

Masken - Kostüme
 empfiehlt [36532]
Karl Ernst,
 Köpnickstr. 126, I.
 Vertelner dieser Annoncen ers. 10 Proz. Verbandsbeitrag.

Masken-Garderobe.
 Grösste Auswahl. Billigste Preise. Berlin, Verbandsbeitrag.

Fr. Panknin,
 Crandstrasse Nr. 178
 II. Halberstrasse 11. Ede Crandstrasse.

Schwarze Seide
 In Brant u. Gesellschafts-
 Kleidern kauft man gut u.
 wirklich billig bei [34242]
Adolf Mayer,
 Seiden-Engros- u. Fabrik-Niederlage.
 Detail-Verkauf: **Fellnerstr. 5a, I.**
 Ede Wite Parochstrasse. Rein Vaden.
 Reste und einzelne Staben sehr billig

Durch Unterzeichneten ist zu begleiten:
Das Arbeiterrecht
 Rechte und Pflichten des Arbeiters in Deutschland aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag, des Unfalls, Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung unter besonderer Berücksichtigung des Bürgerlichen Gesetzbuchs mit vielen Beispielen und Formularen für Klagen, Anträge, Beschwerden, Verzinsungen usw.
 Herausgegeben von **Arthur Stadthagen**
 Mitglied des deutschen Reichstags [1905]
Paul Schilling, Buchhandlung, Reinholdsdorf (West), Berlinstr. 2b
 Die Auflage erscheint in 22 Heften, pro Heft 20 Pf. Auch durch
 Postnachnahme oder Einzahlung des Betrags zu beziehen.

Karol Weil's Seifenextrakt
 macht die Wäsche blendend weiss

Frühstücks-Suppen
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze

stets vorrätig bei **Max Fahro, N., Rügenstr. 7, Ecke Putbusstr.**

Wo speisen Sie? Naunynstr. 37,
 bei **Otto Müller** (fr. Jablonsky).
 Da giebt's einen kräftigen Mittagstisch mit Bier 50 Pf.
 Abendstisch von 30-90 Pf. [35772]
Bis 2 Uhr nachts warme Küche.

Wein zum Ausschank [35191]
 sehr geeignet!
 süss, rot, wie Portwein, ausgezeichnet im Geschmack, garantiert rein, 10 Ltr. M. 7.-, 100 Ltr. 65.-, Oxhoft M. 120.-
Eugen Neumann & Co., Hollmannstr. 16. Amt IV. 9676.

Bahnärztliche Poliklinik für
 Hubemittelte.
 Sprechstunde von 9^{1/2}-10^{1/2} und 12^{1/2}-1^{1/2} Uhr.
Chielin, Ellsabethstr. 21.
 34192

Marly-Cacao
 vornehmste Marke.
 Von Kennern bevorzugt.
 Garantiert rein und leicht löslich.
 Höchste Ausbleichkeit und feinstes Aroma, pr. Pfd. 1.50, 2.00, 2.40
Deutsche Kaffee-Rösterei
A. Pennitz,
 Rosenthaler Strasse 59.

Robert Hecht,
 Berlin S.,
 Crandstr. 142.
 liefert schnell und billig alle Arten
Stempel in jeder Ausführung.
 Kontinental-System, Perle-
 zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an

Masken-Garderobe verleiht billig
 gerührt. **Institut C. Frommholz**
 Gläntzerstr. 78, Ede Adelerstr.
 Heizende Saison-Remonten. Damen- u. Herrenkleider in Atlas u. 1.50 M. ab.
 Vereinen bedeut. Ermäßigung.
Hühnenstr. 8, nahe Oberbaum
 u. Station Warschauerstrasse, sind zum 1. April freundl. Aufnahme von 2 Stunden u. Küche billig zu vermieten. Auskunft erteilt d. Schwanke u. Portier.

Anker Brikets



Falbe,
 44. Eisasserstr. 44.
 Behandlung aller Haut- u.
 Gornleiden ohne Verbands-
 Sprechst. 9 Morg. bis 9 abends,
 Sonntag u. Donnerstags 9-3.
 Bei Vorzeigung der Verbands-
 karten 10 Proz. [34242]

Blumenhandlung
 und Kranzbinderei von [34302]
Otto Knabe
 19a Admiral-Strasse 19a
 empfiehlt Bindungsstränge, Sträuße,
 Kränze, Topfgewächse aller Art.

Kranzbinderei u. Blumen-
 handlung von [34312]
Robert Meyer,
 No. 2, Marlannenstr. No. 2.
 Bindungs-Kränze, Guirlanden, Ball-
 sträußen, Bouquets etc. werden sehr
 geschmackvoll und preiswert geliefert.

Frauenleiden
 heilt mit vorzügl. Erfolge
Fran Grundmann,
 prakt. Naturheilkundige. — Sprechst.
 im Franzosenbad
Röpnickerstr. 7, Brückenstraße
 Dienstags u. Freitags 6-7
 u. Charlottenb. Naturheilanst.
 Berlinstr. 40. (Nähe Knie)
 täglich 8-10, 3-5. [35282]
 Konfektation mit Unternehmung 1.50.

Schultze,
 Wasserthor-Str. 1/2.
 Behandlung aller Haut-, Blasen-
 und Gornleiden ohne Verbands-
 Sprechstunden 9-2, 5-9.
 Bei Vorzeigung der
 Verbandskarten 10 Proz.

Maskenball-Schuhe u. Stiefel
 verleiht **Neumann, Orangel-**
 strasse 77, selber Torauerstr. 26.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Gardinenhaus Große Frankfurter-
 strasse 9, partierre. 11066
Möbel, bar und Teilzahlung,
 billig. Frankfurter Allee 110, I. Ede
 Königsdorferstrasse. 2872
Maskenkostüme, Damen, Herren,
 elegant, sic, billig. Neue König-
 strasse 30. 298
Vorjährige elegante Herren-
 paletots und Anzüge aus feinen
 Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonn-
 und Sonntag. Verbands-
 Germania, Unter den Linden 21, II.
Betten, Stoppdecken, Gardinen,
 Kleiderkasten (spottbillig). Pfandleihe
 Reudenerstrasse 6. 3/6
Teppiche, Regulatoren, Remontier-
 arbeiten (spottbillig). Pfandleihe
 Reudenerstrasse 6. 3/6
Teppiche mit Gardinenstoffen,
 Engros- u. Einzelverkauf. Frankfurter-
 strasse 9, partierre. 3117
Damenhüte zur Schneider-
 billig. Hüte, Weinbergstrasse 13b.
Hüten, Goldwägen-Verkauf, Teil-
 zahlungen. Bestellungen schriftlich.
 Louis Bogdt, Auguststrasse 22. 18309
Fahrräder, Teilzahlung, mögliche
 Anzahlung, Lager, vierhundert Jahre
 rüber, Garantie, liefern direkt Privat.
 Juwelier - Fahrradwerke, Diefenbach-
 strasse 33. [238]
Nähmaschinen, beste Fabrikate,
 ohne Anzahlung, Postkarte. Rechner,
 Quittenscheine 26. 163
Nähmaschinen sämtlicher Systeme,
 ohne Anzahlung, Postkarte. Pindner,
 Bernauerstrasse 75.
Kanarienhähne verkauft Geod.
 Wälderstrasse 12, Charlottenburg. 1752
Kanarienhähne verkauft Witten-
 berg, Rantenschiffstrasse 69, Hof III.

Stoppdecken am billigsten Fabrik
 Große Frankfurterstrasse 9, partierre.
Verchiedene Nuthausenmöbel,
 Spinden, Bettstellen etc. Steinweg-
 strasse 17, vorn II. 3/20
Gerauertes Einzeug billig
 Besorgungskont. Weinbergstrasse 13b.
Kanarienhähne und **Wellen**
 verkauft Wälder, Mariannenstrasse 16,
 vorn Keller. [1165]
Nähmaschinen sämtlicher Systeme,
 ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark.
 fünfjährige Garantie. Postkarte.
 Rantenschiffstrasse 40. 163
Galbrenner, beste deutsche Marke,
 umfänglich halber für jeden Preis.
 Ebornerstrasse 48/47. Rantisch. 19006
Kanarienhähne und **Wellen**
 oder Stamm, verkauft billig Wälder,
 Gussstrasse 20, vorn II. 18958
Galbrenner wird verkauft werden
 Wälder, Große Frankfurterstrasse 9, IV.
Kolle und **Padenreicherung** un-
 säublicher sofort zu verkaufen
 Nr. Winte, Joachimstrasse 2. [19486]
Strickmaschinen, dieses Modell
 aus der Teilzahlung, Wittenbergstr.
 Engel-Ufer 20. 3/17

Vermischte Anzeigen.
Elektrotechnik. Neuer Abend-
 kursus. Nadion, Alte Jakobstrasse 24.
Technikum Berlin, Holzmarkt-
 strasse 73. Neuer Monteur-Abend-
 kursus 1. Februar. 238
Technikum Berlin, Neuer Abend-
 kursus für Monteur etc.
Technikum Berlin, Holzmarkt-
 strasse 73. Man verlange Prospekt.
Augustabad. Röpnickerstrasse 60
 Bäder jeder Art für sämtliche Kran-
 kheiten. 3088

Verkauf. Bäder jeder Wissenschaft,
 königliche Glandbeine, Waren jeder
 Art, Cigarren, Garderobe (abseht)
 hohe Belebung. Anlauf Grünberg.
 Holtenauerstrasse 11/12. 80/9
Hüten repariert Wälder, Hüde,
 Ullmacker, Wälderstrasse 45, II.
Verkaufszimmer empfiehlt vier,
 Alte Jakobstrasse 119. [288K]
Rehne die **Reiseleitung** gegen Herrn
 Heenan hierdurch zurück. Gammert-
 strasse 10. [1708]
Wälder-Garderobe Wälderstrasse 6,
 Laden. 18995
Rechtsbureau des Amtsrichters
 a. D. Eder, Alte Jakobstrasse 75.
 Auch Sonntags. 19026
Jahne 2.00, garantiert gut.
 Plombieren 1.00. Jahnzichen billig
 (amerikanisch). Teilzahlung. Lange,
 Blumenstrasse 25, Ede Marktstrasse.

Vermietungen.
Zimmer.
Möbliertes Zimmer für 2 Herren
 oder Damen (a 8 M.) sogleich oder
 später zu vermieten. Wwe. Rosenhof,
 Forsterstrasse 54, Seitenflügel III.
Zimmern, möbliert, auch Herr.
 Expeditor des „Vorwärts“ unter D. I.
Möbliertes Zimmer, separat, Herr,
 10 Mark, vermietet Dove, Dramen-
 strasse 24, vorn IV. 19528

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Edelsteingraben - Verdingung (auch
 April 9. Tils, Landensstrasse 17. [18988]

Bergelder. Wir suchen zum so-
 forrigen Eintritt einen durchaus
 tüchtigen und selbständigen Ver-
 bender und Verleger. Rühmlicher
 Verbandsbeitrag. Näheres bei
 Verbands-
Verdingung, tüchtig, Sohn achtbarer
 Eltern, sucht die Kunst- und Bau-
 schaft von Hermann Rippe.
 Wohnung: Wälderstrasse 1, II. von 12-3. [19026]
Tüchtigen Stepper verlangt
 Stragat, Wälderstrasse 28.
Telegraphen-Monteur nachweislich
 tüchtig, H. Wälder, Wälderstr. 31.
Flotte, tüchtige Bildrahmen-
 macher werden verlangt d. Goh,
 Wälderstrasse 22. [19596]
Einem Vorstandsmitglied, der ver-
 sündigen kann, und einen Hartnäckigen
 verlangt Wälderstrasse 18.
Grundriess verlangt Deutsch u.
 Bodmann, Wälderstrasse 4. 19548
Wälder. Tüchtige Wälder für
 Heimbäder, die bei sonderer, tüch-
 tigerer Stütze und Wälderer folgen
 liefern können, finden lohnende Be-
 schäftigung bei Dräger u. Fiedelmann,
 Kurstrasse 47/48, III. 18786
Graben, geübt in Relief- und
 plastisch Relief. 90. Odnadräder
 Papierwaren-Fabrik. 19496
Gräbe Verlegerinnen verlangt
 Deutsch u. Bodmann. 19476
Stoppdecken - Verbandsmitglieder ver-
 langt Wälder, Wälderstrasse 1.
Warnerte Kostüme. Tüchtige
 Arbeiterinnen auf garnierte Kostüme,
 die sonderer arbeiten, finden dauernde
 und lohnende Beschäftigung. Ver-
 bindungen unter Vorlage von Probe-
 arbeit bei Dräger u. Fiedelmann, Kur-
 strasse 47/48, III. 18808

Karton - Arbeiterinnen verlangt
 Wälder u. Jungmann, Joachim-
 strasse 11. 19036
Wälder auf bessere Damen-
 jacks von 3.50 an verlangt Kleiter
 Wälder u. Stern, Hausvogel-
 platz 9. 19096
Vorbereitung Arbeiterinnen auf
 Galten und Säumen, auch Ver-
 bindungen verlangt Wälder, Wälder-
 strasse 18. [19506]
Wälder. Tüchtige Arbeiterinnen
 auf bessere konfektionierte Hüter, die
 bei sonderer Ausfertigung folgen
 liefern können, finden dauernde Be-
 schäftigung zu guten Arbeitspreisen.
 Verbindungen unter Vorlage von Probe-
 arbeit bei Dräger & Fiedelmann,
 Kurstrasse 47/48, III. 18776
Wälder auf bessere konfektionierte
 Arbeiterinnen auf bessere konfektionierte
 Hüter, die bei sonderer Ausfertigung folgen
 liefern können, finden dauernde Be-
 schäftigung zu guten Arbeitspreisen.
 Verbindungen unter Vorlage von Probe-
 arbeit bei Dräger & Fiedelmann,
 Kurstrasse 47/48, III. 18776
Wälder auf bessere konfektionierte
 Arbeiterinnen auf bessere konfektionierte
 Hüter, die bei sonderer Ausfertigung folgen
 liefern können, finden dauernde Be-
 schäftigung zu guten Arbeitspreisen.
 Verbindungen unter Vorlage von Probe-
 arbeit bei Dräger & Fiedelmann,
 Kurstrasse 47/48, III. 18776

Karton - Arbeiterinnen verlangt
 Wälder, Wälderstrasse 14. 19036
Zu Arbeitsmarkt durch
 besonderen Druck hervorgehobene
 Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Achtung! Drechsler!
 In den Kladderwaschfabriken von
Gabli u. Comp., Ellsabethstr. 20
 Goldschmidt u. Comp., Ritterstr. 40,
 Rassel u. Reischer, Brüderstr. 7,
 haben sämtliche Drechsler wegen Dis-
 senzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten.
 Die Krisenverwaltung.

Möbelpolierer!
 Seit dem 4. Dezember sind die
 Kollegen bei Wälder, Rühmlich,
 Wälderstrasse, im Aufstand. Zuzug
 fernhalten. 145/6
Der Vorstand des Verbands.

Achtung! Sattler!
 Bei der Firma **F. Pitter,**
 Wälderstr. 35, dauert der Streik
 unverändert fort. 159/6
 Zuzug ist streng fernzuhalten!

Die Agitationskommission
 Berlin I.
 J. A.: Albert Schneider, Berlin NO.,
 Ellsabethstr. 21, vorn 4. Etage r.

Achtung! Bantischler!
Rixdorf!
 Wegen des noch nicht beendigten
 Streiks in der Werkstatt von Wälder,
 Wälderstrasse, ist Zuzug fern zuhalten

Lokales.

Der Socialdemokratische Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis hält heute, Dienstag, im Luisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37, eine Versammlung ab, in der Reichstags-Abgeordneter Wolfgang Heine über „Weltpolitik“ sprechen wird. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Soldaten der Berliner Garnison als „Arbeitswillige“?

Die „Welt am Montag“ schreibt: Anfang dieses Monats ist vom Berliner Generalkommando an verschiedene Regimenter der hiesigen Garnison die Mitteilung ergangen, daß ein Streik unter den Arbeitern der Gasfabrik (welcher? kann ich nicht sagen) bevorstehe. Die Regimenter sollten sich bereit halten, um sofort bei Ausbruch eines Streiks eine Anzahl Mannschaften zur Dienstleistung stellen zu können.

Wie uns zu dieser Angelegenheit mitgeteilt wird, ist es ausgeschlossen, daß die hier aufgezählten 420 Soldaten bestimmt worden seien, gegebenenfalls die Ruhe anrechtzuerhalten.

Die Annahme einer solchen Möglichkeit liegt nicht vor, weil erstens die Abneigung der Berliner Arbeiterschaft gegen Außerordnungen nach aller bisherigen Erfahrung selbst in solchen Fällen notorisch ist, wo die Unternehmer durch ihr herandrängendes Verhalten Inzestimmungen zu provozieren scheinen, und daher auch bei einem Streik der Gasarbeiter Ordnungswidrigkeiten von seiten der Arbeiter ausgeschlossen sind.

Zweitens aber hätte in dem Falle, daß dennoch Soldaten zur Aufrechterhaltung der Ordnung“ bestellt würden, die militärische Organisation bedingt, daß einzelne Compagnien im ganzen, nicht aber, wie es in diesem Falle geschehen, je zehn Mann aus jeder Compagnie zur Dienstleistung kommandiert werden wären. Daß in Deutschland Soldaten zum Ersatz für ausständige Arbeiter hergegeben worden sind, ist ja bekannt. Der Kommandeur des Grenadier-Regiments Prinz Karl in Frankfurt a. O. suchte seiner Zeit in einem Brief an den Redacteur der dortigen „Vollstimm“, solches Verhalten der Militärbehörde mit dem „Rostand“ zu rechtfertigen, in den der Unternehmer durch den Streik seiner Arbeiter verjagt worden sei.

Es fragt sich nun, wer in dem neuesten Fall den Anlaß dazu gegeben hat, daß Soldaten der Berliner Garnison zum Ersatz streikender Gasarbeiter bereit gestellt wurden. Wie ermittelbar ist, wird, beschloßen die Arbeiter nicht organisierten Arbeiter der zweiten städtischen Gasanstalt, gereizt durch das Verhalten der Direktion, in ihrer Versammlung vom 11. Dezember, noch vor Weihnachten in den Ausstand zu treten, eine Eventualität, die auch dem organisierten Teil der städtischen Arbeiterschaft unwillkürlich kam und die daher durch deren Autorität verhindert wurde.

Eine Interpellation an zuständiger Stelle würde Aufschluß über die nabeliegende Frage geben, ob es die städtischen Behörden waren, die sich beim Kommandanten der hiesigen Garnison um Stellung von Soldaten zu Arbeitswilligen Dienste beworben haben.

Hygienische Vortragskurse. Von den hygienischen Vortragskursen, welche die Centralcommission der Krankenkassen für die Berliner Arbeiterschaft veranstaltet, wurden vier am Donnerstag, den 18. Januar, mit Vorträgen über „Wohnungshygiene“ (Ventilation, Heizung und Beleuchtung) eröffnet. Trotzdem es unmöglich gewesen war, für die Bekanntmachung der Kurse in dem Umfange zu sorgen, als es wünschenswert wäre, wiesen doch die Vorträge ziemlich guten Besuch auf, ja eines der benutzten Schullokale, die etwa 250 Personen fassende Aula der 80. Gemeindegemeinschaft, Wangelstraße 128, war sogar überfüllt. Die Anwesenden, unter denen auch die Frauen vertreten waren, folgten überall mit gespannter Aufmerksamkeit den Ausführungen der referierenden Herren Redakteure, und diese letzteren verstanden es, gerade das für die Arbeiterschaft Wissenswerte hervorzuheben, und so im besten Sinne des Wortes einen „populären“ Vortrag zu halten. Die Disziplin, bez. Zurechtweisung, welche im Anschluß an den Vortrag zugelassen werden soll, kam an diesem ersten Abende noch nicht überall recht in Fluß, doch wird auch dies wohl bei den späteren Gelegenheiten sich ändern. Alles in allem zeigt jedenfalls schon dieser Anfang, daß das Verständnis für den Wert hygienischer Kenntnisse im Proletariat zunimmt. Hoffentlich weisen die folgenden Vortragsabende noch einen steigenden Besuch auf. Jeder einzelne Vortrag wird für sich abgeschlossen, ein umschriebenes Gebiet der Hygiene behandelt, und es steht daher dem nichts im Wege, daß auch diejenigen an den ferneren Vorträgen teilnehmen, welche den ersten veräußert haben. Außerdem beginnen auch am Donnerstag, den 25. Januar, drei neue Vortragsabende, und zwar ebenfalls mit einem Vortrag über „Wohnungshygiene“; es sprechen über dieses Thema Dr. Rudolf Leunhoff in der 110-174. Gemeindegemeinschaft, Schönhauser Allee 168a, Dr. Otto Saffian, in der 189. Gemeindegemeinschaft, Stephanstr. 27 und Dr. Paul Bernstein in der 40. Gemeindegemeinschaft, Greifenaustr. 7.

Der 2. Vortrag der am 18. Januar eröffneten Vortragskurse wird am 1. Februar stattfinden und die „Ernährung“ (Nahrung und Genußmittel) behandeln; es sprechen darüber Dr. Leop. Katsowski in der 80. Gemeindegemeinschaft, Wangelstraße 128, Dr. Leop. Schil in der 84. Gemeindegemeinschaft, Reibelstraße 31/32, Dr. Mag. Löwenthal in der 108.-127. Gemeindegemeinschaft, Panstr. 8 und Dr. Rehfisch in der 107. Gemeindegemeinschaft, Genthinerstr. 4. Zu den Vorträgen haben nicht nur die Klassenmitglieder, sondern auch deren Familienangehörige unentgeltlichen Zutritt. Eine Legitimation ist nicht erforderlich.

Der Kommunalreform. Die Neujareshedresse der Stadtverordneten an den Kaiser hat folgenden Wortlaut: Berlin, den 31. Dezember 1899. Allerhöchster Herr, Großmächtigster Kaiser und König, Allergrößter Kaiser, König und Herr!

Eure Kaiserliche und Königlich Majestät bitten wir, zum Jahreswechsel unsere herzlichsten Glückwünsche huldvoll entgegenzunehmen zu wollen. Wie die unermüdbaren Bestrebungen Eurer Majestät, unserem Volke die Segnungen des Friedens zu erhalten, bisher stets von Erfolg gekrönt gewesen sind, so hoffen wir, daß auch künftig den deutschen Vürgern verdoppelt sein wird, unter dem mächtigen Schutze ihres Kaisers die Früchte friedlicher Arbeit zu genießen. Dann wird auch im kommenden Jahrhundert nach dem trefflichen Wort Eurer Majestät, daß unsere Zeit im Zeichen des Verkehrs steht, Handel und Gewerbe, Kunst und Wissenschaft wie im ganzen Vaterland, so auch in unserer Stadt Berlin weiteren segensreichen Aufschwung nehmen. Möge Gottes Gnade Eurer Majestät und allen Mitgliedern unseres Herrscherhauses im neuen Jahr dauernde Gesundheit schenken.

In tiefster Ehrfurcht verharrten wir Eurer Kaiserlichen und Königlich Majestät treuehuldigste Stadtverordnete zu Berlin. Langerhans.

Die Antwort des Kaisers an die Stadtverordneten lautete bekanntlich: Den Stadtverordneten meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin spreche ich für die Glückwünsche, welche mir zum Beginn des neuen

Jahres und Jahrhunderts in der Adresse vom 1. d. M. dargebracht worden sind, meinen Dank aus.

Berlin Schloß, 8. Januar 1900.

Wilhelm R.

An die Stadtverordneten zu Berlin. Selbstverständlich werden die Stadtverordneten Königstreuer Obsevanz auch im nächsten Jahre dem Kaiser wieder zu Neujaresh gratulieren, und zwar in ganz denselben frömmelnden Tone, der einem Berliner Freimüthigen so besonders gut ansteht.

Im Kampfe gegen das Rabattirpar- und Konsumvereinswesen hat jetzt der Verein Berliner Milchpächter“ den Rückzug angetreten. Der Verein hatte seiner Zeit den Beschluß gefaßt, daß seine Mitglieder künftig mit Konsum- und Rabattirparvereinen nicht mehr in Verbindung treten sollten, doch sollte denjenigen Mitgliedern, die solchen Vereinen damals bereits angehört, das auch weiterhin gestattet sein. Jener Beschluß ist in der letzten Vereinsversammlung aus Anlaß der Erklärung eines Mitgliedes, daß es wegen schlechten Geschäftsganges zum Marktwesen zurückkehren müsse, wieder aufgehoben worden. Im übrigen wollen aber die Milchpächter den Kampf nach Möglichkeit noch fortsetzen.

Belobte Königstreue. Das diesmalige Ordensfest hat 1556 Ordensverleihungen und 880 Ehrenzeichen gebracht, weniger als bei den letzten früheren Festen.

Das Direktorium der akademischen Lesehalle hat nun doch in seiner letzten Sitzung am Sonnabend den Antrag des Socialwissenschaftlichen Studentenvereins angenommen, wonach die akademische Lesehalle an den Sonntagnachmittagen für jedermann geöffnet sein soll. Die Opposition, die unter anderem geltend machte, man dürfe doch das akademische Institut nicht den „Proletariern“ preisgeben, war diesmal in der Minderheit. Da der Beschluß eine Satzungsänderung bedeutet, muß noch die Genehmigung des Rectors der Universität eingeholt werden.

Der Ausschuh der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung der Neuwahl des zweiten Bürgermeisters hat gestern abend unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsichters Dr. Langerhans die Ausschreibung der Stelle beschlossen. Das Gehalt ist auf 18 000 M. festgesetzt.

Auf der Stadt- und Ringbahn, sowie im Vorortverkehr sollen einer Korrespondenz zufolge nächstens auch Monatskarten verkauft werden, welche vom 15. des einen bis zum 15. des nächsten Monats gelten.

Das Telephon in den öffentlichen Lokalen. Zu den Annehmlichkeiten, die den Gästen in den Restaurationen geboten werden, gehörte bisher auch die unentgeltliche Benutzung des Fernsprechers. Nach einem Vorschlag in der gestrigen Versammlung des Vereins der Saalbesitzer von Berlin und Umgebung“ soll jedoch künftig eine Änderung eintreten, nach der die Gäste für die Telephon-Benutzung jedesmal 5 Pfennig Gebührengeld zu zahlen haben. Eine solche Neben dem Apparat soll zur Aufnahme dieser Gebühr bestimmt werden. Diese Erneuerung wird beim Publikum wohl jedenfalls auf entschiedenen Widerstand stoßen.

Gedanken über Arbeitslosigkeit unter der Schirmherrschaft konnten dem Teile des Publikums auffleigen, der am Montag vormittag in den „Arminhallen“ der Versammlung arbeitsloser Metallarbeiter beiwohnte. Bei dieser Gelegenheit befanden sich im hinteren Teile der Räumlichkeiten etwa 20 Schulleute. Vor dem Lokal standen 6 Sicherheitsbeamte; in einem Nebensaal waren ihrer 15 und außerdem saßen im Restaurationslokal noch etwa 10 Mann. Das sind, rund gerechnet, etwa 50 Beamte für eine Versammlung. Wenn für so harmlose Veranstaltungen, wie eine Arbeitslosen-Versammlung, eine derart erhebliche Zahl von Beamten auf die Beine gebracht wird, wie viel treten dann in Wirklichkeit, wenn es ein Menschenleben zu retten oder einen schweren Jungen abzufangen gilt — von der Entdeckung eines der vielen, noch frei umherlaufenden Mörder ganz abgesehen?!

Schwer verunglückt ist am Sonnabendabend um 9 1/2 Uhr die Gattin des Gastwirts Scharmer, des Inhabers des Schrammischen Seebades zu Wilmersdorf. Das Scharmerische Ehepaar hatte in Berlin Besuche gemacht und wollte vom Potsdamer Bahnhof aus nach Hause fahren. Den Weg zum Bahnhof legte es mit einem Omnibus zurück. Auf dem Potsdamer Platz stieg zuerst Frau Scharmer aus. Neben dem Omnibus stehen bleibend, sah sie sich nach ihrem Manne um. Im Augenblick kam ein anderer Omnibus so dicht vorbeigefahren, daß die Dame zwischen den beiden Wagen stark gequetscht wurde und zwei Rippenbrüche erlitt.

Abermals ein Opfer der göttlichen Weltordnung. Das dreijährige Töchterchen des Hausdieners Hentschel aus der Friesenstraße 22 hat Sonntagmittag den Tod in den Flammen gefunden. Die Frau muß, wie dies unter der göttlichen Weltordnung Brauch, in den Vormittagsstunden eine Auswarte stelle versehen, während ihr Mann in einer Fabrik beschäftigt ist. Auch Sonntagvormittag war Frau Hentschel wieder aus dem Hause thätig, während ihr Mann erst gegen Mittag die Wohnung verließ und die beiden Kinder, einen fünfjährigen Knaben und ein dreijähriges Töchterchen, wie gewöhnlich in der Küche einschlief. Etwa um 12 Uhr bemerkten gegenüber wohnende Nachbarn, daß am Küchenfenster der Hentschelschen Hofwohnung Flammen an den Gardinen emporloderten. Man stürzte die Treppe hinauf und eroberte die Korridorthür. Meinend kam der Knabe den Rettern entgegen und zeigte nach der Küche, wo sich den Eindringenden ein herzzerreißendes Bild darbot. Rahe der Küchenstür lag halb angelehnt, noch qualmend, der kaum erkennbare Körper des Mädchens. Aber noch lebte die arme Kleine. Man brachte sie schnell nach dem Krankenhause am Urban, wo sie jedoch schon nach wenigen Minuten ihren sichtbaren Leiden erlag. Wie der Knabe erzählt, hatte das Schwesterchen einen Lappen in den Ofen gesteckt und ihn dann brennend wieder herausgezogen. Die Kleider des Kindes fingen Feuer und dieses teilte sich, da es nach dem Fenster lief, den Gardinen mit. Der Brand konnte noch vor Ankunft der Feuerwehr gelöscht werden. Herzzerreißend war der Jammer der Eltern, als sie von dem schweren Verlust, der sie betrafen, erfuhren.

Im Central-Theater kam es am Sonnabend bei der Erstaufführung der „Kleinen Excellenz“ zu einem sehr unliebamen Austritt zwischen dem Geschäftsführer des Theaters Herrn Mandel einer- und dem Redacteur einer Theaterzeitung Herrn V. und dem Journalisten Herrn S. andererseits. Letzterer hatte nach dem Schluß des letzten Aktes gesagt, um, wie erklärt wird, die Alaque zur Ruhe zu bringen. Darauf trat Herr Mandel an Herrn V. heran und soll ihn mit beleidigenden Worten aus dem Hause gewiesen haben, wobei zugleich ein Herr Friedel dem Herrn V. mit Ohrfeigen gedroht haben soll. Einige Zeugen des Vorfalls, Vertreter der Presse, legten sich ins Mittel. Herr V., der das Theater sofort verließ, hat bereits Schritte gethan, um vor Gericht die ihm gebührende Genugthuung zu erhalten.

Eine Messerstecherei mit tödlichem Ausgang gab es Sonntagnachmittag um 2 1/2 Uhr in der Riederwallstraße. Ein junger Mann stürzte aus dem Kellerlokal von A. Stephan mit dem Ausruf „Ich bin gestochen worden!“ Er taumelte noch einige Schritte vorwärts und brach dann benutzlos zusammen. Ein Blutstrom ergoß sich aus seinem Körper. Während man sich um den Schwerverletzten bemühte, trat der Thäter, der etwa 40jährige Schuhmacher Haase, Riederwallstraße 21 wohnhaft, aus dem Lokal und wurde alsbald von einem der Anstehenden ergriffen und nach der Reberwache I in der Unterwasserstraße gebracht. Auf dem Wege verfuhrte er zu entfliehen, doch wurde seine Flucht vereitelt. Während des Besuchs kam von dem behandelnden Arzt der Unfallstation,

wohin man den Gestochenen gebracht hatte, die telephonische Nachricht, daß der Unglückliche inzwischen verstorben sei. Er wurde als ein bei der Post beschäftigter Telegraphenarbeiter rekonosziert. Der junge Mann hatte sich erst Weihnachten verlobt und wollte sich demnächst verheiraten. In dem Stephanischen Lokal traf er mit dem ihm bekannten Schuhmacher Haase zusammen und geriet mit ihm wegen eines Wetters, der von dem Wirt eine Stulle erhalten hatte, in einen Wortwechsel. Der Schuhmacher verlangte, daß der Bettler das Brot außerhalb des Lokals verzehre, während der Telegraphenarbeiter für diesen Partei ergriff und ihm das Recht zugestand, das Brot in dem Lokal zu verzehren. Ohne daß Thätigkeiten vorangegangen wären, ergriff der Schuhmacher ein Messer und stieß es dem Gegner in den Unterleib. Er brachte ihm eine so breite und tiefe Wunde bei, daß er auch ohne die inneren Verletzungen, durch Verblutung enden mußte.

Nach Mitteilung des Kaiserlichen Gesundheitsamts ist gestern unter Ueberstandescheinen des Centralviehhofs die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Eine ganze Wagenladung Leder ist einer Berliner Expedition beim Lehrter Bahnhof von einem ihrer Aufsicher veruntreut worden. Man glaubt, daß der Aufsicher das Leder im Werte von ca. 1500 M. unterwegs veräußert hat. Bisher ist der Verbleib der Ware noch nicht festgestellt.

Wegen einer Schlägerei in dem Schanklokal Oranienburgerstraße 45, bei der einer der Beteiligten gefährlich zugerichtet wurde, sind gestern die gesamten Gäste des Lokals, etwa 20 an der Zahl, der Reberwache zugeführt worden.

Die Tischlermeister Berlins haben am Montag die Wahl der 108 Vertreter zur Jungerversammlung vollzogen. Die Verteilung an der Wahl war eine sehr rege. Ueber den Ausfall der Wahl zu berichten, sind wir noch nicht im Stande, da die Feststellung des Wahlergebnisses, welche geraume Zeit in Anspruch nehmen dürfte, nicht im Wahllokal stattfand, sondern im Amtszimmer der Gewerbedeputation des Magistrats erfolgen soll.

Das Fest der Arbeiter-Bildungsschule. Zu einer Art künstlerischem Ereignis gestaltete sich am Sonnabend das Stichtagsfest der Arbeiter-Bildungsschule. Es wurde der Beweis geführt, daß dem Volke mit den vorhandenen Mitteln auch in der Kunst das Beste geboten werden könne und daß es keine andächtigere Kunstgemeinde giebt, als das wie von den materiellen so auch von den idealen Gemüthen des Kulturlebens ausgeschlossene Proletariat. Man hatte das Bagnis unternommen, ein Konzert großen Stils darzubieten, und dieses Bagnis ist trefflich gelungen. Eine Beethovenische Sinfonie in einem Arbeiterfest — das ist ein Ereignis! Es war sehr zweckmäßig, daß zur Einführung in die Wunderwelt des größten Tonkünstlers gerade die Pastoralsonne gewählt wurde, die sich in ihrer Darstellung unmittelbarer Naturvorgänge dem Verständnis am leichtesten anschließt; die Nachtigall singt in diesem Werke, die Wachtel schlägt, der Bach rauscht, das Gewitter stürmt, und über allem schwebt verkündend eine tiefinnige Naturandacht, da vermag auch der Laie seinen Stimmungen die Richtung zu geben, in der die Phantasie des Schöpfers flog. Das Neue Berliner Sinfonie-Orchester unter Leitung des Herrn J. v. Lion brachte die Sinfonie in schlichter und reiner Aufführung trefflich zu Gehöre, und nicht minder wirksam gediehen die anderen Nummern des Programms: der Lammhauer-Marsch, die zwei ungrischen Länze von Brahms, Rossinis Tell-Ouverture, Schumanns Träumerei, das zierlich tänzelnde Zwischenspiel aus Dignone und die in der Marienkirche würdevoll gipfelnde Nobespier-Ouverture von Liszt. Frau Rindleben-Nachtigall trug den schwungvollen, von Preezang verfaßten Prolog und eine Anzahl anderer Dichtungen vor, von denen namentlich Freiligraths „Aus dem schlesischen Gebirge“, in seiner Ruancienarbeit gesprochen, einen starken Eindruck hervorrief. Wilhelm Dieckhoff führte in seiner knappen Festsrede wirksam aus, wie das Proletariat der Wissenschaft bedürfe, auf der seine Bewegung beruht. So war auch dieses Fest der Arbeiter-Bildungsschule eine Schule der Bildung, der Erziehung zur Kunst, und deshalb kann man die hochfeste Veranstaltung als vorbildlich bezeichnen für alle Unternehmungen, die der Erholung und zugleich der Erhebung der Arbeiterschaft gewidmet sind.

Verein für vollständige Kurse von Berliner Hochschullehrern. In der neuen Reihe der vollständigen Vortragskurse beginnt am Dienstag, den 23. Januar, Herr Privatdocent Dr. Botho Graf seinen Kursus über die „Griechische Bildhauerkunst“ im Hofsal des Kunstgewerbe-Museums, Prinz Albrechtstraße. Er wird am ersten Abend die griechischen Bildwerke der älteren Zeit behandeln. Eintrittskarten zum Preise von 1 M. für den 6. Abende ungesonderten Kursus sind zu haben bei: Georg Belling, Cigarrenhandlung, W. Leipzigerstr. 136; A. Schül, O. Hofmarktstr. 60; Ehr. Fischenböser, C. Sophienstr. 20; Trautweinische Buchhandlung, W. Leipzigerstr. 8; Centralstelle für Arbeiter-Bothschafts-Einrichtungen, W. Köthenerstr. 23 (8-3 Uhr).

Orgelkonzert. Mittwoch, den 24. Januar, mittags 12 Uhr, hält Herr Musikdirector Otto Diemel in der Marienkirche einen Orgelvortrag bei freiem Eintritt unter Mitwirkung von Fräulein Clara Weges, Fräulein Julie Behrends, Frau Welta Rindschel aus Dresden, Herrn Alex. Curtz, Herrn P. Neumann, Gellis, und Herrn Ad. Bohl. Zur Aufführung kommen das Largo, das Dignare und ein Orgelkonzert von Fändel, die Adler-Arie aus der Schöpfung, Kaiser Friedrichs Weddinglied von Rabede und anderes.

Im anatomischen Museum des Passage-Vanostiftums werden von jetzt ab regelmäßig populäre wissenschaftliche Vorträge stattfinden. Es ist der Direktion gelungen, medizinische Kapazitäten zu gewinnen, welche aus den wissenschaftlichen Abchnitten der Anatomie den Stoff zu ihren Vorträgen nehmen werden. Der erste Vortrag soll Dienstag, den 23. Januar, 8 Uhr abends ausschließlich für Damen abgehalten werden. Das Thema lautet: „Ueber die Veränderungen der weiblichen Organe durch das Alter.“

In der deutschen Gesellschaft für vollständige Naturkunde spricht am Dienstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, im Bürgerlokal des Rathhauses Herr Dr. Delnroth über: „Einiges aus der Praxis des Zoologischen Gartens.“

Theater. Im Deutschen Theater geht am nächsten Mittwoch, den 24. ds., Max Dreyers Schauspiel „Der Probendieb“ zum 50. mal in Scene. Die erste Aufführung hat am 18. November 1899 stattgefunden. Das Stück hat also das erste halbe Hundert seiner Wiederholungen in der ganz ungewöhnlich kurzen Zeit von zwei Monaten erreicht. — Im Schiller-Theater ist die bereits angekündigte Neuaufführung für Montag in Aussicht genommen. Unmittelbar darauf, also Anfang Februar, erfolgt die Novität „Frohweiber“. Es schließen dadurch in dieser Woche die Wiederholungen der Repertoirestücke. So wird heute zum letztmaligen „Cyprian“ gegeben, Freitag die letzte Wiederholung von „Jungfrau von Orléans“. — Im Carl Weich-Theater sind die Proben zur Novität „Die Jagd nach dem Glüd“ so weit vorgeschritten, daß die Premiere im Laufe dieser Woche stattfinden kann.

Feuerbericht. In der Zwischenzeit erfolgten nur einige kleinere Brände. Loringstr. 18 geriet ein Weihnachtsbaum in Brand, wobei auch Möbel beschädigt wurden. Reinickendorferstr. 6a entstand durch eine umgeworfene Petroleumlampe ein unbedeutender Zimmerbrand, der bei Anknst der Wehr schon beseitigt war. Außerdem waren Hagenauerstr. 7 und Spenerstr. 23 kleine Wohnungsbrände abzulösen. Grobem Unlug am öffentlichen Weideweg eine Alarmierung zu Grunde, die Sonntag früh 3 Uhr nach Schulstr. 1 erfolgte. Der Thäter ist nicht ermittelt.

Aus den Nachbarorten.

Grünau. Die Listen zur Gemeinderatswahl liegen bis zum 30. Januar im Gemeindebureau aus, und zwar wochentags von 9-3 Uhr. Die Parteigenossen, welche keine Zeit zum Nachsehen haben, werden ersucht, ihre Adressen und Legitimation im Restaurant zur Grünen Ede abzugeben. Einige Parteigenossen haben sich bereit gefunden, für solche Wähler die Listen durchzugehen.

Charlottenburg. Für den städtischen Arbeitsnachweis ergibt sich aus der Geschäftsübersicht für den Monat Dezember gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres ein bedeutend günstigeres Ergebnis. Der Zuwachs beträgt bei den angemeldeten offenen Stellen 48 Proz., bei den Arbeitsgesuchen 13 Proz. und bei den besetzten Stellen 46 Proz. Im Vergleich zum Monat vorher zeigt das Stellenangebot für männliche Arbeiter einen Zuwachs von 29 Proz., für weibliche hingegen einen Rückgang von 36 Proz., im ganzen aber noch einen Zuwachs von 12 Proz. Die Zahl der Arbeitsgesuche dagegen hat durchweg abgenommen, im ganzen um 19 Proz. Die Zahl der durch den Arbeitsnachweis besetzten Stellen hat für männliche Arbeiter um 18 Proz. zugenommen, für weibliche um 45 Proz. abgenommen, im ganzen um 8 Proz. zugenommen. Den 430 Arbeitsuchenden (368 männlichen und 62 weiblichen) standen 308 Stellen (314 männliche und 54 weibliche) offer, von denen 288, also 94 aller Stellen, durch den Arbeitsnachweis besetzt wurden. Auf 100 Arbeitsuchende kamen 86 offene Stellen. In Wirklichkeit ist die Zahl der besetzten Stellen um 3 Proz. gestiegen und nur im Verhältnis zu den offenen Stellen ist sie zurückgegangen, während im Monat Dezember des Jahres 1898 eine tatsächliche Abnahme der besetzten Stellen um 35 Proz. gegen den Monat vorher zu verzeichnen war. Auch bei den offenen Stellen und den Arbeitsgesuchen zeigte sich damals eine bedeutende Abnahme, um 29 bzw. 42 Proz. Von den weiblichen Arbeitern sind diesmal die Aufwärtserinnen sowohl beim Stellenangebot wie bei der Nachfrage weitaus am meisten beteiligt.

Weihensee. Auf Anordnung des Gemeindevorstandes finden heute, Dienstag, in Schloß Weihensee zwei getrennte öffentliche Versammlungen statt, welche den Zweck haben, die öffentliche Meinung über die Notwendigkeit eines Gewerbegerichts in Weihensee zu befragen. Da die Arbeitgeber sich mit derselben Frage an diesem Abend in demselben Lokal befassen werden und sich vor unserer Versammlung um 8 Uhr versammeln, wir hingegen als Arbeitnehmer erst um 9 Uhr erscheinen sollen, so liegt die Wahrscheinlichkeit nahe, daß ein einseitiger Beschluß herauskommt, womit die Arbeiterschaft Weihensees sich jedenfalls nicht einverstanden erklären wird. Arbeiter und Arbeiterinnen! Sucht diese Einseitigkeit durch pünktliches Erscheinen um 8 Uhr zu vereiteln.

Kerner wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Listen zur Gemeinderatswahl bis zum 30. Januar im Gemeindebureau, Albrechtstr. 6, Zimmer I, einzusehen sind. Diejenigen, welchen zu diesem Zweck die notwendige Zeit mangelt, können sich unter Verbringung des letzten Steuerzettels an folgende Personen wenden: Albrecht, Prenzlauer Chaussee 21; Kraft, Ostbahnhofsstr. 143; Schilling, Langhansstr. 69 (abends von 7-9 Uhr); Müller, König-Chaussee 58; Schiller, König-Chaussee 39a; Gatz, Ledderstr. 5; Penkert, König-Chaussee 45a; Stolle, Ledderstr. 28; Spedmann, König-Chaussee 55; Taubmann, Käshstr. 15 (abends 6-8 Uhr); Sorrer, Straßburgerstr. 50; Kasielle, Voßingenerstr. 32; Gehner, König-Chaussee 11; Schaad, Wörtherstr. 10.

In Weihensee beschloß die Gemeindevertretung, Teile der Grundstücke Ostbahnhofsstr. 22 und 23 zu Schulzwecken zu erwerben. Desgleichen ging die Gemeindevertretung gegen den Wunsch unserer Parteigenossen auf ein Anerbieten des katholischen Pfarrers Stephan ein. Dieser will der Gemeinde ein Grundstück an der katholischen Kirche zur Verfügung stellen, falls im neuen Schulhause seinen, im Interesse der Kirche gestellten Bedingungen hinlänglich Rechnung getragen werde. — Die von der Vertretung beantragte Uebernahme der Berlin-Paleiswaller (Prenzlauer) Chaussee wurde wegen der vom Landesdirektor allzunedrig bemessenen Entschädigung wiederum zurückgewiesen. Zur eventuellen Festsetzung der vom Kreis an die Gemeinde zu zahlenden Abfindungssumme soll der Kreisrat am nächsten Freitag in der Sitzung des Ausschusses in der Debatte, als bei dem Beschluß, auch die Umsatzsteuerfrage vom Steuerausgleich festsetzen zu lassen, der Gemeindeverordnete Kühn der Mitglieder des Ausschusses vorwarf, sie beschnitten, wie der Fall Kobbé lehre, bei der Abschätzung sich gegenseitig. Die Anschuldigungen wurden nicht so scharf zurückgewiesen, wie man erwarten sollte, wohl aber gab es in der Versammlung rote — Köpfe, vor Jörn natürlich. — Die Anstellung von Schulärzten wurde auf ein Jahr vertagt, da diese nur dem Proletariat dienende Maßnahme Geld kostet. — Gegen den Widerspruch unserer Genossen wurde dann für das Armenhaus eine außerordentlich strenge Hausordnung angenommen. Auch soll die Neuverpflanzung der Behausungen und der Waschräume in Angriff genommen

werden. — Außer unserm aufgelosten Genossen Gerstenberger scheiden in der 3. Klasse Genosse Karow und der Rentier Schütze aus der Gemeindevertretung aus. — Bezeichnend für die Zustände in der Armenverwaltung am Orte ist noch folgender Fall: Gerstenberger fragte an, warum einer unterstützungsbedürftigen Frau das Armengeld verweigert worden sei, nachdem sie auf die Frage, ob sie Socialdemokratin wäre, mit „Ja“ geantwortet habe. Eine befriedigende Antwort erfolgte nicht. — Ein von bürgerlicher Seite gestellter Antrag, die Jahresrechnungen der Gemeindevertretern gedruckt zuzusenden, wurde gegen sieben Stimmen abgelehnt, nachdem der Gemeindevorsteher die Weisheit verhängt hatte, daß man sich hüten solle, ohne Grund Neuerungen einzuführen und daß die Antragsteller überhaupt wohl von einer Gemeindevertretung wenig Ahnung haben.

Zwei Personen erstickt. Am Sonnabend fand in einem Lokal gegenüber von Grünan eine von dem Seglerklub „Hoi!“ veranstaltete Festschicht statt, zu welcher auch die Mitglieder Berliner Rudervereine eingeladen waren. Drei junge Leute aus Berlin, die an der Festschicht teilgenommen hatten, begaben sich am Sonntagmorgen um 5 Uhr mit einem in der Wilhelmstraße in Grünau wohnenden Freunde in dessen Wohnung. Hier tranken sie Kaffee und legten sich dann zur Ruhe. Als sie im Laufe des Tages nichts von sich hören ließen, wurden die Nachbarn muthig und öffneten abends um 1/10 Uhr gewaltsam die Thür. Man fand die jungen Leute betäubt, und sofort wurde ein Arzt gerufen, der indes konstatierte, daß bereits zwei von ihnen einer Kohlenoxydgas-Vergiftung erlegen waren. Die beiden andern konnten ins Leben zurückgerufen werden. Die beiden jungen Männer, die durch die Gasvergiftung ihren Tod gefunden haben, sind der 24jährige Kaufmann Heilmann und der etwas ältere Kaufmann Larkmeier. Beide sind aus Berlin und gehörten dem Ruderklub „Corussia“ an.

Vermischtes.

Aus Königshütte wird gemeldet: Sonntag brach auf dem Königshütter Stahlwerk der Laurastütze Feuer aus. Der angerichtete Schaden beträgt ungefähr 18 000 Mark und ist durch Versicherung gedeckt. Man glaubt, daß zwei bis drei Monate bis zur Wiederaufnahme des Betriebes vergehen werden, hofft aber durch stärkere Ausnutzung der anderen Strecken den Schaden auszugleichen. Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Ein Nachspiel zum Prozeß Hofengart. Gegen die Frauen Piegran und Buch, welche in dem Hofengartischen Mordprozeß als Zeugen auftraten und infolge ihrer Aussage unter dem Verdacht des Meineides verhaftet wurden, ist nunmehr, wie aus Königshütte l. Pr. berichtet wird, von der Staatsanwaltschaft Anklage erhoben worden. Der „Fall Hofengart“ wird somit in der nächsten Schwurgerichtsperiode ein umfangreiches Nachspiel finden, da mehr als 50 Zeugen zur Verhandlung zu laden sind, darunter auch die ehemalige Angeklagte Hofengart, jetzige Frau Wolf.

Die Mörder des Wächters Wilhelm Büchel in Dresden sind im Laufe des Sonnabends und des Sonntags in der Person zweier Schlosser verhaftet worden und haben bereits ein Geständnis abgelegt.

Sieben Vergleute verurteilt. Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich in der russischen Kohlengrube „Graf Renard“ bei Sielce (unweit der preussischen Grenze). Eine Kohlenkiste stürzte ein und verurteilte sieben Vergleute. Die Unglücklichen wurden als Leichen hervorgezogen.

Kircheneinsitz. In der Ortschaft Annopolie (Ruhland) ist während des Gottesdienstes ein Teil des Kirchengewölbes eingestürzt. Acht Personen wurden durch herabstürzendes Mauerwerk getötet, drei andere bei der entstandenen Panik und Flucht nach den Ausgängen von der Menge erdrückt, viele wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Wölfe oder Enten? Ein Mailänder Blatt meldet, daß in der Nähe von Acoli-Piceno vier Carabinieri von hungrigen Wölfen überfallen worden seien; drei von den Ueberfallenen seien von den gierigen Bestien verschlungen worden. In derselben Nacht seien auch einige Bauern von den Wölfen getötet worden. Eine Bestätigung der sensationellen Nachricht bleibt abzuwarten.

Marktpreise von Berlin am 20. Januar 1900

nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums.		Schweinefleisch 1 kg		1,60	1,10	
Wolzen	D.-Gr.	14,80	13,90	Kalbsteck	1,80	1,—
Roggen	—	14,30	13,50	Pommelsfleisch	1,60	1,—
Butter-Werke	—	18,80	18,—	Butter	60 Stck	6,—
Safer gut	—	15,20	14,40	—	1 kg	2,20
— mittel	—	14,30	13,60	—	—	2,80
— gering	—	13,50	12,80	—	—	2,10
Richtstroh	—	3,82	3,66	—	—	1,80
—	—	7,—	4,10	—	—	1,00
—	—	40,—	25,—	—	—	2,80
Speisebohnen	—	45,—	25,—	—	—	1,40
—	—	70,—	30,—	—	—	1,40
—	—	7,—	5,—	—	—	1,40
—	—	1,60	1,20	—	—	12,—
—	—	1,20	1,—	—	—	—

*) Gemittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern — Notierungshilfe — und ungetrennt vom Polzeipräsidium für den Torporkontar. *) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 22. Januar. Auf dem Getreidemarkt herrschte heute feste Tendenz. Auf weitere Erleichterungen der Weizenpreise in Frankreich werden Klagen über Sonntagsandauer, und auf die festere Tendenzberichte aus New York und Chicago. Weizen und Roggen wurden etwa 0,50 M. besser bezahlt. Eine noch größere Erhöhung der Preise wurde durch vermehrtes Futtermittelangebot und anhaltende Okerien aus Russland und den Donauländern verhindert. Hafer lag auf besseren Konsumbedarf etwas fest; Rüböl durch Realisationen gedrückt.

Am Spiritusmarkt wurde der loco mit 46,80 (—0,20) M. gehandelt.

Kartoffelfabrikate. Feinste Kartoffelfabrikate 10,50 M. In reine Kartoffelfabrikate disponibel und Februar 19,75 M. April-Mai 20,25 M. Abfallende Prima-Qualitäten Stärke und Mehl 17,75—18,75 M. per 100 Kilogramm.

Der Bericht vom 22. Januar. Normale Eier je nach Qualität von 4,20—4,40 M. per Schock. Ausfertigte kleine Ware je nach Qualität von 3,40—3,50 M. per Schock. Tendenz: Matt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.

G. S. 5. Entnehmen Sie gefl. die Beantwortung Ihrer Frage der Erklärung des Dr. Leyds, abgedruckt am Schluß unseres Kriegesberichtes in der Sonntagsausgabe.

W. l. M. Die „Volksstimme“ erscheint wöchentlich in deutscher Sprache. Senden Sie sich an die „Arbeiter-Zeitung“, Wien IX, Fersinggasse 5. Dort erfahren Sie die Bezugsbedingungen.

F. S. 2. Gera. Senden Sie sich an den „Deutschen socialdemokratischen Putschklub“ in Paris. Die Adresse ist: „Café Le Procope, Rue de l'An-cienneté-Comédie 13“.

F. S. 25 u. G. S. 100. Sie können dem vor- und auserehelichen Sohn Ihrer Frau Ihren Namen geben, wenn er nicht Ihr Sohn ist. Welchen Weg Sie hierzu einschlagen haben, ist ausführlich im Briefkasten vom 17. d. M. dargelegt. — G. S. 19. Rein. — M. R. G. Aus dem von Ihnen angeführten Grund gleichen können Sie nicht, aber auf Verleumdung des Mangel's klagen oder den Mangel auf Kosten des Wirt's stellen.

M. R. S. 43. Ein Weib, das wöchentliche Lohnzahlungen anordnet, giebt es nicht. — W. M. Das ist leider zu spät eingegangen.

M. G. 23. Eine Versicherungs-Gesellschaft bedarf, gleichviel um welche Höhe es sich handelt, behördlicher Genehmigung. Man braucht aber, gleichviel um welche Höhe es sich handelt, keine Genehmigung für ein Statut, in dem festgesetzt wird, daß ein Recht auf Unterstützung nicht besteht, und in dem durch geeignete Einrichtungen (demokratische Organisation) gegen Mißbrauch Vorkehrungen getroffen sind. — M. R. Da es sich um eine vor dem 1. Januar 1900 aufgetretene Krankheit handelt und diese Krankheit nicht durch Dienstverrichtungen entstanden ist, ist gegen die Entlassung nichts zu machen und kann das Mädchen nichts verlangen. Für Krankheiten, die ein Gefinde nach dem 1. Januar 1900 leidet, haftet die Herrschaft ohne Rücksicht auf den Entstehungsgrund der Krankheit sechs Wochen lang. — T. B. Ja.

Witterungsübersicht vom 22. Januar 1900, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometer Hand min.	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. in 6-8 Uhr	Stationen	Barometer Hand min.	Wind- richtung	Wetter	Temp. in 6-8 Uhr	
Schwabmünde	756	SSO	7	Schnee	1	Daprun	752	SSO	4	bedeckt	-6
Homburg	757	SSW	3	bedeckt	4	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	759	SSW	4	Regen	2	Kort	767	SSW	5	hld. bed.	9
Wiesbaden	763	SSW	1	Nebel	3	Wien	748	SSW	5	bedeckt	5
München	766	SSW	4	Regen	3	Paris	767	SSW	7	wolkig	10
Wien	769	SSW	—	Nebel	—						

Wetter-Vorhersage für Dienstag, den 23. Januar 1900.
Zeltweiche aufklarend, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und frischen westlichen Winden; Temperatur wenig verändert.
Berliner Wetterbureau.

Stadthagens Arbeiterrecht u. Führer durch das Bürgerl. Gesetzbuch

Socialdemokratischer Wahlverein f. den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Wähler **Hermann Seiler** Köllnerstraße 6 am Sonntag verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Danke- Kirchhofs, Tegeler Chaussee, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht.
Der Vorstand.

Achtung!
Freie Kranken- u. Begräbnis-kasse der Schuhmacher und Berufsgenossen Berlins (G. S. Nr. 27.) 19016
Medungen von Krankheitsfällen, sowie zur Aufnahme in die Kasse, sind vom 23. Januar ab mit bei dem heutigen Vorsitzenden **Friedrich Lutz, Wilhelmstr. 21**, zu machen.

Todes-Anzeige.
Sonnabend, den 20. Januar, verschied unser Kollege **Richard Bahr**.
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 23. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr, vom Augustin-Kirchhof nach dem Sophien-Kirchhof, Gundobrunnen, statt. Die Abschiedsfeier n. R. Körner.

Achtung! Achtung! Schmiede.
Zwei öffentliche Versammlungen:
Mittwoch, den 24. Januar 1900, abends 8 1/2 Uhr bei Fischer, Reusslerstraße 9.
Donnerstag, den 25. Januar 1900, abends 8 1/2 Uhr im „Köllner Hof“, Köllnerstraße 8.
Tages-Ordnung:
1. Wie können wir unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern? Referent Kollege Viesegang. 2. Diskussion.
Der Einberufer.

Unserm lieben Otto zu seinem heutigen Wiegendst ein dreimal demerbedes Hoch, daß die kleine Wilmengasse wackelt. 1903b
Oskar, Adolf, Emil und Georg.
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler **Richard Bahr** am Sonnabend, den 20. Januar, verstorben ist.
Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 2 Uhr vom Augustin-Kirchhof aus nach dem Sophien-Kirchhof (Gundobrunnen) statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
76/19 Die Ortsverwaltung.

Ordentl. Generalversammlung der Orts-Krankenkasse der Dachdecker Berlins am Freitag, den 26. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn **Heind. Weinst. 11.**
Tages-Ordnung:
1. Wahl von 3 Vorstandsmittgliedern (1 Arbeitgeber und 2 Arbeitnehmer).
2. Wahl des Rechnungsprüfungs-Ausschusses. 3. Abänderung des § 12, Abs. 3, und der §§ 13, 16, 21, 23, 24.
4. Erhöhung des Krankenbefreiungs-Gehalts. 5. Beschlüssen.
In dieser Versammlung haben nur Delegierte Zutritt. Karte legitimiert.
Der Vorstand.
G. Krebs, Bergstr. 28, I.

Socialdemokratischer Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Am Dienstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, im „Lousisenstädtischen Konzerthaus“, Alte Jakobstraße 37:
Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Weltpolitik“. Referent Reichstags-Abgeordneter **Wolfgang Heine**. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. 240/3
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Der Vorstand. J. A.: Franz Hoch, Admiralsstr. 7, IV.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung im „Kolberger Salon“, Kolbergerstr. 23.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes, Referent und Bericht der Revisoren.
2. Bericht des Genossen **W. Liebknecht** über: Die Notwendigkeit und die Parteien. 3. Diskussion.
Der Vorstand.
NB. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß noch Billets zur Sternwarte, welche bis zum 1. Juli d. J. verlängert sind, in folgenden Lokalen in Empfang genommen werden können: **Gesundbrunnen: Hermann, Fehrburgstr. 45; Rosenthaler Vorstadt: Baughänger, Schweinländerstraße 34; Cranienburger Vorstadt: Dicks, Uckerstr. 123; Moabit: Pfarr, Pautschstr. 10; Wedding: Tauschel, Wiesenstr. 29; Schönhauser Vorstadt: Augustin, Schönhauser Allee 73. — Mitglieder, welche noch im Besitz nicht verlängerten Billets sind, müssen dieselben spätestens bis zum 28. Januar in den obenangeführten Lokalen niederlegen; die später eingehenden werden nicht mehr berücksichtigt. 246/4**

Maler.
Mittwoch, d. 24. Januar 1900, abends präcise 8 Uhr in den Armishallen, Kommandantenstr. 20
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Auflösung und Wahl von 2 Mitgliedern des Gehilfen-Ausschusses und 2 Vertretern desselben nach § 41 des Innungsstatuts.
Abends 9 Uhr Versammlung
sämtlicher im Malergewerbe beschäft. Personen.
Wahl der Schlichter-Gerichtspräsidenten u. Stellvertreter für das Jahr 1900. Bericht des Gehilfen-Ausschusses über seine Thätigkeit und den mit der Berliner Maler-Innung abgeschlossenen Tarif. 1956b
Der Gehilfen-Ausschuh. Der Innungs-Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Morgen Mittwoch, den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Dönhofsstr. 20-21:
Vertrauensmänner-Versammlung
der 76/20
Möbelschler aller Branchen.
Tages-Ordnung:
Wie führen wir die Beschlüsse der Generalversammlung durch?
Die Ortsverwaltung.
Mittwoch, 24. Januar 1900, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn **Schiller, Rosenthalerstr. 57, Hof part.:**
Vertrauensmänner-Versammlung der Stellmacher.
Tages-Ordnung: Unsere gegenwärtige Lage und wie verbessern wir dieselbe?
Jede Werkstatt muß durch einen Vertrauensmann vertreten sein.
NB. Den Kollegen zur Nachricht, daß zu den letzten Donnerstag vor dem 15. jeden Monats stattfindenden Branchen-Versammlungen besondere Einladungen nicht mehr erfolgen.

Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- u. Krawattenbranche Berlins u. Umg.
Dienstag, den 23. Januar 1900, abends 8 1/2 Uhr bei Pade, Grenadierstraße 33
Ordentl. Generalversammlung
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassendbericht. 2. Bericht des Bibliothekars und Arbeitsvermittlers. 3. Renouveau des Gesamtvorstandes. 4. Wahl der Revisoren und des Bibliothekars. 5. Beschlüssen.
Wichtiges Beschlüssen legitimiert.
Einen zahlreichen Besuch erwartet.
251/2
Der Vorstand.
NB. Zur Ausgabe gelangen die Billets zu unserm Alpenfest im Bismarck-Brauhaus, sowie die Kranz-Billets. Zur Ausführung gelangt: Von den Alpen bis zum Tettnau.
Billets sind im Arbeitsnachweis G. Hergt, Landwehrstr. 1, sowie bei Gnanow, Köpenickerstraße 48, zu haben.